

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühren
 beträgt für die sechszeilige Kolonne
 jeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Verträge
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inverate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt L. Nr. 1508.

Donnerstag, den 14. März 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt L. Nr. 5121.

Agrarische Verrechnungen.

Wir haben in letzter Zeit mehrfach die Unverschämtheit gekennzeichnet, mit der die junkerlich-agrarische Presse im Vertrauen auf „das niedrige Beurteilungsvermögen“, aber desto größere Profitverlangen ihrer Anhänger, statistische Zahlen fälscht und dann zu den kuriossten Rechenkunststücken verwerdet. Meist steden die konservativen Blätter die Abfertigung, die ihnen zu teil wird, ruhig ein, verwenden aber die gefälschten Ziffern und die daraus gewonnenen Rechnungsergebnisse ruhig weiter, als handle es sich um authentisches Zahlenmaterial. Jetzt scheint jene Presse ihre Taktik ändern zu wollen. Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ wie ihre seelenverwandte offiziöse Zwillingschwester, die „Berl. Pol. Nachr.“ fallen nachträglich beide über den bereits in Nr. 51 (vom 1. März) des „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel „Die Belastung der Arbeiter-Haushaltungen durch die Getreidezölle“ her und suchen die dort aufgestellten Berechnungen unter allerlei Geschimpf auf die Dreistigkeit der socialdemokratischen Demagogen, denen die agrarischen Autoritäten so wenig zu imponieren vermögen, anzufechten.

Soweit beide Presseorgane sich auf Beschimpfungen beschränken, haben wir keine Veranlassung, ihre Herzensergüsse zu reproduzieren. Niemand kann gegen seine Natur, und wir gönnen den Schmeichler diese Erleichterungen ihrer gepreßten Herzen. Aber die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ bringt auch eine Art Gegenberechnung, und diese nachzuprüfen, können wir uns nicht verjagen; liefert doch diese Berechnung aufs neue einen Beweis dafür, wie wenig die landwirtschaftlichen Größen, die sich so gerne auf eine überlegene Sachkenntnis berufen, mit den einfachsten Vorgängen des Wirtschaftslebens vertraut sind.

Die betreffende Korrespondenz schreibt:
 „Die Unverschämtheit dieses Rechenstückerl im „Vorwärts“ und sein blindes Vertrauen auf die Urteilslosigkeit seines Publikums ihm gegenüber ist wirklich stammenswerth. Es wird hier mit der unbefangenen Miene der Zollbetrag von 23,5 Proz. des Großhandelspreises für Brotkorn nicht nur einmal bei dem Getreidepreise für das Korn, sondern weiter auch in Bezug auf die Geschäftsumkosten und Gewinne bei der Verwandlung des Kornes in Mehl resp. Brot als verteuert in Rechnung gestellt, obgleich doch die Manipulation des Mahlens und Badens an sich keiner 23-prozentigen Verteuerung durch jenen Zoll auf das Rohprodukt unterworfen ist.“

Jeder Mensch, der sich einigermaßen jener Rechenaufgabe gewachsen und gleichzeitig einigermaßen wahrheitsliebend zeigen wollte, würde dieselbe doch in ganz anderer Weise zu lösen versucht haben.
 Jene Maurerfamilie hat nach den Angaben des „Vorwärts“ für je 31,20 Mk. Roggen resp. Weizenbrot im Jahre verbraucht. Nach den für Berlin im letzten Jahre ermittelten Durchschnittspreisen von 24 resp. 41,3 Mk. hätte sie für jenen Betrag 75 Kilogramm Weizen- und 180 Kilogramm Roggenbrot, zusammen 205 Kilogramm Brot, vom Bäcker erhalten müssen. Nach uns vorliegenden Angaben eines Bäckers und Müllers gehören zur Herstellung von 100 Kilogramm gut ausgedadenen Brots 75 Kilogramm Mehl. Also wären in den verbrauchten 205 Kilogramm Brot 154 Kilogramm Mehl enthalten. Von 100 Kilogramm Roggen lassen sich nach der bekannten, sicher als richtig zu betrachtenden amtlichen Ausbeuteangabe 65 Kilogramm, aus 100 Kilogramm Weizen 75 Kilogramm gutes Mehl gewinnen. Das ergibt für beide Getreidearten eine durchschnittliche Mehlausbeute von 70 Proz.

Es hätten also 220 Kilogramm Brotkorn zur Herstellung jener in den konsumierten Broten enthaltenen Mehlmenge von 154 Kilogramm genügt. Außerdem hätte die Arbeiterfamilie für 10,92 Mk. nach den geltenden Großhandels-Durchschnittspreisen ziemlich 60 Kilogramm Mehl enthalten müssen (tatsächlich wird sie natürlich etwas weniger erhalten haben). Zur Herstellung dieser wären aber nach dem vorher erwähnten Ausbeuteverhältnis weitere 70 Kilogramm Brotkorn erforderlich gewesen. Im ganzen hat also der in Rede stehende Maurer mit seiner Frau Brot und Mehl aus 290 + 70 = 360 Kilogramm Brotkorn verbraucht, wenn wir den vom „Vorwärts“ selbst fundgegebenen Haushalts-Etat derselben der Rechnung zu Grunde legen.

Selbst wenn man von der absolut falschen Voraussetzung ausgehen will, daß der ganze Zoll vom inländischen Verbraucher getragen werden müsse, geht aus dieser Rechnung hervor, daß die Zollbelastung jener Maurerfamilie nicht, wie der „Vorwärts“ vorspielt, auf 17,29, sondern nur auf $\frac{290 \times 3,5}{100} = 10,15$ Mk. beziffert werden könnte.

Es geht aber weiter daraus hervor, daß der Verbrauch an Brotkorn in dieser aus zwei Erwachsenen bestehenden Arbeiterfamilie nicht auf 200, sondern nur auf 145 Kilogramm pro Kopf zu berechnen ist.

Danach könnte es scheinen, als hätten wir den Zollbetrag von 23 1/2 Proz. zweimal in die Rechnung eingestellt, einmal bei der Ansetzung des Großhandels-Preises, dann nochmals bei der Berechnung des Brotprodukts, wenigstens legt die unklare Fassung des obigen Absatzes eine solche Auffassung nahe. Die jedoch ein bloßer Blick auf den betreffenden Leitartikel lehrt, haben wir lediglich bei unserer Berechnung angenommen, daß, wenn die Weizen- und Roggenpreise um 23 1/2 Proz. steigen, auch die Brotpreise in gleichem Verhältnis, also um 23 1/2 Proz. höher werden. Und diese Annahme haben wir uns nicht, wie die „Korrespondenz“ behauptet, in „blindem Vertrauen auf die Urteilslosigkeit“ unserer Leser geleistet. Im Gegenteil, wir haben im dritten letzten Absatz extra hervorgehoben, daß unserer Berechnung

eine solche Verhältnisannahme zu Grunde liegt, und sogar hinzugefügt, daß in Wirklichkeit die Mehl- und Brotpreise noch in einem etwas stärkeren Verhältnis steigen, als die Kornpreise. Daß diese Annahme in jeder Beziehung zutreffend ist, werden wir nachher an unabweisbaren, nicht nach agrarischen Grundsätzen gefälschten statistischen Ziffern beweisen. Vorerst wollen wir uns mit der Gegenrechnung der „Korrespondenz“ beschäftigen, denn, wie gewöhnlich, beruht auch dieses Rechenexempel auf falschen Ziffern.

Nehmen wir die von der „Korrespondenz“ mitgeteilten Verhältniszahlen als richtig an, so ergibt sich eigentlich ein Konsum von 76 Kilogramm Weizenbrot; doch ist der Unterschied zu gering, um in Betracht zu kommen. Warum aber wirft der Rechner der „Korrespondenz“ nun die zur Herstellung des Brots erforderlichen beiden Mehlsorten zusammen; warum berechnet er nicht den Verbrauch jeder Sorte gesondert, nachdem er doch eben erst die Vortsorten gesondert ermittelt hat? Den Grund werden wir gleich sehen. Berechnet man natürlich einzeln, wie viel Weizenmehl zu den 75 Kilogramm Weizenbrot und wie viel Roggenmehl zu den 180 Kilogramm Roggenbrot gebraucht wird, so ergibt sich ein Konsum von 56 Kilogramm Weizenmehl und 98 Kilogramm Roggenmehl, und da ferner 100 Kilogramm Weizen 75 Kilogramm Mehl, 100 Kilogramm Roggen aber nur 65 Kilogramm Mehl ergeben, so sind zur Produktion der berechneten 154 Kilogramm Mehl 75 Kilogramm Weizen und 160 Kilogramm Roggen erforderlich, zusammen also 235 Kilogramm Brotkorn, nicht 220 Kilogramm. Begreift man nun, warum nicht der Konsum beider Mehlsorten gesondert berechnet wurde? Es sollte, sei es auch auf Kosten falscher Unterschiebungen, der Kornverbrauch möglichst niedrig hingestellt werden.

Rechnet man hierzu 70 Kilogramm Brotkorn, die in der Form von Mehl im Haushalt verbraucht wurden, so ergibt sich allerdings immer nur erst ein Gesamtverbrauch von 305 Kilogramm Brotgetreide, also pro Person 152 1/2 Kilogramm, während gewöhnlich, entsprechend den statistischen Berechnungen, ein Konsum von beinahe 200 Kilogramm pro Kopf angenommen wird. Wie erklärt sich die Differenz?

Zunächst ist damit, daß der Verbrauch von Brotgetreide auf 2 Doppelcentner (200 Kilogramm) pro Person berechnet wird, noch nicht gesagt, daß jeder Einzelne nun auch genau 200 Kilogramm verzehren muß. Es handelt sich hier um eine Durchschnittsangabe; der eine gebraucht mehr, der andre weniger. Sodann aber kommt bei dem Ehepaar, dessen Haushaltsbudget die Verbrauchsziffern entnommen sind, in Betracht, daß es sekundär weit besser gestellt ist wie Millionen anderer Arbeiterfamilien. Der Mann hat 1467 Mk. im Jahre verdient, Kinder sind nicht vorhanden, und so konnten beide Personen sich einen ziemlich hohen Konsum von Fleisch, Wurst, Eiern, Käse usw. leisten — d. h. einen zwar nicht an sich hohen Verbrauch — er ist niedrig genug —, wohl aber im Vergleich zu unzähligen anderen Arbeiterfamilien. Infolgedessen betrug die Ausgabe für Brot denn auch nur 17 Pf. pro Tag (Kaffeebrot und Kuchen an hohen Festtagen mit eingeschlossen), wie wenige Arbeiterfamilien, auch solche, die nur aus zwei Personen bestehen, kommen aber damit aus?

Sodann handelt es sich nicht allein um den Brotverbrauch. Wie schon in der betr. Nr. 51 des „Vorwärts“ gesagt wurde, genießt der Mensch nicht nur Weizen und Roggen in der Form von Brot, auch eine ganze Reihe anderer Nahrungsmittel werden aus Brotgetreide bereitet: Branntwein, Bier, Graupen, Gries, Nudeln, Stärke usw. Leider läßt sich bei den meisten dieser Lebensmittel nicht statistisch berechnen, wie hoch sich dieser indirekte Genuß von Brotgetreide stellt; nur beim Branntwein und Bier ist dies möglich. Nach Dr. Dade, einer Autorität der Agrarier, wurden in den Jahren 1894/95—1898/99 durchschnittlich jährlich im Brausteuergebiet 191 000 Tonnen Roggen für die Branntweinbereitung und ferner für das norddeutsche Brausteuergebiet allein 24 812 Tonnen Weizen für die Bierherstellung gebraucht, das ergibt über 4 Kilogramm Brotgetreide pro Kopf, und wenn man die nichtberücksichtigten süddeutschen Länder (Wapern; Württemberg, Baden etc.) mit ihrer starken Bierproduktion heranzieht, sicherlich über 5 Kilogramm.

Kommen wir nun zur Prüfung der Frage, wie weit der Kornzoll in den Mehl- und Brotpreisen zum Ausdruck kommt. Die Berechnung der Zolllasten, welche die „Korrespondenz“ aufstellt, ist geradezu kindisch. Was geht den Müller oder Bäcker an, wieviel von dem Preis, den er für Korn resp. Mehl bezahlen muß, auf den Zoll entfällt. Der Gedanke, er berechne seine Produktionskosten und seinen Profit nur im Verhältnis zu jenem Teil des Preises, der nach Abzug der Zollbelastung übrig bleibt, kann nur im Kopf eines Menschen geschehen, der nicht einmal die allerersten Anfangsgründe der Volkswirtschaftslehre beherrscht.

Für den Müller existieren die Preise nur als solche. Er sagt sich einfach: So und so viel kostet das Korn, so viel Getreide gewinne ich daraus, so viel Kosten habe ich und so viel muß ich entsprechend meiner Kapitalanlage etc. verdienen. Danach berechnet er sich den Mehlpreis; und ebenso verfährt der Bäcker.

Das mag agrarischem Auffassungsvermögen schwer verständlich sein, tatsächlich ist es aber so. Zum Beweis sei der folgende Passus aus dem im November vorigen Jahres vom „Verein deutscher Handelsmüller“ ausgearbeiteten Denkschrift angeführt:

„Wenn man berücksichtigt, daß die Durchschnittspreise in Preußen in den letzten vier normalen Erntejahren für Weizen 160 Mk., für Roggen 135 Mk. pro Tonne betragen und der Zoll nur auf dem Weinhalt des Getreides liegt, so verteuert der Zoll von 3 1/2, Mk. unter gleichen Marktpreisen unser Weizenmehl von Weizen um 26 und Roggen um 35 Prozent, ein Getreidezoll von 5 Mk. das Weizenmehl um 37, Roggenmehl um 50 Prozent und ein Zoll von 6 Mk. um mehr als die Hälfte des Wertes. Bei dieser Berechnung ist eine Mehlausbeute von 75 Prozent bei Weizen, 65 Prozent bei Roggen und ein Marktpreis von 10 Mk. per 100 Kilogramm für Futtermehl und Kleie zu Grunde gelegt.“

Das ist deutlich. Bei einem Weizenpreis von 160 Mark beträgt der Zoll nur 22 Prozent; die Müller berechnen aber daraus, und zwar völlig korrekt, einen Mindest-Aufschlag von 26 Prozent auf Weizenmehl. Ebenso beträgt beim Roggen der Anteil des Zolls am Preis nur 27 Proz., die Müller aber schlagen dafür auf Roggenmehl mindestens 35 Proz. auf. Ja, in Wirklichkeit stellt sich meist der Aufschlag noch etwas höher, wie folgende vom städtischen Berliner Statistiker Dr. E. Hirschberg aufgenommene und in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie“ veröffentlichte Statistik beweist:

Jahr	Roggenpreis in Berlin pro 100 Kilogr.	Zunahme gegen 1894	Roggenmehlpreis in Berlin pro 100 Kilogr.	Zunahme gegen 1894
1894	11,77 Mk.	—	15,47 Mk.	—
1895	11,98	2 Proz.	16,50	6 1/2 Proz.
1896	11,88	1	16,30	5
1897	13,01	10 1/2	17,44	13
1898	14,63	23 1/2	20,12	27

Wir sehen, die Mehlpreise steigen in einem höheren Prozentsatz, als die Kornpreise.

Schwerer läßt sich der Einfluß der Kornpreise auf die Brotpreise berechnen. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden die Preise durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Deshalb kommen, wenn größere Mehlvorräte vorhanden und noch Kornlieferungen zu niedrigen Preisen ausstehen, Preissteigerungen des Brotkornes keineswegs immer sofort in erhöhten Mehlpreisen zum Ausdruck; die Mehlpreise sinken vielmehr hinterher. Das gilt natürlich noch mehr von den Brotpreisen. Steigt heute der Kornpreis, so steigt morgen noch keineswegs der Brotpreis. Der Bäcker hat vielleicht noch große Mehlvorräte, und überdies hat er dem Müller Aufträge erteilt, die dieser noch zu den alten vereinbarten Preisen ausführen muß. So folgen denn gewöhnlich die Brotpreise erst in längeren Abständen den gestiegenen Kornpreisen. Daher stehen denn auch selten die Brotpreise eines Kalenderjahres zu den Weizen- und Roggenpreisen im richtigen Verhältnis. Man muß, um ein einigermaßen genaues Resultat zu erhalten, die Brotpreissteigerungen in der ersten Hälfte des nächsten Jahres mit hinzurechnen. Leider fehlen solche Berechnungen. Aber selbst, wenn wir die Durchschnittspreise desselben Jahres vergleichen, also die für die agrarischen Behauptungen allergünstigste Vergleichungsart wählen, zeigt sich, daß tatsächlich der Brotpreis in gleichem Verhältnis steigt, wie der Brotkornpreis.

Es stellte sich nach der Hirschberg'schen Statistik:

Jahr	Roggenpreis in Berlin pro 100 Kg.	Zunahme gegen 1894	Roggenbrotpreis in Berlin pro 100 Kg.	Zunahme gegen 1894
1894	11,77 Mk.	—	20,43 Mk.	—
1895	11,98	2 Proz.	20,63	1 Proz.
1896	11,88	1	20,93	2 1/2
1897	13,01	10 1/2	22,90	9
1898	14,63	23 1/2	25,15	23

Man sieht, der Brotpreis steigt fast genau um denselben Prozentsatz, wie der Getreidepreis, und deshalb giebt auch die bekannte Rechnung, daß, da durchschnittlich eine Person 200 Kilogramm Brotgetreide konsumiert, bei einem Zollsatz von 3,50 Mk. pro 100 Kilogramm der Einzelne eine Zollbelastung von 7 Mk. zu tragen hat, die Lasten, welche dem Arbeiter durch den Zoll in Wirklichkeit aufgebürdet werden, viel zu gering an.

Möglich, daß den Vorkämpfern des Bundes der Landwirte diese Tatsache bisher unbekannt war, dann aber folgt daraus nur, wie schlecht es um ihre angeblichen Sachkenntnisse bestellt ist. Oder aber sie war ihnen bekannt, dann bedeutet ihr obiges Rechenexempel ein gemeines Fälschungskunststück.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. März.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Mittwoch einige weitere Kapitel des Kultus-Etats beraten. Bei dem Kapitel „Technisches Unterrichtswesen“ wurde allgemein Lage darüber geführt, daß die preussische Regierung die Zahl der technischen Hochschulen noch nicht dem Bedürfnis angepaßt habe. Voraussichtlich wird über kurz oder lang eine neue technische Hochschule in Breslau errichtet werden; wenigstens wurde eine dahingehende Petition der Regierung zur Erwägung überwiesen, und der Kultusminister gab eine entgegenkommende Erklärung ab.

Das Kapitel „Kultus und Unterricht gemeinsam“ gab, wie alljährlich, Anlaß zu lebhaften Beschwerden über die zu geringe Befolgung der Geisteslehren.

Beim Kapitel „Medizinwesen“ endlich wurde auch in diesem Jahre die alte Klage auf Lösung der Medizinabteilung vom Kultusministerium wiederum erhoben. Alle Fachleute, darunter die Abg. Dr. Virchow und Dr. Langenhans, forderten, daß das Medizinwesen dem Ministerium des Innern unterstellt werde. Die Regierung jedoch beharrt nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Die Beratung der auf die Kreisärzte bezüglichen Titel dieses Kapitels wurde ausgeführt.

Donnerstag: Fortsetzung der Beratung.

Unwiderlegliche Hunnengruße.

Daß die China-Soldaten jetzt — im Zeichen des chinesischen Kakenjammers — keine Hunnen mehr sein sollen, ist recht begreiflich. Darum häufen sich gegenwärtig, während auf der einen Seite die Hunnenbriefe der bisher bekannten Art noch fortgesetzt in der Heimat anlangen, andererseits die Dementierbriefe, die, wie auf Regimentsbefehl, versichern, es sei gar nichts Schlimmes passiert. So hat z. B. Chinakriegler Fritz Umlauf (2. ostasiatisches Inf.-Reg. 3 Comp., zur Zeit in Peking) seiner in Dresden lebenden Mutter einen Brief geschrieben, worin es heißt:

Was die sogenannten Hunnenbriefe anbetrifft, so kann ich nur sagen, daß alles erlogen ist, was drinnen steht. Ich bin bis jetzt noch nicht in die Verlegenheit gekommen, meine Waffe auf einen Chinesen anzulegen. Werde mich auch hüten, dies zu thun, so lange ich nicht gezwungen bin. Dem Chinesen ist nicht zu trauen, aber ein energisches Auftreten genügt, um sich bei ihm Respekt zu verschaffen.

Zudem die verspäteten Abkennungsversuche sind ganz umsonst. Man giebt sich vergeblich Mühe, die echten Hunnengruße zu entkräften. Es giebt bereits Dokumente, deren Wahrheit niemand auch nur anzweifeln kann. Die europäischen Hunnen haben nämlich selbst dafür gesorgt, daß ihre Thaten in treuer Form auf die Rockwelt kommen: sie haben einzelne Schreckensthaten mit dem Photographen aufgenommen, und diese Photographen circulieren bereits in der Heimat.

Der Veröffentlichung der Hunnenbriefe, deren Zuverlässigkeit man hat anzweifeln wollen, wird die Veröffentlichung von Hunnen-Photographen folgen, gegen deren Beweiskraft keine Einrede mehr möglich ist.

Deutsches Reich.

Der Bremer Zwischenfall.

Ueber die Untersuchung in Sachen des Bremer Zwischenfalls berichtet die „Weserzeitung“ u. a.:

Die Untersuchung zeigt uns einen unerfahrenen jungen Menschen von annähernd zwanzig Jahren, der dem politischen Getriebe ganz fern gestanden hat, der durch ein langjähriges schweres epileptisches Leiden noch mehr der Geselligkeit anderer entzweit gewesen und dadurch geistig noch mehr zurückgeblieben ist. Er ist längere Zeit in einem Sanatorium gewesen und hat eine längere Seereise gemacht, Dinge, die ihn aufwieglerischer Gesellschaft entzweit. Er ist kein Heroist, denn wer eine schändliche That begeht, um sich einen berühmten Namen zu machen, verweist doch mit Stolz auf sie. Daraus hat Weiland nichts erkennen lassen. Daß er den Tag über einen epileptischen Anfall habe kommen fühlen, erfährt man nur aus seiner eignen Mitteilung und kann nicht kontrolliert werden. Unmöglich ist es keineswegs; Gründe, es zu bezweifeln, liegen nicht vor. Nun hat er sich, um den Kaiser zu sehen, an einen Punkt gestellt, wo das am besten möglich war, wo viele Hunderte standen, ebenso aus dem Grunde, weil man dort am besten die Anfahrt des Wagens sehen konnte. Ein bemerkenswerter Punkt war bisher die Herkunft des Eisens. Es ist ein beliebiges Stück Eisen, an sich zur Ausführung eines Vordrängels sicher höchst ungeeignet. Nur das Zusammenreffen vieler Umstände hätte dem Vorfalle eine gewisse Wahrscheinlichkeit der Erzeugung seines Zweckes geben können. Er konnte es „irgendwo“ gefunden haben, ohne sich bei seinem beschränktesten Geiste des Hundstoffs zu erinnern. Er sagt indes bestimmt, er habe es kurz zuvor auf dem Domhof gefunden und zu sich geführt. So lange das nicht bestätigt war, konnte man hier noch eine Fälschung vermuten; hätte es sich als Lüge erwiesen, so wäre natürlich der Verdacht verdoppelt worden. Aber inzwischen erweist die Aussage einer sich freiwillig meldenden einwandfreien Zeugin, daß wirklich an Thotort kurz zuvor ein Stück Eisen gelegen hat, das nach ihrer Beschreibung dem corpus delicti entspricht und das sie nach Besichtigung für mit diesem identisch hält. In alledem ist nichts Wunderbares, Ungeheures, Auch darin nicht, daß, als nun das Brausen der Menschenstimmen, das sich mit dem Rauschen des Brauns vereinigt, die Annäherung des Kaisers anzeigt, die Kompanien lebendige Erregung zeigt und ihren Höhepunkt im Augenblick der unmittelbaren Gegenwart des Kaisers erreicht. Im Beginn des Kampfs sei es ihm, so sagt Weiland, gewesen, als sehe er an Bord auf draußen See, er habe das Lot in der Hand und sein alter Kapitän rufe ihm zu: „Wirf das Lot aus!“ Dann habe er das Eisen weggeworfen, weiter wisse er nichts. Wie können wir sagen, daß die Erzählung Weilands auf die mit der Untersuchung betrauten Männer, die zuerst natürlich sämtlich von dem Glauben an einen Vordrängels ausgingen, den Grund der Wahrheit gemacht hat, der durch die häufigen Anfälle von Zitterkrämpfen in der Ungläubigkeit und durch das Verhalten an den folgenden Tagen nur bestätigt ist. Selbst für die Annahme einer pöblichen feindseligen Wallung, die Weiland nach dem ersten besten Stück hätte greifen lassen, um den Gegenstand seiner (indem keineswegs erwiesenen oder auch nur glaubhaft gemachten) Abneigung zu treffen, liegt keinerlei Anhalt vor.

Eine neue Militärvorlage wird angehängt. Nach dem „Militär-Wochenblatt“ hielt in der Militärischen Gesellschaft zu Berlin am 6. März der Generalmajor v. Bernhardsi, Abteilungschef im großen Generalstab und Lehrer an der Kriegsakademie, einen Vortrag über die Weiterentwicklung der deutschen Wehrkraft.

Der Vortragende legte dar, wie wichtig es sei, dem Volk die kriegerische Meinung zu erhalten und erweiterte die Mittel, die dem Staat und der Gesellschaft zur Verfügung ständen, um dieses Ziel zu erreichen. Er ging dann darauf über, die politischen Gesichtspunkte zu besprechen, von denen aus die Erhaltung und Steigerung unserer Wehrkraft unbedingt geboten sei. Aus einer Betrachtung der allgemeinen Gesetze des Krieges und derjenigen Aufgaben, die dem Deutschen Reich aus seinem geschichtlichen Vergegenwartung erwachsen sind, folgerge er die Notwendigkeit, unsere Wehrkraft in durchaus offensivem Sinne zu entwickeln. Von diesem Gesichtspunkte aus wurden dann die Grundzüge besprochen, nach denen die Flotte und die Landesbefestigung auszubauen und die Landarmee auszugestalten sei. In letzterer Hinsicht suchte der Vortragende seine Ansichten aus den Erfahrungen des Krieges 1870/71 zu begründen und wies im besonderen darauf hin, wie notwendig es sei, der Infanterie einen möglichst hohen taktischen Wert zu verleihen, die Kavallerie zu vermehren und den Train in einer modernen Verhältnisse entsprechenden Weise zu entwickeln, um die Operationsfähigkeit der Armee zu erhöhen.

Da scheint also wieder ein großer Plan im Gange zu sein! —

Für den Doppelarif sind, wie überflüssiger Weise verächtlich wird, natürlich die preussischen Minister. Zur Zeit soll die Entscheidung unmittelbar bevorstehen, ob der Bundesrat und der Reichstag für diesen heißesten agrarischen Wunsch zu haben sein wird.

Wird der Doppelarif acceptiert, dann ist die Regierung an Händen und Füßen gebunden, den Agrariern ausgeliefert und der Abschluß zeitgemäßer Handelsverträge ist überhaupt in Frage gestellt.

Miquel contra Bülow. Graf Bülow hatte sich neulich im Reichstag — in Anpassung an eine Centrumsfäule! — dafür erklärt, daß etwaige wesentliche Wehrerträge aus der Erhöhung der Getreidezölle für Zwecke sozialer Fürsorge verwendet werden sollten. Demgegenüber wurde mit Recht daran erinnert, daß Herr v. Miquel vor nicht langer Zeit im Reichstag betont habe, daß eine Erhöhung der Getreidezölle eine Minderung der Getreideeinfuhr und folglich keine Erhöhung der Reicheinnahmen zur Folge haben werde. Jetzt bezeichnet nun der journalistische Vertrauensmann Miquels in der „Post“ die Bülowsche Äußerung als recht bedenklich:

Wenn damit eine Steigerung der Anwendung des Reichs für sociale Zwecke gemeint sein sollte, so würde allerdings mit der Aussicht auf eine starke Belastung der preussischen Finanzen mit Matriculaturumlagen gerechnet werden müssen und demzufolge die Möglichkeit einer Verminderung der Produktionskosten der heimischen schaffenden Arbeit durch Ermäßigung der Güterfrachten in weite Ferne gerückt werden. Ist aber eine Verminderung unserer Produktionskosten zur Erhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit notwendig und kann sie nicht durch Ermäßigung der Frachten für Produktionsmittel und wichtige Rohstoffe herbeigeführt werden, so wird schließlich nichts übrig bleiben, als eine Herabdrückung der Arbeitslöhne.

Dergestalt corrigiert der Vice-Präsident des preussischen Ministeriums den deutschen Reichstanzler, der es liebt, allen alles zu versprechen.

Sozialdemokrat und Großherzog. Während der Piffikus der „Deutschen Tageszeitung“ die Gesinnungsbrüder beschmiedet, von der Unterredung mit einem sozialdemokratischen Führer ja nicht zu viel Aufhebens zu machen, fährt die konservative Presse fort, den „Zwischenfall“ mit ungeheurem Ernst zu behandeln. Die parteiamtliche „Konservative Korrespondenz“ verlangt in geradezu drohendem Tone Aufklärung, indem sie bemerkt:

Die sozialdemokratische Presse macht große und nicht ungeschickte Klänge mit der Begegnung, die der Großherzog von Preußen auf einem parlamentarischen Abend mit einem sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten gehabt hat. Die Sache wird dabei so dargestellt, als habe der Großherzog den „Genossen“ aufgesucht und von ihm sich dreiviertel Stunden lang über sozialdemokratische Prinzipien belehren lassen. Wäre das der Fall gewesen, so stände das allerdings einzig da. Die Sache dürfte sich wohl aber ein wenig anders zugezogen haben; denn daß der Großherzog — wie der „Vorwärts“ schreibt — das „Bedürfnis“ gefühlt haben könnte, sich bei einem Führer der stärksten deutschen Partei — nämlich der Sozialdemokratie — über deren Ansichten und Strebungen zu informieren, halten wir für ausgeschlossen. Eine solche spezielle „Information“ ist für denjenigen vollständig unnütz, der die Meinungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie verfolgt hat und das ist bei einem deutschen Bundesfürsten doch wohl anzunehmen. Wenn die Sozialdemokratie den Vorfalle zu ihren Zwecken ausbeutet, so ist das erklärlich; es wäre aber erwünscht, wenn man über den tatsächlichen Vorgang näheres erfahren könnte.

Ganz gerührt ist der fromme „Reichsbote“, der das Ende aller Tage nahestehend sieht und sich den folgenden erschlatternd gramvollen Betrachtungen hingiebt:

Selbst wenn man zugiebt, daß die Sozialdemokratie durch solche fürstliche Annäherung ihr Ziel etwas verfallen ließe, so fragt es sich doch, wer davon einen größeren Schaden hätte, der Staat, der sich noch immer weiter links zur Sozialdemokratie, oder die letztere, die sich ein klein wenig nach rechts zum Staat entwickelte, aber dabei ihre antimonarchisch-republikanische Tendenz aufrecht hält. Unser Ansicht nach kann die Sozialdemokratie dabei nur gewinnen, denn es werden sich ihr dann immer weitere Volkskreise zuwenden, die sich jetzt noch zurückgehalten haben, weil sie ihnen zu dürr war. Wenn das bestliche Volk aber erst sieht, daß sein Großherzog den sozialdemokratischen Abgeordneten aufsucht, ihm eine Stunde lang die Gnade der Unterhaltung zuwenden, die sonst selten einem Bürger zu teil wird, so werden wahrscheinlich große Volkskreise sich sagen: um brauchen wir erst recht nicht mehr uns zu genieren, sozialdemokratische Abgeordnete zu wählen. Da aber jetzt die heftige Regierung bei ihrem Gang nach links bei der Einführung des demokratischen gleichen geheimen Wahlrechts für den Landtag angelangt ist, so dürfte der Großherzog bald Gelegenheit haben, auf späteren Bierabend sich unter recht zahlreicher sozialdemokratischer Gesellschaft zu befinden. Seine Regierung würde dann auch ihre Gesetze immer mehr nach dem sozialdemokratischen Programm einrichten müssen, und auch im Ministerium würde der jegliche weit links stehende Finanzminister bald einen noch etwas weiter links stehenden, sozialdemokratischen Kollegen erhalten. Im Reichstage aber wird man sich die Gedanken an eine Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitation aus dem Sinn schlagen müssen, wenn die Fürsten in den Einzelstaaten mit den Sozialdemokraten gesellschaftlich verkehren.

Der „Reichsbote“ giebt sich unndürrer Weise so düsteren Betrachtungen hin! Wir wenigstens können dem Vorgang keine Bedeutung beimessen. Die konservative Presse scheint allerdings in dem Wahne zu zittern, daß selbst ein deutscher Bundesfürst Sympathien für die republikanisch-sozialistische Richtung gewinnen könne, nachdem gerade gegenwärtig die monarchisch-reaktionäre Regierungspolitik in Europa so hoffnungslos erschreckungen geseiht.

Die Hohönigsburg im Reichstage. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Die reichsständischen Blätter veröffentlichen ein Schreiben des Reichstags-Abgeordneten Dr. Vonderheer-Schleifstadt (elsässisch-Lotharingen), worin dieser den Empfang einer von zahlreichen Bürgern der Gemeinde Schleifstadt unterzeichneten Petition um Bewilligung der vom Reichstage geforderten Hohönigsburg-Kredite bestätigt und hinzufügt, es hätte dieser ihm im übrigen sehr sympathischen Rundgebung nicht bedurft, um ihn zu bestimmen, im Reichstage für die Forderung einzutreten und zu stimmen. Demgegenüber meldet der „Elsässische Volksbote“, das Organ der elsässisch-Lotharingen Reichstags-Abgeordneten Dehor und Haupt, die Mehrheit der Mitglieder des Centrums sowie die Gruppe der Elsässer mit Ausnahme Vonderheers und zweier lothringischer Abgeordneter werde im Reichstage gegen den für die Wiederherstellung der Hohönigsburg geforderten Kredit stimmen.

Dr. Sigl, der „Waterlands“-Redacteur, hat einen Schlaganfall erlitten.

Die Plünderungen in China. In China haben die europäischen Hunnen in der unglücklichsten Weise gehandelt, sie haben unerfessliche Kunstschätze zerstört und historische Heiligthümer roh vernichtet. Nur will es keine Nation gewesen sein, und jede sieht die Schuld der andern zu. Die Thatsache der Plünderung aber steht fest, schreibt doch selbst der „Thalfrömmte“ „Lokal-Anzeiger“ in einem chinesischen Reisebericht über die Vernichtung der Kaisergräber an der großen Mauer:

Ohne Führer sondern wir diesmal den Weg durch den Park zu dem schönen Grab der Gattin des Kaisers Jung-tsching. Was wir jetzt vor uns sehen an Stelle jenes stimmungsvollen Ensembles von drei Tagen, war das Bild einer barbarischen, gemeinen Verwüstung. Eine Horde von Räubern war darüber geraten und hatte fortgeschleppt, was nur irgend nicht wertlos und nagelfest gewesen. Kein, mehr als das: Nicht nur die Cloisonné-Basen, die Porzellane, die Bronzen, die Teppiche und seidengefüllten Decken, alles war fortgeschleppt bis auf's Letzte,

sondern es war heruntergerissen und fortgeschleppt, was nur vom Plag zu bewegen war. In den heiligen Rischen hingen die Fegen der ehemaligen Stoffe herunter, mit denen sie ausgefärbt gewesen, Scherben, Perlen und Glitzerstücke von Südereien lagen am Fußboden; selbst von den Polstern der Thronesseln war das kleinste Stückchen Seide herabgezerrt, so daß jetzt die Watte aus der nackten Fütterung hervorquoll. Stroß, Seide, Kissen lagen herum, das Ganze sah wüst aus wie ein Puchhof.

Wer das gesehen, weiß ich nicht zu sagen. Die Franzosen behaupteten, die Engländer seien es gewesen mit Hilfe ihrer Jader, diese schoben es wieder den Franzosen zu. Sicher ist, daß unsere Leute es nicht gewesen sind. Denn sie waren vor drei Tagen schon vorübergezogen, als wir das Grab noch intakt fanden, und heute waren sie wiederum noch hinter uns zurück; sie waren also während der Zeit, wo es geschah, unmöglich dort gewesen. Auf alle Fälle ist hier etwas zerstört worden, was einzig war.

So verbreitet Europa Kultur! —

Ausland.

Ein militärisches Fiasko.

Man schreibt uns aus Amsterdam, 12. März: Eine Niederlage hat heute die Regierung erlitten bei der Verhandlung ihrer Novelle zum Militärgesetz. In Holland gilt noch immer die Konstriktion. Von 47 952 neunzehnjährigen jungen Leuten waren im Jahre 1899 21 273 um allerlei Ursachen nicht militärfähig. 26 679 mußten sich zum Los stellen, 10 091 wurden in das Heer einverleibt. Die erste Uebungsperiode währt für die unberittene Mannschaft ein Jahr, für die berittene 18 Monate.

Die Regierung wollte nun das jährliche Kontingent von 11 000 auf 17 500 Mann erhöhen; 5200 Mann würden nach vier Monaten erster Uebung nach Hause geschickt werden, für die übrigen 12 300 wollte sie die geltenden Uebungsperioden beibehalten. Der Kriegminister hat aber seit drei Jahren die wirkliche erste Uebungszeit bis auf 8 Monate verläßt; die Probe erklärte er für durchaus gelungen; aber an sehr hoher Stelle, beim Generalstabschef, dachte man darüber anders; und dem Einfluß, den der Generalstab an allerhöchster Stelle hat, wird es wohl zugeschrieben werden müssen, daß das Ministerium nicht in seiner Novelle die erste Uebungsperiode auf 8 Monate gestellt hat.

Von der linken Seite der liberalen Mehrheit kam nun aber der Vorschlag, der sich auf die Zeugnisse des Kriegministers selbst stützte, die achtmonatliche Uebungsperiode gesetzlich festzulegen. Von unangesehenen Motiven bewogen, erklärte der Minister diesen Vorschlag für unannehmbar. Er wurde jedoch durch die demokratischen Liberalen, die Katholiken und die Sozialdemokraten angenommen. Die Beratung wurde aufgehoben; der Kriegsminister wird seine Entlassung nehmen. Alles bleibt also beim alten; dem Volke ist hiermit eine Erschwerung des Militärdienstes erspart, die Wiederherstellung des Militarismus in der holländischen Bourgeoisie, die aus Anlaß des südafrikanischen Krieges entstanden ist, wird hiermit wohl ihr Ende genommen haben.

Oesterreich-Ungarn.

Abgeordnetenshaus. Bei Beginn der Mittwoch-Sitzung erteilt der Präsident dem Abg. Stein, der am Dienstag während der Rede Aramarez gerufen hatte: „Annelierung Oesterreichs wäre das Beste“, wegen dieses Zwischenrufes einen Ordnungsruf und drückt sein lebhaftes Bedauern aus, daß solche Worte im österreichischen Parlament gefallen sind. Das Haus fährt dann in der ersten Lesung der Branntweinsteuer-Vorlage fort. Im Laufe der Debatte polemisierte der Deutschösterreichische Schärer gegen die geistliche Rede des Abgeordneten Aramarez und bemerkte, er wolle den Czechen ihren Bahn nicht nehmen, daß sie für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts notwendig seien, er müsse jedoch bemerken, daß die Deutschen in den Sudetenländern, insbesondere in Böhmen, gegenüber dem slavischen Lastum Wache stehen und dadurch zur Erhaltung des europäischen Friedens beitragen. Wir sind, sagt Redner, ein Hort des engen Bündnisses mit Deutschland; wir wünschen, ohne schlechte Patrioten zu sein, daß dieses Bündnis sich immer inniger gestalte, weil Oesterreich dadurch als Großmacht nur gewinnen laun. (Beifall links.) Das Haus begann dann die erste Lesung der Investitions-vorlage.

England.

Voerentrieg. Ein eiligt einberufenen außerordentlicher Ministerat in Mittwoch in London abgehalten worden. Es verhandelt, eine der Veronulassungen zu demselben sei der Stand der Verhandlungen zwischen Ritscher und Botha gewesen. Der Grafde Dr. Lydss ermächtigte einen Berichterstatter zu der Erklärung, daß an den Vicepräsidenten der Südafrikanischen Republik Schall Bürger keinerlei telegraphischer Weisheit bezüglich der Unterhandlung Botha's, von denen Präsident Krüger übrigens nichts wisse, ergangen sei.

Die Budgetkommission

des Reichstags erörterte in ihrer Mittwochssitzung eingehend die „Stellung der Reichsregierung zur Wohnungsfrage“. Im Etat war die Summe von 2 Millionen Mark eingeseht zur Förderung der Herstellung geeigneter kleiner Wohnungen für Arbeiter und gering beföldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs durch Gewährung von Beihilfen an Private, sowie an gemeinnützige Unternehmungen (Bauvereine, Baugenossenschaften, Laugesellschaften usw.).

Abg. Singer (Soc.) erklarte es als einen Fortschritt an, daß sich die Reichsregierung endlich an die ihr auf dem Gebiet der Wohnungsweidung zulaufende Aufgabe mache. Jedoch mußte dafür gefordert werden, daß die vom Reich zugewiesenen Gelder unter keinen Umständen zur kapitalistischen Ausbeutung von Grund und Boden führen dürfen. Aus diesem Grunde habe er einen Antrag beantragt, nach dem die Beihilfen nur unter der Bedingung gegeben werden dürfen, daß bei der Beschaffung des Mietspreises nur die landesübliche Vergütung des zum Bau der Häuser aufgewendeten Kapitals sowie die Kosten der Instandhaltung und Verwaltung in Anrechnung gebracht werden. Außerdem verlange sein Antrag, daß die mit Hilfe des Reichs errichteten Häuser späterhin zu keinem andren Zweck verwendet werden dürfen. Durchaus überflüssig, ja unter gewissen Umständen schädlich erscheine es aber, daß nach dem Vorschlage der Regierung auch an Private Gelder zur Errichtung kleiner Wohnungen gegeben werden solle. Da die Wohnungen ausschließlich für die im Staate beschäftigten Arbeiter und kleinen Beamten bestimmt seien, so sei nicht einzusehen, weshalb Gelder an Private ausgezahlt werden sollen. Die geforderte Summe von zwei Millionen sei allerdings sehr gering, trotzdem sehe er davon ab, eine Erhöhung dieser Summe zu beantragen, da es sich ja hier nur um den ersten Schritt handele. Er erwarte aber, daß für die nächsten Jahre ganz erheblich größere Mittel zu dem durchaus anerkanntwertigen Zweck verwendet werden würden.

Der Staatssekretär des Inneren, Graf v. Posadowsky wies auf die Erfahrungen hin, welche in den letzten Jahren bezüglich des Verhältnisses der Löhne und der Mietspreise gemacht worden seien. Sobald die Löhne eine Steigerung erfahren hätten, wäken auch die Mietspreise in die Höhe geschraubt worden. In den Städten seien nach der letzten Schlußfolgerung für die dortigen Beamten die Vermieter der kleinen Wohnungen zusammengetreten und hätten sich dahin verständigt, die Mietsen um 20 Proz. zu steigern. Und dieses Vorhaben sei auch wirklich ausgeführt. Aus diesem Grunde müsse der Staat daran denken, die Lage kleiner Arbeiter und kleinen Beamten dadurch zu verbessern, daß diesen Leuten

wohnende Wohnungen zu billiger Miete zur Verfügung gestellt werden. Die vom Abg. Singer vorgeschlagene Grundidee, daß eine Ausbeutung mit den Wohnungen nicht betrieben werden dürfe, billige er durch aus. Er deutete sich die Sache so, daß das Reich größere Forderungen ankaufe, dies Land an gemeinnützige Gesellschaften unter Zerkäuf zu den Kaufkosten mietweise abgebe. Da es sich hier um einen ersten Versuch handelt, so ersuche er darum, daß der Antrag des Abg. Singer in Form einer Resolution angenommen werde, um der Regierung eine gewisse Bewegungsfreiheit zu ermöglichen. Im übrigen sei auch er der Meinung, daß für die nächsten Jahre viel größere Mittel für diesen Zweck in den Staatsvorgehen werden müssen. Unter allen Umständen aber werde sich die Tätigkeit des Staates vorläufig darauf erstrecken, den im Staatsbetrieb beschäftigten Beamten und Arbeitern die nötigen Wohnungen zu stellen. Erst wenn dies Ziel erreicht sei, könne sich das Reich der Aufgabe zuwenden, auch für die anderen Arbeiter die Wohnungsfrage in die Hand zu nehmen.

Die Vertreter aller anderen Parteien erklärten sich mit den Ausführungen des Abg. Singer einverstanden. Abg. Graf v. Kintowski (L) schlang sich sogar zu der ausdrücklichen Erklärung auf, daß der Abg. Singer ganz im Sinne der konservativen Grundidee die Reichswohnungspolitik klar gelegt habe.

Abg. Müller-Kulda (C.) der ebenfalls für die Singersche Resolution sich ausdrückte, benutzte die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß gerade in Berlin, wo Herr Singer regiere, die Wohnungsfürsorge am allermeisten vernachlässigt worden sei.

Dem wurde vom Abg. Singer entgegengehalten, daß, so lange Sozialdemokraten in der Stadtverwaltung von Berlin thätig seien könnten, sie mit allen Kräften gegen die schweren Unterlassungsünden der Berliner Stadtverwaltung angekämpft haben. Und wenn gegenwärtig auch die Berliner Stadtverwaltung eine andre Stellung zu der Wohnungsfrage einnehme, so sei dies nicht zum geringsten der Erfolg seiner Thätigkeit, der Stadtverordneten-Versammlung und seiner politischen Freunde.

Abg. Schlumberger (Hosp. d. Natl.) weist darauf hin, daß nach den Erfahrungen in Paris es selbst bei sehr hohen Mietpreisen möglich sei, für Arbeiter billige Wohnungen zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkt aus sei man auch in Mühlhausen daran, weitere billige Wohnungen zu errichten, die allen Ansprüchen der Arbeiter genügen und als Miete nicht mehr als $\frac{1}{3}$ des Einkommens, ungefähr 12 bis 20 M. pro Monat erfordern. Mühlhausen habe ja schon seit vielen Jahren sich in der Wohnungsfrage praktisch betätigt. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß man dabei den schwersten Fehler begangen habe, indem man die Arbeiter im Laufe der Jahre zu Eigentümern der Häuser machte. Hierdurch sei es gekommen, daß der allergrößte Teil der seiner Zeit für die Arbeiter errichteten Wohnungen sich jetzt in ganz anderen Händen befindet. Er warnt davor, daß der Staat selbst Eigentümer der Wohnhäuser werde, weil daraus leicht eine größere Abhängigkeit der Arbeiter entstehen könnte.

Auch Abg. Singer (Soz.) betonte ausdrücklich, daß eine derartige Vermehrung der Abhängigkeit der Arbeiter unter allen Umständen vermieden werden müsse, und daß daher eine etwaige Auflösung des Arbeitsverhältnisses zwischen dem Arbeiter und dem Reich die Kündigung der Wohnung nicht zur Folge haben dürfe. Schließlich wurde die Resolution des Abg. Singer einstimmig angenommen.

Aus der weiteren Verhandlung der Budget-Kommission sind noch zwei Punkte hervorzuheben:

Eine längere Debatte entpand sich über die Forderung von 150 000 M. als erste Rate zu den Kosten des Ausbaus der „Hohkönigsburg“.

Abg. Singer (Soz.) wies als Korrekturen einigend nach, daß gar kein Grund vorliege, auf Kosten des Reichs eine Ruine auszubauen, welche sich im Privatbesitz des Kaisers befindet. Das Vorgehen des elsaß-lothringischen Landesauschusses, welcher beabsichtigt zu dem Ausbau der „Hohkönigsburg“ 700 000 M. bewilligt habe, sei in keiner Weise maßgebend. Denn die Zustimmung des Landesauschusses sei nur dadurch erzielt worden, weil die Abgeordneten hofften, daß sie durch die Vergabe des geforderten Geldes die Verrückung des Diktatur-Paragrafen erreichen würden. So jederzeit die Sozialdemokraten die Verrückung des Diktaturparagrafen erstrebten, so hätten sie doch einen derartigen politischen Abhandel für durchzuführen unzulässig. Er beantragte daher die Ablehnung des geforderten Postens.

Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky verurteilte es ebenfalls, daß bei den Beratungen im elsaß-lothringischen Landesauschuss die Bewilligung der Beihilfe zu den Kosten für den Ausbau der „Hohkönigsburg“ in Verbindung gebracht worden sei mit dem Diktaturparagrafen. Unter keinen Umständen würde sich die Regierung durch die Annahme oder Ablehnung der geforderten Summe in ihrer Stellung zu dem Diktaturparagrafen beeinflussen lassen. Im übrigen ersucht er dringend um Bewilligung der geforderten Summe aus historischen, künstlerischen und vor allen Dingen aus politischen Gründen. Ja, er ist der Meinung, noch dem Ausbau der „Hohkönigsburg“ werde der Fremdenverkehr in Elsaß-Lothringen damit sich steigern, daß schon durch die Mehreinnahmen der Reichs-Eisenbahnen das aufgewendete Geld reichlich zurückerstattet werde.

Auch die Abg. Dr. Cretz (L.), Wassermann (natl.), Schlumberger (Hosp. d. Natl.) sprechen sich aus allgemeinen politischen Gründen für die Bewilligung der geforderten Summe aus. Das Centrum entwickelte wieder einmal eine „Zwei-Seiten-Theorie“. Abg. Müller-Kulda (C.) sah nicht die Notwendigkeit ein, den Ausbau der „Hohkönigsburg“ von Reichsmitteln zu betreiben, während der Abg. Warde (C.) erklärte, für die geforderte Summe unter den Umständen zu stimmen, daß ausdrücklich zu Protokoll genommen werde, das Reich würde auch in Zukunft nicht mehr als die in Aussicht genommene Gesamtsumme von 700 000 M. bewilligen.

Bei der Abstimmung fanden sich 15 Stimmen für und 9 gegen die geforderte Summe, so daß die letztere bewilligt worden ist.

Zur Förderung der Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke

soll nach einem Antrag des Abg. v. Ziedemann (Sp.) die Summe von 100 000 M. in den Etat eingestellt werden.

Abg. Singer (Soz.) erkannte zwar die gute Absicht des Antrags an, erklärte sich auch im Prinzip damit einverstanden, daß der Reichstag das Recht habe, derartige nicht ursprünglich vorgezeichnete Forderungen in den Etat einzustellen; trotzdem aber ersucht er um Ablehnung des Antrags Ziedemann, da die geforderte Summe durchaus ungenügend sei. Die durch diesen Antrag angeregte Frage sei von solcher gewaltigen Wichtigkeit für das Volk, daß eine gründliche Beschäftigung des Reichs mit dieser Frage notwendig erscheine. Aus diesem Grunde schlägt er vor, durch eine Resolution den Reichstag zu ersuchen, in den Reichs-Haushaltsetat pro 1902 eine entsprechende Summe zur Förderung der Einrichtung von Heilstätten für Lungenkranke einzusetzen. Auch seitens der Regierung wurde betont, daß die Einstellung einer verhältnismäßig so ungenügenden Summe durchaus verfehlt wäre und deshalb die Annahme der vom Abg. Singer vorgeschlagenen Resolution als das richtigere erscheine. Nachdem noch die Resolution dahin erweitert worden war, daß die Regierung nicht allein zur Förderung der Errichtung von Lungenheilstätten, sondern auch zur Bekämpfung der Tuberkulose im allgemeinen aufgefordert werden müsse, zog der Abg. v. Ziedemann seinen Antrag zurück und die Singersche Resolution wurde einstimmig angenommen.

Damit sind sämtliche Beratungsgegenstände der Budget-Kommission bis auf die zum Reichshaushaltgesetz gestellten Resolutionen erledigt.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Partei-Nachrichten

Kräheninfektion. Aus einer — nichtgenannten — Stadt Sachsens erzählt ein in Dresden erscheinendes Blatt folgendes Geschiehen:

Als dieser Tage ein sozialdemokratischer Stadtverordneter gestorben war, beabsichtigte einer der Führer der Sozialdemokratie, dem verstorbenen Genossen ein Grab einige Worte des Dankes nachzurufen und ging deshalb zu dem diensthabenden Geistlichen, um die hierzu nötige Erlaubnis einzuholen. „Ich bedauere“, antwortete der Geistliche, „aber da der Verstorbene Dissident war, so bin ich hier nicht kompetent und Sie werden sich an die weltliche Behörde wenden müssen.“ Der redseligste Parteiführer ging nun zum Oberbürgermeister und trug diesem sein Anliegen vor. Das Oberhaupt der Stadt aber verwies ihn an den Vorsitzenden des Schul- und Kirchenausschusses, den zweiten Bürgermeister, da er sich in dieser Frage nicht kompetent fühlte. Der zweite Bürgermeister hatte aber ebenfalls Zweifel an seiner Zuständigkeit und begab sich nun mit dem Sozialdemokraten zu dem Oberhaupt der Stadt zurück. Nach längerer Beratung ließ schließlich der Herr Oberbürgermeister anspannen und nun führen alle drei zu dem ersten Geistlichen, dem Superintendenten, um in gemeinschaftlicher Sitzung zu erwägen, wer in dieser wichtigen Sache kompetent sei. Da nun auch der Oberausseher der Geistlichkeit erklärte, bei Dissidenten habe er nichts hinzuzusetzen, so antwortete der Sozialdemokrat, von dem man übrigens von vornherein annahm, daß er am Grabe seines Genossen keine aufsteigenden Reden halten würde, daß er sich nunmehr selbst kompetent fühle und an diesem Tage auf dem Friedhof machen werde, was er wolle. Und so hat er denn auch seine Rede gehalten.

Wenn's nicht wahr ist, so ist es doch gut erfunden und kennzeichnet vortrefflich den kleinlichen Geist, der übrigens nicht bloß in Sachsen, sondern mit wenigen Ausnahmen in ganz Deutschland die privaten Angelegenheiten der Bürger einer unverständigen polizeilichen Bevormundung unterwirft und doch damit heute nichts weiter mehr erreicht, als sich selbst lächerlich zu machen.

Dokumentarisch belegt ist dagegen die Mitteilung, daß jetzt in Wilschowitz in Sachsen die Vereine, wenn sie eine Festlichkeit veranstalten wollen, die polizeiliche Erlaubnis dazu acht Tage zuvor erbitten und dem Gefas ein Verzeichnis der Festteilnehmer beifügen sollen. — Weltmachtspolitik!

Der Arbeiterbildungsverein in Belsen hatte beschlossen, einen Schreibrat für seine Mitglieder einzuführen und hatte auch bereits einige dortige Schullehrer gewonnen, die bereit waren, den Unterricht zu erteilen. Diesen ist jedoch von der Regierung „nahe gelegt“ worden, daß es für sie „nicht angängig“ erscheint, den Schreibrat in Bildungsbereich zu erteilen.

Diese Decrete von der preussischen Regierung sind doch immer noch nicht lug genug. Welche schöne Gelegenheit, den offenbar bedenklich angeordneten Schreibrätern patriotischen hausweisen einzutrichtern. Jede Woche einen bis zwei warm empfundene patriotische Aufsätze, dazu einige jämmerliche Widerlegungen der Unschuldslehren diktiert — und das läßt sich die Regierung in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit entgegen!

Im lipptischen Landtage, in dem jetzt über eine Wahlfeständerung verhandelt wird, werden unsere Parteigenossen einen Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts einbringen. Für die freisinnigen Herren, die in diesem Kleinparlament noch sitzen, eine sehr unangenehme Sache.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.
— Die Königsberger „Volks-Tribüne“ ist am Montag abermals beschlagnahmt worden. Anlaß dazu hat eine Bemerkung gegeben, die an den Bericht über die Generalversammlung der Aktionäre der Berliner Großen Strassenbahn geknüpft war. Das Reichsamt des Innern soll dadurch beleidigt sein.

— Genosse Polorn aus Zwidan hatte sich am Montag vor dem Schöffengericht in Peitz zu verantworten. Im Oktober v. J. sollte in Streckau eine Versammlung stattfinden, in der Polorn referieren sollte. Die Versammlung wurde aufgelöst, weil dem überwachenden Gendarm die Anmeldebekundigung nicht vorgezeigt worden konnte. Genosse Polorn wurde darüber, daß er mittels dem Weg von Zwidan nach Streckau zurückgelegt hatte, ärgerlich und ließ seinen Unmut in Worten aus, durch die sich der Anwaltsführer Schiller beleidigt fühlte. In der Verhandlung gab Polorn zu, jene Worte gebraucht zu haben, er will damit aber den Anwaltsführer nicht gemeint haben. Das Gericht hält ihn der Beleidigung für schuldig und erkennt auf 60 M. Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Vereinigten Berliner Märlwerke, vertreten durch eine Abordnung von 8 Personen, und der Direktor Berner als Leiter der genannten Firma, verhandelten am Mittwoch wegen der von den Arbeitern geforderten Lohnerhöhung vor dem Einigungsamt unter Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors v. Schütz und in Gegenwart der Beisitzer Grubenbesitzer Cronh, Ingenieur Bernhardt, Former Köpfen, Handelshilfsarbeiter Schumann.

Die Arbeiter — es kommen etwa 300 in Betracht — fordern: Für Antifer im Sommer 28 M., im Winter 22 M. Wochenlohn; für Kassarbeiter 50 Pf., für Sandarbeiter 45 Pf. pro Stunde. — Direktor Berner bietet dagegen den Arbeitern 26 bzw. 22 M., den Kassarbeitern 45, den Sandarbeitern 40 Pf. — Die Schiffer sind mit der ihnen bewilligten Zulage (105 statt 90 M. für Schiffsführer, 90 statt 80 M. für Bootleute) zufrieden. Die anderen Arbeiterkategorien beharren auf ihrer Forderung und begründen dieselbe durch ihren Vorkühler Berner unter anderem mit der Angabe, daß die Konkurrenzfirmen höhere Löhne zahlten wie die Vereinigten Berliner Märlwerke. — Direktor Berner bestreitet diese Angabe. Um werde sogar von seinem Konkurrenz-Labert vorgehalten, daß er (Berner) den Arbeitern zu sehr entgegenkomme. Er wünsche, daß Arbeiter von Labert angewiesen wären, um zu bestätigen, daß sie niedrigere Löhne erhalten. Auch wäre es wünschenswert, daß Herr Labert zugestehen wäre, damit der Konflikt sehe, daß er (Berner) nicht aus reiner Goulanz den Arbeitern entgegenkomme, sondern weil der Verband der Arbeiter mit Forderungen vorgeht, und zwar immer nur bei den Vereinigten Berliner Märlwerken, während die Konkurrenzfirmen mit solchen Forderungen verschont bleiben. Die Ansichten für das bevorstehende Geschäftsjahr seien sehr ungünstig. Arbeiter könne man jetzt schon zu sehr niedrigen Löhnen haben. Kürzlich hätten sich bei dem Märlwerk von Weidner in Charlottenburg 30 Arbeitslose gleichzeitig für einen Stundenlohn von 25 Pf. angeboten, ohne aber eingestellt worden zu sein. — Ein Vertreter der Arbeiter sagt dazu: Da werde Herr Weidner wohl eine Null hinzugesetzt haben, und dann handele es sich jedenfalls um arbeitslose polnische Erdarbeiter, die in Charlottenburg überwintern und gelegentlich den einheimischen Arbeitern in den Märlern fallen. — Hinsichtlich der Schiffer fordert Direktor Berner, daß diese als Gegenleistung für die Zulage beim Entladen ihrer Fahrzeuge heissen sollen. — Schiffer Schuberl bemerkt dagegen, die Schiffer seien oft während der Nacht auf der Fahrt, und dann könnten sie doch nicht am folgenden Morgen um 6 Uhr schon wieder Sand schaufeln. Ausreichende Nachruhe müsse ihnen doch gewährt werden. — Direktor Berner meint, eine bestimmte Ruhezeit lasse sich für die Schiffer nicht festsetzen, sie hätten manchmal 10—12 Stunden, manchmal aber nur drei Stunden Nachruhe. Er wünsche festgesetzt zu sehen, daß Schiffer, die bis 10 Uhr abends auf der Ausladehalle anlangen, beim Entladen ihres Rahms am nächsten Morgen helfen müssen.

Die Verhandlung endete mit einem Vergleich auf folgender Grundlage:

1. Die Arbeiter erhalten vom 15. März bis 31. Dezember einen Wochenlohn von 27 M., vom 1. Januar bis 31. März einen solchen von 22 M. Während der letztgenannten Zeit dürfen Arbeiter wegen Arbeitsmangel nicht entlassen werden, auch soll sie der Arbeitgeber nicht aussetzen lassen. Die Zahl der von dieser Bestimmung betroffenen Arbeiter richtet sich nach der Anzahl der gesunden Pferde.

2. Soweit die Geschäftslage es gestattet, sollen nach 7 Uhr abends Fahren nicht mehr expediert werden, außer an Regentagen und bei Betriebsstörungen.

3. Sandarbeiter erhalten 42 Pf., Kassarbeiter 46 Pf. Stundenlohn. Die Arbeitszeit dieser Arbeiter beginnt um 6 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. Ueberstunden werden mit einem Aufschlag von 5 Pf., Sonntagsarbeit mit einem solchen von 10 Pf. pro Stunde bezahlt.

4. Schiffer und Steuerleute erhalten monatlich 105 M., Bootleute auf Rähnen 90 M., Bootleute auf Dampfern 85 M. Wenn im Winter Fahrzeuge eingefahren sind, sollen für Bedienung und Bewachung derselben an Schiffer 3 M., an Bootleute 2,50 M. pro Tag gezahlt werden.

5. Bei Differenzen ist das Einigungsamt anzurufen. Vor Ablauf dieses Vergleichs sind die Arbeitsbedingungen aufs neue festzusetzen. Bei künftigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt sollen Konkurrenzfirmen der Konkurrenzfirmen hinzugezogen werden.

6. Dieser Vergleich gilt bis zum 31. März 1902.

Kleine Mitteilungen.

Bezüglich der Abtragegelder beschloß eine Versammlung der Mehl- und Getreidelieferanten, sich mit dem Verein der Berliner Mehlhändler in Verbindung zu setzen, um ein Abtragegeld von 3 Pf. für jeden Sack festzusetzen, der durch die Hausbahn getragen werden muß.

Lohreduktionen werden den Vertretern der Firma Pöhlting angekündigt, die sich einstimmig dagegen verweigerten. Die letzte Versammlung des Fachvereins der Vertreter trug beschloß, daß — wenn die Lohreduktion dennoch durchgeführt würde — sämtliche Arbeiter des Platzes die Arbeit niederzuliegen haben.

Deutsches Reich.

Behördliche Unternehmungsfürsorge. In Gramzow, einem Marktort bei Prenzlau, ist es der Organisation der Zimmerer vor einiger Zeit gelungen, eine Zählstelle zu errichten. Das Lob der Unternehmer nach der Behörden haben sich, wie es scheint, die Arbeiter mit dieser Vereinsgründung nicht erworben, denn es wird manföhrlich danach geforscht, wer dieser Organisation angehöre; die Meister sind geradezu entsetzt, daß ihre Arbeiter diese Wege wandeln. Im nun zu ermitteln, wer von den Arbeitern der Organisation beigetreten ist, hat der Amtsvorsteher in Gramzow hülftlich seine Dienste zur Verfügung gestellt. So wurde mehreren Arbeitern des Zimmerermeisters Kosch auf das bestimmteste gesagt, daß sie dem Zimmererverband angehören, und auf ihre Gegenehre zur Bekräftigung dieser Behauptung entgegengesetzt, daß Herr Kosch durch seinen Buchhalter die Mitgliederliste auf dem Amt abzeichnen ließ. Das Verhalten des Amtsvorstehers ist für die Arbeiter um so nachteiliger, als der Unternehmerverband für Prenzlau und Umgegend von den Arbeitern verlangt, daß sie keiner Organisation angehören. Wird ihre Mitgliedschaft ermittelt, so kommen die Arbeiter aus ihrer Beschäftigung. Von der Ortsbehörde wird jedoch der Kampf gegen die Arbeiterorganisation noch mit andren Mitteln betrieben. Bisher konnte die Zählstelle der Zimmerer und Rouer ungehindert ihre Sitzungen abhalten, jetzt ist dem Willkür androht, daß ihm die Konzeption entzogen wird, wenn er weiter sein Lokal zu Versammlungen hergibt. Wie solche behördlichen Schritte befolgt werden, ist zur Genüge bekannt, und so haben die Arbeiter jetzt kein Lokal, wo sie Zusammenkünfte abhalten können. Wegen dieser Vorwände werden die Arbeiter Beschwerde einlegen, von deren Erfolg es abhängen wird, ob in Gramzow die Arbeiter ihr Koalitionsrecht ausüben können.

Für Banarbeiter ist auf dem Ansehbau in Neurepin, den die Firma Böhle aus Spandau ausführt, die Sperrverhängt.

Wegen Mißhandlung eines Arbeitswilligen wurden von der Strafammer in Hamburg drei Werftarbeiter zu 6 Wochen, 2 Monaten und 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten hatten zwei Arbeiter, die während des Aufbaus auf der Werk von Blohm u. Voß arbeiteten, mit Eisenstücken geworfen.

Der Maurerkreis in Halle a. S. dauert unverändert fort. Im Abstand befinden sich noch ca. 700 Maurer mit 1330 Kindern.

Der Bau-Arbeitgeberverband von Halle erläßt in vielen Provinzen und auch in hauptstädtischen Blättern Inzerate, um Maurer nach Halle anzuwerben. In diesen stellt er die unlagbar lächerliche Behauptung auf, daß hier nur Streik herrsche „wegen unverantwortlicher Arbeiterforderungen und wegen einiger Arbeiteragitatoren“. Er verspricht einen Stundenlohn von 45 Pfennig, während die Ausständigen um die Erhaltung des 50 Pfennig-Stundenlohns kämpften, wohl gemerkt um die Erhaltung, denn die halleischen Maurermeister und Baumunternehmer haben bis Ende Oktober v. J. den Stundenlohn von 50 Pf. anstandslos bezahlt. Dazu sind sie, jedenfalls im Hinblick auf den bevorstehenden Winter, zu Lohnreduktionen übergegangen, und diese abzuwehren, deswegen befinden sich die halleischen Maurer seit ca. 21 Wochen im Ausstande. Danach mag man die Behauptung der Arbeitgeber von den unverantwortlichen Forderungen und dem wegen der Arbeiteragitatoren geführten Streik bemessen. Komme also kein fremder Maurer nach Halle, denn es handelt sich um einen riesigen Kampf, der durch seinen Ausgang in dem einen oder andren Sinne auf die Maurerschaft von ganz Deutschland wirken wird. Der den halleischen Maurern in den Rücken fällt, schädigt die Maurerbewegung jedes einzelnen Orts. Deshalb ist es allerorts dringend erforderlich: Zugang nach Halle fernzuhalten.

Auf eventl. Anfragen antwortet bereitwillig Maitre Karl Döge, Garz 51 (Moringburg).

Die Tapezierer und Vosamentiere in Nordhausen haben ihre Kündigung eingereicht und werden in eine Lohnbewegung eintreten.

Die Zwangsdimnung der Schuhmacher und Sattler in Meile ist durch Beschluß seiner Mitglieder mit 50 gegen 20 Stimmen aufgelöst.

Zur Lohnbewegung der Schneider. In Bremen waren vor dem Gewerbegericht Verhandlungen für die Aufstellung eines Tarifs eingeleitet, die zu folgendem Ergebnis führten: Der angestrebte Tarif sollte bis zum März 1904 in Kraft bleiben. Den Hausarbeitern wurde ein Lohnzuschlag von $\frac{1}{3}$ Proz. bewilligt. Die Tuchhosen Näharbeiter, sollten den Werksarbeitern unentgeltlich geliefert werden. Für Nacharbeit und für Ueberstunden von 20 Proz. Zuschlag vorgesehn. In einer von 600 Gehilfen besuchten Versammlung wurde der Tarif abgelehnt und die Kündigung beschlossen. Wahrscheinlich dürfte in einigen Betrieben sofort eine Aussperrung erfolgen.

In Kiel sind 171 Schneider in den Ausstand getreten. Vorläufig arbeiten circa 50 Gehilfen in Geschäften, wo der Tarif anerkannt ist.

Nach Lübeck ist der Zugang von Schneidern fernzuhalten, da die Vorkühler der Unternehmer von den Arbeitern abgelehnt wurden.

Die Damenschneider in Frankfurt a. M. haben, da ihre Lohnbewegung auf allichem Wege nicht zum Abschluß gebracht werden konnte, zum Streik gegriffen. Ausständig sind 108 Arbeiter. Man nimmt an, daß der Ausstand bald beendet sein wird, da die Arbeit sehr drängt. Eine Firma hat bereits den Tarif anerkannt und ist dort die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Lohnbewegung der Schneider in Stuttgart ist zu einem guten Ende gekommen, ohne daß eine größere Aktion nötig war. Nachdem am Sonntag der Tarif III von den Vertretern der Unternehmer anerkannt worden war, fand am Montagabend im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Versammlung der Schneider statt, in welcher die Tarifansätze und Tarifbestimmungen, welche die Lohnkommission mit den Prinzipalen vereinbart hatte, angenommen wurde. Der neue Tarif tritt am 23. März in Kraft. Der Tarif soll 3 Jahre Gültigkeit haben und zur Ueberwachung wird eine ständige Tarifkommission gewählt, bestehend aus Prinzipalen und Arbeitern. Die Frage eines parti-

Ärtlichen Arbeitsnachweises soll geprüft und der Tarif durch das Gewerbegericht festgelegt werden, damit seine Bestimmungen rechtliche Folgen haben. In 4 Geschäften mit 25 Geflüßten, die nicht beantwortet haben, wird die Arbeit niedergelegt und die Sperrre verhängt. Die Firmen sind: Hanke, Serion, Süßhoff und Raib.

Ausland.

Der Ausstand der Hafenarbeiter in Marseille. Der sozialistische Maire Flaissières hielt an eine Abordnung der Ausständigen eine Ansprache, in welcher er erklärte, er werde die Freiheit der Arbeit schätzen, aber auch dafür sorgen, daß nicht der geringste Druck auf die Ausständigen ausgeübt werde. Der Maire macht neue Anstrengungen, um zwischen den Arbeitern und Arbeitgeber zu vermitteln, damit der Ausstand bald beendet werde.

Leider kam es am Dienstagmorgens zu Ausschreitungen. Zahlreiche Ausständige warfen Bogen um, die mit Erdnüssen beladen waren und rissen die Sade auf. Sie versuchten auch die Lösung der Ladung des Dampfers „Adria“ zu verhindern. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein der Mütterinnen Berlins hielt am 6. März Mähl einen Vortrag über die Organisation. Nachdem noch die Mählände in der Reuplatzerei in Luda besprochen worden waren, beschloß man, den Mählgefällen einen Kranz zu spenden, den eine Deputation von drei Mitgliedern auf dem Friedhof am Friedrichshain niederlegen wird.

Ueber den Wert der Statistik sprach Dr. Friedberg am 11. März im Verein von Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Ist auch schon bei den ältesten Kulturvölkern, den Chinesen und Ägyptern, eine Zählung des Volks üblich gewesen, so bezog sich diese doch in den meisten Fällen auf Steuerzahlung oder Kriegsdienst. Erst im letzten Jahrhundert hat man die Wichtigkeit der Zahlen für die Wissenschaft erkannt und gewertet. Das 1805 gegründete preussische statistische Bureau, das 1897 errichtete kaiserlich deutsche statistische Amt, sowie dasjenige der Stadt Berlin haben sehr wertvolle Aufschlüsse geliefert.

Die trocknen Zahlen gewinnenden Leben und Farbe, wenn man sie richtig betrachtet. Daß von 1000 Reichern, die ein untrügliches Beispiel von der Wirkung der bestehenden Güterverteilung, das Durchschnittsalter des Berliners beträgt etwa 50 Jahre — des Proletariats 32 — wir sehen, wie ihm, ohne jedes eigene Verdulden fast 20 Jahre seines Lebens geraubt werden. Die Mütter sollen wissen, daß die Sterblichkeit der Kinder bis zum 15. Jahr bei den Reichern 16 Proz. beträgt, beim Mittelstand 30, bei den Proletariats aber 65. Auch beweist uns diese Wissenschaft, daß die elende Kammer des Arbeiters dem Kamminhalt nach viel teurer ist, als die gesunde und geräumige Wohnung des Reichern. Dieser Wohnungswucher zwingt die Proletariatsfamilien, für ihre ungesunden Löcher ein Drittel ihres Einkommens hinzugeben, und durch die ungenügende Ernährung, die eine Folge der teuren Miete ist, und die Gesundheit abermals geschädigt. Auf die Arbeitslosigkeit (in Deutschland 600 000 feiernde Hände) und die Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit hinweisend, forderte Redner die Frauen auf, ihr Interesse diesen wichtigen Sachen zuzuwenden und die richtigen Lehren für das eigne Leben daraus zu ziehen.

Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine lebhafteste Diskussion an der sich zahlreiche Frauen beteiligten. Ueber die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der Aufstellung von Haushaltsbudgets im Interesse besonders des Kampfs gegen den Brotwucher, über die Wohnungsverhältnisse, von der einige drastische Beispiele gegeben wurden, über die wünschenswerten Einrichtung von Familienhäusern für etwa 20 Familien mit gemeinsamer Küche und Waschküche, sowie eine gemeinsame Erzieherin für die Kinder des Hauses wurde mit Lebhaftigkeit debattiert.

Mit einigen Schlusssätzen des Vortragenden, welche den verschiedenen Anregungen der Debatte Beifall zollten und Hausfrauen die Aufstellung von Haushaltsbudgets anempfahlen, schloß die Versammlung.

Gegen die Wiener Sittenpolizei nahm eine Frauenversammlung in Wien entschiedene Stellung. Es handelte sich um den von und berichteten Vorfall, wo eine anständige junge Dame von einem Polizeibeamten ohne jeden Grund verhaftet, in der brutalsten Weise gemißhandelt und dann polizeiarztlich untersucht und mit einer Prostituierten zusammengespart worden war. Die Versammlung war von Arbeiterinnen und Frauen aus der Bourgeoisie überfüllt und gefaltete sich zu einem Volksgericht über die Wiener Polizei. Es sprachen Frau Marie Lang, die Genossinnen Schleglerin und Popp, die Abgeordneten Ofner und Ellenbogen, sowie der Magistratsrat Aronawetter.

Im Abgeordnetenhaus ist eine Interpellation über den Vorfall eingebracht worden.

Sociales.

Bel den württembergischen Arbeitsämtern überstieg im Monat Januar das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage; es waren 6479 Stellenuchende und nur 2209 Stellenangebote vorhanden. In einigen Städten, so in Ehlingen, Cannstatt und Göttingen, erreichte die Zahl der Arbeitsuchenden das Sechsfache, in Ulm das Fünffache, in Ludwigsburg und Tübingen das Vierfache, in Stuttgart, Heilbronn, Gmünd, Ravensburg und Heilbrunn das Doppelte der Stellenangebote.

Das Bild wird jedoch wesentlich anders, wenn die Tatsache mit erwoogen wird, daß die Stellengesuche zum allergrößten Teil von auswärtig eingewandern waren.

In Ulm waren z. B. von 1219 Angemeldeten 1018 auswärtige Stellenuchende, in Heilbronn von 436 deren 347, in Ehlingen von 889 277, in Cannstatt von 699 588, in Ludwigsburg von 290 276, in Gmünd von 118 76, in Göttingen waren von 276 276, in Ravensburg von 305 269, in Tübingen von 66 65, in Heilbrunn von 84 80, in Heilbrunn von 69 69.

Bei diesen Stellengesuchen von auswärtig handelt es sich zum Teil um landwirtschaftliche Arbeiter, die vom landwirtschaftlichen Unternehmer im Winter nicht beschäftigt werden und deshalb in der Stadt Beschäftigung suchen und hier das Angebot riesig vermehren.

Aus Krankenhäusern. In Auerbach im Voigtland richtete der Leiter des dortigen südlichen Krankenhauses an das Stadtverordneten-Kollegium ein Schreiben, worin es heißt:

„Vor allem macht sich schwer fühlbar der Mangel an Krankenzimmern. Gegenwärtig können solche Kranke, die einer Auflösung entgegengehen, nicht besonders gebettet werden. In die drei oder vier Zimmergenossen müssen die unermüdlichen Szenen des Lebens ihrer Leidensgefährten unter Umständen Tage lang mit ansehen. Das ist eine Grausamkeit, die unbedingt abzustellen ein Akt der Menschlichkeit ist. Noch ernstere wird die Lage, unverantwortlich und unstatthaft, wenn man Diphtheriekranken anderen beigesellen muß; wenn man ferner Syphilisfranken im Anstadium nicht isolieren kann. Ebenso müssen zur Zeit Leute mit gesunden Brustorganen die Zimmergemeinschaft und Vertraulichkeit von intensiv Tuberkulösen teilen. Außer der Vermehrung der Zimmer und der Betten ist noch sehr dringlich die Verlegung des Badezimmers. Dasselbe befindet sich im Keller! Seltens umgreiflich ist, daß auch ein Schwitzkasten im Keller Verwendung fand.“

Wenn nicht der leitende Arzt selbst diese Behauptungen aufstellte, so wäre man mit Ablehnungen und Beleidigungsklagen gewiß rasch bei der Hand. So aber wird man dieses Kulturbild nicht verwerfen können.

Geriichts-Beitrag.

Durch eine Namensverwechslung hat sich der Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Otto Böcker, eine Anklage

wegen Beleidigung zugezogen, die in gestern vor die 129. Abteilung des Schöffengerichts führte. Als im Januar d. J. die Notiz durch die Blätter ging, daß ein hiesiger Rechtsanwalt wegen eines gegen sein Dienstmädchen begangenen Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden sei, brachte die „Staatsbürger-Zeitung“ die Mitteilung, aber mit dem Zusatz, daß der Verhaftete der Rechtsanwalt Dr. Felix Mäntzer, Charlottenstr. 50/51, sei. Diese Angabe war irrig, nicht der Genannte war der Verhaftete, sondern ein Namensvetter von ihm, der Rechtsanwalt Oscar Mäntzer, der wie erinnertlich ist, vor einigen Wochen zu schwerer Justizstrafe verurteilt wurde. Am Tage nachdem die erste Notiz in der „Staatsbürger-Ztg.“ veröffentlicht worden war, erschien eine Berichtigung in derselben Zeitung mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß Dr. Felix Mäntzer das Opfer einer Personenverwechslung geworden war. Dieser stellte dennoch Strafanzug wegen Beleidigung. Auch im Termin sprach der Angeklagte sein Bedauern über das vorgekommene Versehen aus. Der Name des angeblich Verhafteten sei ihm aus Anwaltskreisen zugegangen und er habe keine Veranlassung gehabt, an der Zuverlässigkeit dieser Quelle zu zweifeln.

Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 200 Mark, der Gerichtshof nahm zwar an, daß der Angeklagte sich im guten Glauben befunden habe, erkannte bei der Schwere der Beleidigung aber auf eine Geldstrafe von 300 Mark.

Auch ein Nachspiel zum Sternberg-Prozess. Die Anklage wegen wiederholter Erpressung, die gegen den Privatsekretär Julius Schlerer erhoben worden ist, beschäftigt gestern die erste Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Auch diese Anklage ist auf den Sternberg-Prozess zurückzuführen. In jenem Prozesse kam zur Sprache, daß die Verlobungsgeliebte Hedwig Schlerer mit einem Handlungsgesellen Müller Umgang gehabt habe, der Staatsanwalt ermittelte diesen Müller und es kam bei dessen Vernehmung zur Kenntnis des Staatsanwalts, daß auf Grund dieses Umgangs der Vater der Schlerer unter Drohungen sowohl von dem Handlungsgesellen Paul Müller als auch von dessen Vater Geld erprecht habe. Der Angeklagte stellte die Sache so dar, daß in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1898, wo er selbst gefänglich eingezogen war und seine Frau sich im Krankenhaus befand, seine damals dreizehnjährige Tochter Hedwig von dem Handlungsgesellen Müller verführt worden sei. Er habe, als er am 5. Mai aus dem Gefängnis entlassen worden, den jungen Müller aufgesucht und ihm heftige Vorwürfe gemacht. Der junge Mann sei in die größte Aufregung geraten und habe gedroht, ihn nicht unglücklich zu machen, da er sich sonst eine Kugel durch den Kopf schießen müsse. Der junge Mann habe schließlich sich bereit erklärt, eine Entschädigung zu zahlen und man sei dahin übereingekommen, daß 100 M. sofort gezahlt wurden und Verpflichtungsscheine über ratenweise Zahlung einer Summe von 600 Mark zu stonde kamen. Angeblich auf Grund einer Anregung des jungen Müller ist der Angeklagte dann mehrere Male nach Liebenwalde zu dem Vater Müllers gefahren und hat diesen zur Auszahlung des Gelds bewegen. Auf Grund der Darstellung der Jünger Müller Sohn und Vater wurde dem Angeklagten vorgeworfen, zur Erlangung des Gelds Drohungen angewendet zu haben, der Angeklagte bestritt dies aber und Rechtsanwalt Morris hatte für ihn mehrere Entlastungszeugen vorgeladen. Eine Hauptentlastungszeugin fehlte. Wie zur Sprache kam, hat die Frau Schlerer, als ihr Mann in Haft genommen worden war, die Strafanzeige gegen den jungen Müller wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit erstattet. Die Verhandlung, bei welcher teilweise die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre beantragt.

Wie der Rechtsstaat sich in den Augen eines Oberstaatsanwalts malt. Ein Mann aus Bosen, der sich gleich seinen Voreltern stets Swarc geschrieben hatte und auch so in Urkunden aufgeführt war, erhielt eines Tags von der Regierung eine Verfügung, wodurch ihm aufgegeben wurde, sich hinfors Schwarz zu nennen und zu schreiben, weil dies sein richtiger Name sei. Da er sich weiter Swarc schrieb, wurde er wegen Uebertretung der Kabinettsorder vom 15. April 1822 und einer Ministerialverordnung von 1867 angeklagt mit der Beschuldigung, daß er ohne obrigkeitliche Genehmigung seinen Namen von Schwarz in Swarc geändert habe. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach in dessen den Angeklagten frei und führte aus, daß er seinen Namen nicht geändert habe, wenn er trotz der Verächtlichkeit des Regierungspräsidenten sich weiter so genannt habe, wie schon sein Vater in Urkunden genannt worden sei. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und der Oberstaatsanwalt am Kammergericht schloß sich dem Rechtsmittel in folgenden Worten an: Nach der Kabinettsorder von 1822 habe dem Landesherren die Entscheidung über Namensänderungen zu. Daraus folge, daß er auch allein das Recht habe, selbständig zu prüfen, ob ein Name richtig geändert werde oder nicht. Daran werde nichts dadurch geändert, daß 1867 das Hoheitsrecht des Landesherren den Regierung beziehungsweise den Regierungspräsidenten übertragen worden sei. Jetzt hätten eben diese allein darüber zu befinden, ob ein Name geändert und welches der richtige Name sei. Wenn die Regierung einen Namen für richtig erkläre, dann wäre die weitere Prüfung den Gerichten entzogen. Der Angeklagte hätte die Verächtlichungsverfügung unbedingt befolgen müssen.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision der Staatsanwaltschaft. Präsident Großschuff führte begründend aus: Die Kabinettsorder von 1822 sei hier nicht anwendbar. Es sei erwiesen, daß sich schon der Vater und Großvater des Angeklagten Swarc genannt und geschrieben hätten. Der Angeklagte heiße daher nicht Schwarz, sondern Swarc. Die vom Oberstaatsanwalt entwickelte Auffassung sei nach Ansicht des Senats falsch. Tatsächlich sei es hier gerade die königliche Regierung, die eine Namensänderung von Swarc verlange. Eine solche Änderung könne sie aber nur bewirken, wenn der Angeklagte seinen Namen ändern wolle. Eigenmächtig könne es die Regierung nicht.

Chinesische „Vorbeeren“.

Für einen mit dem modernen Christentum und dem besonders seinen militaristischen Ehrgefühl nicht bekehrten Menschen wird es schlechterdings unverständlich bleiben, daß es Leute gibt, die den „Streckenrapport“ der Vogerjagden als glorreiche Kriegesfolge auszeichnen. „Schlachten“, bei denen die Chinesen Hunderte von Menschen verleben, während auf europäischer Seite kaum einer verwundet wird. Der elende Krieg der übermächtigen Engländer gegen die Boeren wirkt geradezu als eine Folge rühmlicher Heldenthaten gegenüber der Niedermechelung fast wehrloser Chinesen.

Wenn englische Blätter die deutschen „Waffenerfolge“ in China schwallig preisen, so geschieht das aus jener provokatörischen Tendenz, Deutschland zu immer neuem militarischen Aufgebot zu reizen. Daß aber deutsche Schmöck die englischen Tendenzschmeicheleien nachreden und von Triumphen reden, wo jeder rechte Haudegen, der auf einen wehrhaften Gegner rechnet, sich am liebsten in Schwärzen hüllen wird, das verrät einen stillosen und geistigen Tiefstand, der immer wieder erschreckt, so sehr man sich allmählich an die Kataklysmen unserer Presse gewöhnt hat.

Den gestern bereits erwähnten

Waldersee-„Eieg“

schreibt die Londoner „Morning Post“ wie folgt aus:

Die Deutschen nahmen am 8. März den Tsungshun-Paß zwischen Peking und Schansi nach siebenstündigem Kampfe ein. Dieser Erfolg wurde glänzend erungen durch das bayerische Bataillon, das von Peking 200 Kilometer in vier Tagen größtenteils durch Gebirge und über schwierige

Mauselstrassen zurücklegte. Mehrere Tausend Chinesen mit Artillerie jeder Gattung hatten eine anscheinend unmeßbare Stellung an der großen Mauer auf dem höchsten Punkt des Passes inne. Die Deutschen griffen mit zwei Hauptbataillonen und 600 Mann Infanterie an. Ihre Umgebungsbeziehung über fast unpassierbares Gelände beanspruchte sieben Stunden und war völlig erfolgreich. Die Chinesen flohen nach Schansi mit Zurücklassung von hundert Toten und vier Hotischikanonen. Ein Deutscher wurde verwundet. Der Boemarch bezweckte erstlich eine Zerschlagung der chinesischen Truppen wegen vier Angriffe auf Deutsche in Patschili; zweitens wurde es für rätlich erachtet, eine Passage durch die große Mauer zu beschleunigen, die einen leichten Zugang nach Schansi gewährte. Das Ergebnis des Treffens hatte auch eine ausgezeichnete moralische Wirkung, da die Chinesen ihre besetzte Gebirgsgone für unmeßbar hielten.

Dieses Ergebnis berichtet ein Berliner Blatt unter der Firma „Bayerische Bravour in China“. Man denke, ein Brouourstuck, bei dem 100, nach andren Berichten sogar 200 Chinesen fielen, während die Deutschen auf ihrer Seite mit einiger Mühe eine Renommierverwundung erzielt haben. Wahlich, niemals war der Heldennut so gefahrlos. Die tapferen Europäer riskieren kein Menschenleben, die „feigen“ Chinesen verlieren dagegen fortwährend Hunderte und Tausende von Toten. Eine billige Tapferkeit und eine heroische Feigheit!

Sommerpläne.

Graf Waldersee teilte dem General Chaffee mit, wie über die unter seinem Befehl stehenden Truppen für die Sommermonate verfügt worden sei: 1000 Engländer sollen den Sommerpalast, eine kleine Abteilung den Jagdparc und 2000 Mann die Umgebung der Ortschaften Danchou und Peitah besetzen. Deutschland sendet die Truppen, die jetzt in Peking liegen, nach einem Dorje nordwestlich des Sommerpalastes in den Bergen, während die deutschen Truppen, die in Pootingfu liegen, nach den Bergen im Westen der Stadt dislociert werden. Die Japaner und Österreicher bleiben in Peking. Graf Waldersee sagt, diese Verteilung der Truppen werde Unruhen vorbeugen.

Aus dieser Anweisung geht hervor, daß Rußland, Frankreich und Amerika nicht mehr unter dem deutschen Weltmarschall exercieren. Das Kasikonzert besteht im wesentlichen nur noch aus England und Deutschland.

Inzwischen geraten die

englisch-russischen Abalen

feindlich aneinander. In Peking sind zwischen Engländern und Russen Reibungen wegen eines Landstücks entstanden, das seit Jahren der Eisenbahngesellschaft gehört, von den Russen aber als ein Teil ihrer neuen Konzession in Anspruch genommen wird. Der Betriebsleiter der Eisenbahngesellschaft begann hier eine Auswechselfeste anzulegen, wurde aber daran von den russischen Behörden behindert. Darauf wandte er sich an die englische Oberleitung in Peking, welche ihm erwiderte, er solle mit dem Bau fortfahren und, wenn nötig, bewaffnete Macht gebrauchen. Der russische General Wogod erhob Einspruch hiergegen und sagte, dies wäre nicht geschehen, wenn die Russen dieselbe Truppenzahl zur Stelle hätten wie die Engländer. Er wandte sich darauf an den russischen Gesandten in Peking.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Zur Flucht des mutmaßlichen Mörders des Rittmeisters Krosigk.

Königsberg i. Pr., 13. März. (B. Z. B.) Der „Ostpreuss. Zeitung“ zufolge fehlt jede Spur über die Richtung, nach welcher sich der gestern aus der Untersuchungsanstalt in Gumbinnen entworfene Unteroffizier Werter zur Flucht gewandt hat. Bei Bekanntwerden der Flucht wurden sofort die Häuser der nächsten Umgebung des Krestgebäudes abgesucht, leitende Patrouillen vom Dragoner-Regiment nach allen Richtungen hinausgeschickt und vom Infanterie-Regiment Nr. 33 der Bahnhofs sowie die sämtlichen Chaussees besetzt. Patrouillen rekonoscieren die Gebäude in der nächsten Umgebung der Stadt. Es ist anzunehmen, daß der Flüchtling sich nach der russischen Grenze gewandt hat, die ungefähr fünf Meilen entfernt ist. Die Dunkelheit und Nebel dürften die Flucht begünstigt haben.

Der Ausstand in Montceau-les-Mines beendet.

Paris, 13. März. (B. Z. B.) Der Grubenarbeiter-Ausstand in Montceau-les-Mines ist beendet. Die Delegierten des Arbeiterverbandes hatten eine Unterredung mit dem Direktor der Gruben, welche das Ergebnis hatte, daß den Arbeitern eine geringe Lohnaufbesserung gewährt wurde. Die Arbeitgeber erklärten, in Zukunft nur mit den Delegierten des Arbeiterverbandes verhandeln zu wollen, und gaben außerdem die Zusage ab, Arbeiterentlassungen aus Anlaß des Streiks nicht vorzunehmen.

Waffenstillstand in Südafrika?

London, 13. März. (B. Z. B.) Ein Telegramm aus New York meldet: Das „New York Journal“ berichtet aus Pretoria, daß dort ein Waffenstillstand abgeschlossen worden sein soll, welcher bis zur Ankunft Potchea und De Wet in Pretoria dauern soll.

Blin, 13. März. (B. Z. B.) Die „Blin-Zeitung“ demontiert die Meldung, daß Esch-Löhringen eine entsprechende Anzahl Stimmen im Bundesrat verlieren werden soll. Eine solche Verleumdung, welche die Veränderung der Verfassung des Deutschen Reichs voraussetze, erscheine schon deshalb ausgeschlossen, weil dadurch den Reichsständen kaum gedient sein, dagegen das Stimmeneinfluß-Verhältnis der deutschen Bundesstaaten im Bundesrat untereinander beträchtlich verändern würde.

Dortmund, 13. März. (B. Z. B.) In der Angelegenheit des im Juli v. J. bei Camen hantgetunden großen Eisenbahnunglücks wurde heute vor der hiesigen Strafkammer verhandelt. Der Stationsdiätar wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, der Blockwärter wurde freigesprochen.

Wien, 13. März. (B. Z. B.) Das Abgeordnetenhaus verlagte nach kurzer Beratung die Verhandlung über die Investitionsvorlage auf morgen.

Zum Schluß der Sitzung beantwortete der Ministerpräsident mehrere Interpellationen und weist zunächst darauf hin, daß bisher gegen 600 eingebraucht seien. Da die Verantwortung einer jeden Interpellation die Einleitung umfassender Erhebungen voraussetze, würde die Pflicht des Ministers, dieselben bald zu beantworten, erleichtert werden, wenn bei der Einbringung von Interpellationen eine größere Zurückhaltung beobachtet würde. Der Ministerpräsident erklärt sodann u. a. das Gesetz betr. Pensionsverleihung von Personen, die im Privatdienst angestellt seien, sei bereits ausgearbeitet und werde binnen kurzem endgültig erledigt werden. Die Reform der Arbeiter-Krankensversicherung bilde den Gegenstand eingehender Erörterungen, ein Entwurf betreffend die gesetzliche Regelung der Krankenpflege werde von einem Ausschuss von Sachverständigen ausgearbeitet.

Die heutige Sitzung verlief ohne Zwischenfall.

Agram, 13. März. (B. Z. B.) Die hiesige Umgebung ist infolge Austritts der Flüsse Save, Lomna und Kraska durch große Ueberflutungen heimgesucht; der Bahnverkehr ist teilweise unterbrochen, der Schabau isoliert.

Sofia, 13. März. (B. Z. B.) Bei den Gemeindevahlen in Stara Zagora legten die Anhänger Stailow's gegen die vereinigten Regierungsparteien; während der Wahlen kam es zu Zusammenstößen, bei welchen 8 Anhänger Stailow's schwer verletzt wurden.

Das Arbeiter-Sekretariat in Nürnberg

gibt seinen 6. Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1900 bekannt. Die Veröffentlichungen dieses Sekretariats beanstanden immer ein besonderes Interesse. Einmal ist dieses Institut das älteste, dann aber befindet sich die Leitung in überaus geschickten Händen, die es emporhoben zu einer Schöpfung, die vorbildlich für die nachfolgenden geworden ist. Den guten Ruf bewahrt auch der Bericht des vorigen Jahres. Wer da glaubt, er treffe hier nur ein trodenes Material geschäftlicher Tätigkeit an, ist sehr im Irrtum. Er findet da zunächst eine Fülle praktischer Erfahrungen zusammengetragen, die vor allem für den Arbeiter lehrreiche Unterweisungen und Rechtsbelehrungen enthalten. Dazu gehört das weite Gebiet der Arbeiterversicherungs-gesetze, dem diesmal in knapper Darstellung die Bestimmungen des Unfallversicherungs-Gesetzes beigegeben sind, dem sich dann neben dem Kapitel aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch über die Rechte und Pflichten des Mieters die spezifisch bayerischen Angelegenheiten über Heimatrecht und die Einkommensteuer anschließen.

Unter der Rubrik Arbeiterschutz wird uns mitgeteilt, daß in 38 Schriftstücken 81 Beschwerden an die Gewerbe-Inspektion gelangt sind. Zahlreiche überdies traffe Uebelstände fanden dadurch Beseitigung. Von den Beschwerden wurden beantragt 18 durch Uebertretung der Bundesrats-Vorschriften in Mäulereien, 10 durch mangelhafte und ungeeignete Ventilation, 9 durch Beschäftigung von Lehrlingen über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit, 7 Anzeigen mußten gemacht werden wegen Fehlens von Schutzvorrichtungen an Maschinen, 6 wegen Beschäftigung von Arbeiterinnen über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit, 5 wegen mangelhafter Schlafstellen in den Mäulereien, je 3 wegen Uebertretung der Bundesrats-Vorschriften in den Pinselabriken, mangelhafte Anleideräume und fehlender Wochenvorrichtungen, je 2 wegen Fehlens von Kleider-schränken und mangelhafter Ausstrichvorrichtungen an Maschinen, je eine durch mangelhafte Heizvorrichtung, Uebertretung der Bundesrats-Vorschriften für Accumulatorenbetriebe, mangelhafte Abortverhältnisse, Nichtverteilung von Strafgebern, Beschäftigung von Kindern im Fabrikbetrieb, Fehlens der Arbeitsordnung, Sonntagsarbeit, Bedienung einer Dampfmaschine bei Nacht von vollständig unerfahrenen Arbeitern, Fehlens der Unfallverhütungs-Vorschriften, Verschleßen der Kottreppe mit Kissen, Uebertretung der Bundesrats-Vorschriften in Buchdruckereien, Delen der Maschinen während des Ganges derselben, Todesfall durch Mißbrauch.

Auf dem so wichtigen Gebiet des Bauarbeiterlohnes sind mehrfach umfangreiche Erhebungen veranstaltet, die eine große Lässigkeit in der Anbringung von Schutzvorrichtungen, festen Mütungen, vielfach das Fehlen von Bauhuden und mangelhaften Aborten konstatierten. Ein abschließendes Urteil über die Hilfscontroleure, die die Behörde aus dem Arbeiterlande herbeigezogen hat — es sind einige Poliere angestellt — läßt sich noch nicht fällen, da die Einrichtung zu neu ist. Von Seiten der Arbeiter wird die nötige Unterstützung bereitwillig gewährt werden.

Zum erstenmal tritt auch die Tätigkeit der Arbeiter in der Handwerkskammer in die Erscheinung. Die Kammer hatte beauftragt die Abfassung eines Verichts an die Vertreter des Gesellenausschusses eine Reihe von Fragen zur Beantwortung geschickt, die im folgenden, soweit sie die Arbeiter interessierten, eine eingehende Beantwortung erfahren und im Wortlaut wiedergegeben sind.

Daß die Lohnkämpfe eingehend im Bericht behandelt werden, bedarf kaum der Erwähnung, großes Interesse dürften aber auch die am Schluß gegebenen Beantwortungen der statistischen Aufnahmen über die Lage der Zinngleier und einer Anzahl anderer Berufe erwecken. Aus dem Berufe der Zinngleier haben 39 Arbeiter — es sind nur Verfertiger von Zimmereisen, nicht in der Spielwarenbranche beschäftigte — während eines Jahres eine peinlich genaue Aufzeichnung über Arbeitszeit und Lohn gemacht. Ein solcher Versuch dürfte wohl hier zum erstenmal gemacht sein, er konnte natürlich nur glücken, weil es sich um eine verhältnismäßig kleine Zahl von Arbeitern handelte. Wir können die tabellarische Zusammenstellung hier nicht wiedergeben. Es war aber recht wertvoll in dieser Statistik, die freiwilligen und unfreiwilligen Feiertage der Arbeiter festzustellen.

Danach haben die 39 Arbeiter im vorigen Jahre freiwillig 124 1/2 Tage gefeiert und unfreiwillig 329 1/2 Tage. Zu den freiwilligen Feiertagen gehörten Versammlungen wegen Umzug, Pfaisfeier, Wahlen, Festlichkeiten und Feiern ohne besonderen Anlaß, während die unfreiwilligen Feiertage meist durch Geschäftsstörungen eintreten. Die Arbeitslöhne schwanken zwischen 14 bis 30 M. im Durchschnitt pro Woche. Die Verhältnisse in diesem Berufe sind auch insofern für den Socialstatistiker von besonderem Interesse, weil hier ein alt eingetretenes Handwerk sich im Kampf gegen eine stetig wachsende Großindustrie befindet.

Aus dem hier nur angebotenen reichen Material des Verichts ist ersichtlich, mit welcher Umsicht das Institut geleitet wird und welche schätzenswerte Arbeit im Dienste der Arbeiterbewegung geleistet wurde.

Parlamentarisches.

Aus der Petitionskommission.

Die Aufhebung des Impfgesetzes.

zum wenigsten des Impfwangs fordern wiederum zahlreiche Petitionen. Der Referent, Abg. Gabel (Antis.), machte sich seine Verichterstattung so auffällig bequem, daß er in kaum einer halben Minute mit seinem Reserat zu Ende war. Der Regierungskommissar erklärte, durch die vor zwei Jahren erlassenen Ausführungsverordnungen glaube die Regierung ihrem seiner Zeit gegebenen Versprechen nachgekommen zu sein; nimmermehr werde sie sich nach dem jetzigen Stande der Wissenschaft zur Aufhebung des Impfwangs verstehen. Der Forderung, jeder Impfsverweigerer solle nach dem alten Rechtspruches bis in idem nur einmal bestraft werden können, sehe die juristische Auffassung entgegen, daß jede neue Verweigerung eine neue Straftat vorstelle; auch die Forderung, daß als Impfschädigungen auch solche Erkrankungen angesehen werden dürften, die später als zwei Wochen nach der Impfung auftreten, könne die Regierung nicht anerkennen, und das weitere Verlangen, eine Kommission solle über die Impfschäden unter Anerkennung der Entschädigungspflicht durch den Staat zu befinden, sei gleichfalls nicht annehmbar. — Genosse Ad. Thiele beantragte die Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung. — Der Antrag auf Berücksichtigung wurde gleich dem Eventualantrag auf Erwägung gegen die socialdemokratischen Stimmen abgelehnt und die Ueberweisung als Material beschloffen.

Gegen die Bäckerei-Verordnung

Hief wiederum eine Petition Sturm. An Stelle des Maximal-Arbeitstags solle eine Minimal-Arbeitszeit festgesetzt werden; auch widerstreite es „der Ehre der Innungen“, daß sie ihren Mitgliedern keine Vorschriften über den Preis ihrer Waren machen dürften. Der Regierungskommissar erklärte, die Regierungen seien in Erörterungen eingetreten, ob eine Aenderung der gesetzlichen Vorschriften nötig sei, die Antworten lägen noch nicht vor. — Der Antrag Thiele auf Uebertragung zur Tagesordnung wurde abgelehnt und der Antrag Schreyff (l.) auf Ueberweisung als Material angenommen.

Aenderungen des Krankenversicherungs-Gesetzes

verlangen 7 Petitionen in verschiedener Richtung. Der eine Wunsch geht dahin, auch den Innungsausschüssen solle das Recht zur Gründung von Krankenkassen zugehen. Der Regierungskommissar sprach sich dahin aus, daß die Regierungen im Meinungsaustausch über verschiedene Aenderungs-vorschläge stehen, ein Zeitpunkt,

wann die neue Vorlage zu erwarten sei, aber noch nicht angegeben werden könne. Genosse Tugauer beantragt, ohne sich dadurch für alle Vorschläge auszusprechen zu wollen, Ueberweisung der Petitionen als Material. Die Kommission beschließt demgemäß.

Die Verwendung von weissem Phosphor bei der Säuhholzfabrikation

gab zu einer langen Debatte Veranlassung. Unter den vorliegenden Petitionen wollen mehrere die Verwendung des weissen Phosphors verboten wissen, während von anderer Seite gegen ein derartiges Verbot protestiert wird. Die Genossen Ledebour, Tugauer und Thiele traten entschieden für das Verbot ein; ihnen schloß sich Müller-Meinungen an, der insbesondere auf die schrecklichen Erkrankungen an Phosphor-Retrose hinwies. Nachdem der socialdemokratische Antrag, das Verbot zur Berücksichtigung zu überweisen, über die anderen Petitionen aber zur Tagesordnung überzugehen, gegen 6 Stimmen abgelehnt worden war, wurden sämtliche Petitionen der Regierung als Material überwiesen.

Das Verbot des Warenverkehrs mittels des sogenannten Gutscheinensystems

wollen mehrere Eingaben ausgesprochen wissen. Da das Reichsgericht das Gutschein-, Hydra- und Schneeballsystem durch eine Entscheidung vom 14. Februar als gegen das Strafgesetz und die Reichsstempel-Ordnung verstoßend erklärt und damit die Strafbarkeit ausgesprochen hat, werden die Petitionen für erledigt erklärt.

Der Verein für Frauenrecht

fordert für das ganze Reich volle Vereins- und Versammlungsfreiheit für Männer und Frauen. Der Referent Müller-Meinungen erinnert an frühere Beschlüsse des Reichstags, die ähnliche Petitionen dem Reichslangler zur Berücksichtigung empfohlen haben und votiert auch im vorliegenden Fall dafür. Die Genossen Thiele und Ledebour unterstützen ihn; von Seiten der Abgg. Jacobs-Lötter, Keimer und Krebs wird dagegen beantragt, einen Regierungskommissar zuzuziehen. Unter der Voraussetzung, daß dadurch nicht eine Verschleppung eintrete, die die Erledigung der Petition in dieser Session unmöglich macht, zieht Müller-Meinungen seinen Antrag auf sofortige Ueberweisung zur Berücksichtigung zurück.

Die Frage unschädlicher Heilmittel

für den Drogen-Kleinhandel fordern mehrere Handelskammern. Es sei ungerecht, diese Heilmittel, unter denen sich viele alte Hausmittel befinden, dem Apothekenmonopol zu unterstellen. Der Drogenisten-Verband verlangt die Freigabe von 139 dieser Heilmittel. Die Regierungskommissar teilt mit, daß im Reichs-Gesundheitsamt zur Zeit eine neue Vorlage ausgearbeitet werde, deren Fertigstellung demnächst zu erwarten stehe. Die Petitionen wurden als Material überwiesen.

Patriotische Geldbentelschmerzen

empfinden diejenigen Kleinbesitzer in der Umgegend des lothringischen Städtchens Bittsch, welche vor zwei Jahren bei Anlegung des dortigen Truppen-Übungsplatzes ihr Areal freihändig dem Staat verkauft haben. Sie erhalten für das Areal durchschnittlich nur 15.84 M., während ihre glücklichen Nachbarn, welche es auf das Einmaligkeitsverfahren ankommen ließen, 25 bis 35, ja 50 M. herausdrückten. Die Freihandverkäufer verlangen vom Reichstag eine nachträgliche Entschädigung. Die Petition wird für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt, da ein Rechtsanspruch nicht vorliegt. Genosse Ledebour machte den Regierungskommissar darauf aufmerksam, daß nach diesem Vorgange der Fiskus wohl im ganzen Reichslande nimmermehr ein Areal mehr freihändig zu kaufen bekommen werde.

Eine Aenderung der Konkursordnung

beantragt der deutsche Bund für Handel und Gewerbe nach der Richtung, daß auch in solchen Fällen, in denen wegen Mangel an Masse die Eröffnung des Konkurses abgelehnt wird, eine Veröffentlichung dann auf Staatskosten erfolge. Abg. Jacob Lötter (l.) unterstützte die Forderung, der Regierungskommissar beschloß sie. Seinen Standpunkt teilte auch Genosse Thiele, dessen Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung nach längerer Debatte angenommen wurde, nachdem der Antrag des Centrums und der Konservativen auf Erwägung abgelehnt worden war.

Local- oder Central-Organisation?

Eine Protestversammlung „gegen die Ansicht des Parteivorstands über die sogenannten Localorganisationen“ hatte das Gewerkschafts-larstell für Berlin und Umgegend am Dienstag nach Kellers Saal einberufen. Eingeladen waren alle dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften (Vertrauensmänner-Centralisationen). Der Versammlungssaal war vollständig gefüllt, es mochten etwa 1000 Personen anwesend sein. Den Anlaß zu dieser Versammlung boten die Schlussbemerkungen in der Druckchrift des Parteivorstands „Zum Leipziger Buchdruckerstreit“, nämlich der Passus, welcher den Hinweis enthält, daß die Spaltung der Buchdrucker-Organisation die Quelle des Leipziger Konflikts war, und in dem es dann heißt:

„Die Absonderung kleiner Gruppen, die Aufrechterhaltung kleiner, widerstandsunfähiger Localorganisationen sind Krebsgeschäden in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die je eher desto lieber aus der Welt geschafft werden sollten.“

Die socialdemokratische Arbeiterpartei hat in ihren Beschlüssen und auf ihren Kongressen sich stets für die Organisation in großen, centralisierten Verbänden ausgesprochen. Heute, wo das Koalitions-verbot für politische Vereine gefallen ist, liegt für lokale Sonderorganisationen kein verständiger Grund mehr vor. Besondere Verhältnisse lassen sich auch in den Centralorganisationen durch Kartell-verträge regeln und berücksichtigen.

Fort mit der Sonderbündelei! Das muß die Lösung der Massenbewegten Arbeiterpartei als Ergebnis der Lehren aus dem Leipziger Konflikt sein.“

Der Referent Fritz Kater sagte unter anderem: Niemand von uns hat gegen die Schrift des Parteivorstands etwas einzuwenden, außer gegen den Passus, der sich gegen die „Sonderbündelei“ erklärt. So lange es eine politische und gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland giebt, ist es das erste Mal, daß der Parteivorstand seine bisherige Unparteilichkeit gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen aufgibt und offen erklärt, es müsse mit den Localorganisationen tabula rasa gemacht werden. Das ist eine Ansicht, die wir als Parteigenossen und Gewerkschaftler nicht verstehen können. Auf der ersten Seite seiner Schrift sagt der Parteivorstand: „Die Organisation der Buchdrucker in Leipzig, deren Mitgliederzahl über 2000 betragen soll, hat in ihrer Mitte eine große Zahl — ja wahrscheinlich die Mehrheit — von Personen, die der socialdemokratischen Arbeiterbewegung fremd, zum Teil sogar feindlich gegenüberstehen. Es kommt dazu, daß der Verband von jeder Freunde und Gönner auch in den Prinzipalstädten gehat hat. Auf diese Kreise, sowie auf die politisch indifferenten Mitglieder mußte nun die lokale Verbandsleitung allezeit Rücksicht nehmen.“ In der in diesen Sätzen anerkannten Thatsache, daß man in den Centralverbänden, die ja alle in dem Buchdrucker-Verband ihr Vorbild sehen, Rücksicht nehmen muß auf Angehörige anderer politischer Richtungen, liegt der Kern unserer „Sonderbündelei“. Diese Rücksichtnahme hemmt die Massenbewegten

Gewerkschaftsbewegung, und deshalb brauchen wir noch gewerkschaftliche Organisationen, die solche Rücksichten nicht nehmen brauchen, und die sich bemühen auf den Boden der Socialdemokratie stellen. Aber es giebt noch andre Gründe für die Aufrechterhaltung untrer Organisationen. Wie früher die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, so sind heute die neutralen Centralverbände mit ihren Unterstützungs-kassen ein großes Hindernis für die socialdemokratische Arbeiterbewegung. Der beste Beweis dafür ist, daß jetzt sogar Pfarrer Naumann, dieser heftige Gegner der Socialdemokratie, den Eintritt in die sogenannten freien Gewerkschaften empfehlen kann. So lange es nicht möglich ist, für die Partei eine einheitliche Centralorganisation zu schaffen, so lange die Partei örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen und den Genossen der einzelnen Bezirke eine gewisse Bewegungsfreiheit lassen muß, so lange geht es auch nicht an, daß man die gewerkschaftliche Bewegung nach einer bestimmten Schablone regeln und alle Arbeiter, ohne Rücksicht auf ihre politische und religiöse Meinung oder ihre sonstigen Verhältnisse in eine bestimmte Organisation bringen will. Daß der Partei-bewegung mit solchen Verbänden, die vorwiegend die Unterstützungskassen pflegen, gebietet ist, das bezweifeln wir. (Sehr richtig!) Glaubt denn der Parteivorstand, daß die Gegenseite schwinden werden, wenn alle Sonderorganisationen in den Centralverbänden aufgegangen sind? Die jetzigen Mitglieder der Localorganisationen würden mit dem Uebertritt nicht nur ihre selbständige Organisation aufgeben, es ist auch dafür gesorgt, daß sie in den Verbänden ihrer Meinung nicht Geltung verschaffen und keinen Einfluß erlangen können. Wohin die Tätigkeit der Centralverbände führt, das beweist das Verhalten der Leipziger Mitglieder des Buchdruckerverbands während des Konflikts. Da wurde mit allen Mitteln gegen die Partei gelämpft, da wurde in einer Buchdrucker-Versammlung gelagt: Erst kommt der Verband, dann nichts, dann noch mal nichts, und dann erst die Partei. Und da erwartet man, daß eine kleine Organisation, deren Mitglieder ausgesprochene Socialdemokraten sind, sich aufbiete zu Gunsten eines Verbands, der die Partei offen bekämpft. Ehe nicht eine durchgreifende Reorganisation der Centralverbände Platz greift, werden sich immer wieder Sonderorganisationen bilden. Kurz nach dem Erscheinen der Schrift des Parteivorstands lang es aus den kleinen Partei-sowie aus den Gewerkschaftsblättern: Jetzt hat es der Parteivorstand ausgesprochen, Ihr (die Localorganisationen) habt keine Existenzberechtigung mehr, also fort mit Euch! Die Ausrufung des Parteivorstands wird also als Waffe gegen uns benutzt, und das ist es, was uns veranlaßt, dagegen zu protestieren. Nicht aus Vergnügen oder aus persönlichen Gründen behalten wir unsre Sonderorganisation, sondern weil es uns bitterer Ernst ist mit dem Klassenkampf der Arbeiter, der unter Ueberzeugung nach in den Verbänden nicht geführt wird. (Lebhafter Beifall.) Redner empfahl schließlich eine umfangreiche Resolution, die wir jedoch aus Raum-mangel nur auszugsweise wiedergeben können. Die Resolution lautet:

Die Versammlung muß entschieden dagegen Protest erheben, daß der Parteivorstand den Buchdruckerstreit zum Ausgangspunkt eines unbegründeten Angriffs auf die nicht in den beschriebenen und der sogenannten Generalkommission angeschlossenen centralisierten Verbänden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gemacht hat.

Wir sind der Ansicht, daß die Massenbewegten Arbeiter aus dem Leipziger Konflikt die Lehre ziehen werden, daß die heutigen centralisierten Verbände auf neutralem Boden, wie sie sich als alleinberechtigte Organisationen hinstellen,

- 1. keine zweckmäßige Centralisationsform darstellen, weil sie einen Teil der organisierten Arbeiter ausschließen und dadurch Streit und Zwiespalt, Kampf und Erbitterung unter den Arbeitern hervorruhen,
2. daß diese ungewinnlichen Centralisationen den Keim von Feindschaft mit der socialdemokratischen Partei-Organisation in die gewerkschaftliche Bewegung getragen haben, der im Buchdruckerstreit schon bedenklich aufblühte und stets in verstärktem Maße wiederkehren kann, so wie sich eine Gelegenheit dazu ergibt.

Wir halten es also für notwendig, daß eine Centralisation geschaffen werde, die alle organisierten Arbeiter, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, mit Schonung ihrer Sonderheiten aufnehmen kann, und daß diese Centralisation in festem Zusammenhang mit der socialdemokratischen Partei Deutschlands auch förmlich gebracht wird.

Die Diskussion wird eröffnet. Zimmerer Zuppenthal: Der Parteivorstand tritt als Diktator auf und will den Arbeitern vorschreiben, wie sie sich zu organisieren haben. Er bezeichnet unsre Organisation als einen Krebsgeschaden. Ja, wie wollen Krebs sein und wie die Krebsen freffen, bis das ganze Fleisch von den Gewerkschaften und von der Socialdemokratie herumgefressen ist, damit sie wieder revolutionär wird. Jetzt ist ja die Socialdemokratie schon hoffähig. Im „Vorwärts“ haben wir gelesen, daß der Abgeordnete Ulrich in Darmstadt auf einer Soire mit einem leidhaftigen Großherzog gesprochen hat. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo der Abgeordnete Auere mit Wadenstrümpfen angethan zu Hofe geht. Weibel ist ja auch für die neuen Kahl-Anzüge der Soldaten eingetreten. Dafür kann er ein Denkmal in der Invalidenstrasse bekommen. (Widerspruch.) Reiner Meinung nach muß man für gar gar keine Anzüge stimmen.

Weinshield tritt unter Hinweis auf die Absonderung der Parteimitglieder vom Buchdrucker-Verband für die Sonderorganisation ein, weil sie gute Fortschritte gemacht habe, und spricht gegen die Centralverbände, die nichts leisten könnten, weil sie den Daumen auf die gefüllten Geldsäcke halten.

Gröppler verteidigt unter wiederholter Anruhe die Centralverbände und schließt mit der Bemerkung: Auch Sie werden noch zu der Ueberzeugung kommen, daß Sie sich den Centralverbänden anschließen müssen. (Anruhe und lebhafter Widerspruch.)

Karl Kaiser: Es ist nicht richtig, daß der Parteivorstand vorgeschrieben hat, welcher Organisation sich die Arbeiter anschließen haben. Aber Sie sind die Unbuddsamen. Sie haben soeben erst durch Ihr Geschrei bewiesen, daß Sie von einer andern Organisation als der Ihrigen nichts hören wollen. (Anruhe.) Sie haben ja Ihre Kämpfe nur mit Hilfe der Central-Verbände geführt. (Großer Lärm.) Das ist eine gefälschte und gemeine Weise... (Großer anhaltender Lärm, bei dem die folgenden Worte des Redners nicht verstanden werden.) Vorsitzender Theodor Fischer: Ich entzöhe Ihnen das Wort! Kaiser spricht unter anhaltendem Lärm weiter: Das ist eine gefälschte und gemeine Weise, wie Weibel hier angegriffen worden ist. Während der Redner die letzten Worte, die bei dem Lärm nur in seiner nächsten Nähe verstanden werden konnten, spricht, saht der Vorsitzende Fischer ihn am Arm, um ihn von der Bühne zu entfernen. Kaiser protestiert dagegen mit erregten Worten und verläßt unter Schimpfworten gegen Fischer die Bühne.

Nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, führte Bernau aus, es sei eine Schmach, solche Szenen hier hervorzurufen. Es handele sich nicht darum, daß hier für und gegen die Verbände und die Localorganisationen geredet werde. Es sei zu bedauern, daß sich der Parteivorstand dazu hergegeben habe, Zwietracht in die Gewerkschaftsbewegung zu tragen. Gerade aus dem Leipziger Streit mußte die Lehre gezogen werden, daß die Sonderorganisationen berechtigt sind.

Stadthagen: Ich habe in der Schrift des Parteivorstands nichts finden können, was dafür spricht, daß eine bestimmte Organisation als unberechtigt hingestellt werden sollte. Deshalb ist auch der Protest gegen den Parteivorstand nicht gerechtfertigt. Der Parteivorstand sagt nur: Fort mit der Sonderbündelei, ohne jedoch die Spitze gegen irgend eine bestimmte Organisation zu richten. Wenn in der Schrift die Beseitigung der kleinen, widerstandsunfähigen Localorganisationen befürwortet wird, so kann jeder Gewerkschaftler

damit einverstanden sein, denn wir alle sind doch der Ansicht, daß wir große, widerstandsfähige Organisationen haben müssen. Der Parteivorstand tritt ja nicht für bestimmte Organisationen ein, er befragt nur die Schaffung großer Centralverbände. Wenn wir solche noch nicht haben, so liegt das auch an denen, die infolge von Meinungsverschiedenheiten eine Sonderstellung in der Gewerkschaft einnehmen, anstatt innerhalb der großen Organisation ihre Ansichten zu vertreten und zur Geltung zu bringen. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, daß in manchen Fällen eine Sonderorganisation zeitweise berechtigt sein kann. Was uns alle eint, das ist der Wunsch: Fort mit den Sonderorganisationen! Mein Ideal ist, große Centralverbände, die den Mitgliedschaften in den einzelnen Orten möglichst weitestgehende Freiheit lassen. (Zustimmung.) Redner erklärt sich mit der Resolution einverstanden, wenn aus derselben der zweite Absatz gestrichelt werde, sowie in dem Absatz, der nach dem mit 2 bezeichneten Absatz folgt, der Satz: „... und daß diese Centralisation in festem Zusammenhang mit der socialdemokratischen Partei Deutschlands auch förmlich gebracht wird.“

Prosa: Wir sehen in der Aeußerung des Parteivorstands einen Schlag gegen die der Geschäftscommission angeschlossenen Gewerkschaften, denen der Parteivorstand die Existenzberechtigung abspricht. Man wird diese Aeußerung zum Anlaß nehmen, uns zu sagen: Ihr betont immer, daß Ihr gute Socialdemokraten seid, aber der Parteivorstand hat es ja ausgesprochen, daß Ihr kein Recht habt, zu existieren. Der Parteivorstand hat doch mit dem Buchdruckerverband unangenehme Erfahrungen gemacht. Wir wollen die Gewerkschaftsbewegung nicht dahin kommen lassen, wo der Buchdruckerverband steht. Wenn erst alle gewerkschaftlichen Organisationen im Geiste der Socialdemokratie arbeiten, dann haben die Sonderorganisationen keine Berechtigung mehr. So lange die Centralverbände auf ihrem bisherigen Standpunkt beharren, so lange ein Regieren mit der Spaltung zwischen Partei und Gewerkschaft drohen kann, ist unsere Existenz berechtigt und unser Zusammenhang mit der Socialdemokratie notwendig. Deshalb bin ich für unveränderte Annahme der Resolution. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen.
Kater bemerkt im Schlußwort: Stadthagen sagt, die Aeußerung des Parteivorstands beziehe sich nicht auf uns. Es kommt aber doch darauf an, daß dieselbe als Waffe gegen uns benutzt wird, um uns niederzuschlagen. Das Korrespondenzblatt der Generalcommission nimmt Stellung gegen den ganzen Inhalt der Schrift des Parteivorstands, nur mit dem Passus: Fort mit der Sonderbündelei, ist es einverstanden und benutzt ihn gegen uns. Man sieht also, daß das, was Stadthagen nicht in der Aeußerung findet, hineingelegt wird. Wir protestieren nicht, weil der Passus in der Schrift steht, sondern weil er gegen unsere Organisation ausgenutzt wird. Ich möchte nicht, daß die Resolution geändert wird. Es kommt uns darauf an, daß die Gewerkschaft auch förmlich mit der Socialdemokratie in Zusammenhang steht. Wer da glaubt, daß die Arbeiterunterstützungen in den Gewerkschaften an Woden gewinnt, desto mehr wird die Arbeiterbewegung vom Klassenkampf hinweggedrängt und verflumpft. Daß wir das verhindern wollen, dafür sollte uns die Partei dankbar sein. (Beifall.)

Hierauf wurde die Resolution unverändert gegen wenige Stimmen angenommen, und die Versammlung mit einem Hoch auf die socialdemokratische Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Unserm neuesten Kurs.

- Februar.
2. **Albed.** 2 Bauarbeiter wegen Sachbeschädigung je 4 Monate Gefängnis.
 3. **Hamburg.** Je 1 Woche Gefängnis 2 Maurer wegen thätlicher Beleidigung.
 5. **Dortmund.** Genosse **Vredend** wegen Beleidigung eines Schiedsrichters der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft 200 M. Geldstrafe.
 7. **Dortmund.** Derselbe wegen Beleidigung der Polizei 4 Wochen Gefängnis.
 11. **Berlin.** Wegen Beleidigung eines Gutsbesizers Genosse **Boejch** 80 M. Geldstrafe.
 12. **Deffau.** Die gleiche Strafe Genosse **Güntzer** wegen Beleidigung eines Baunternehmers.
 12. **Königsberg.** 100 M. Geldstrafe Genosse **Hennig** wegen Beleidigung eines Offiziers.
 13. **Bochum.** Die gleiche Strafe Genosse **Langhorst** wegen Beleidigung eines Rechnungsführers.
 16. **Hamburg.** Genosse **Schulze** wegen Beleidigung eines Baumeisters 50 M. Geldstrafe.
 16. **Berlin.** 100 M. Geldstrafe wegen Beamtenbeleidigung der Redacteur („Neues Leben“) **Hornikel**.
 16. **Widau.** In der Berufungsinstanz Genosse **Mühle** 100 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Gemeindevorstands.
 22. **Stuttgart.** Wegen Beleidigung eines Vorarbeiters Genosse **Herrlein** 50 M. Geldstrafe.
 26. **Blaun.** Genosse **Kaule** 10 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
 28. **Kolmar i. Bosen.** Wegen des gleichen Vergehens Genosse **Wendit-Bosen** und der Wirt des Lokals je 35 M. Geldstrafe.
 28. **Bosen.** 3 M. Geldstrafe Genosse **Gogowski** wegen Gewerbetarbenvention. — Betrieb des Arbeitersekretariats.
- Insgesamt wurde erkannt auf 1 Jahr und 2 Wochen Gefängnis und 743 M. Geldstrafe.
Berlin, den 9. März 1901.

Der Parteivorstand.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 12. März im Lokal Fischerstr. 25 eine Versammlung ab. Reichstags-Abgeordneter **Rosen** referierte über das Thema: „Juntertum und Bauernthum im Lichte der Geschichte und der Kampf um die Getreidefrage“. Redner zeigte an vielen geschichtlichen Thatsachen aus der Zeit der Leibeigenschaft der deutschen Bauern und der „Bauernbefreiung“, wie sie namentlich v. Maurer und Knapp unaufrichtig festgestellt haben, daß die Bauern von und im Auftrag der Gutsherren meist geradezu schlechter als das Vieh behandelt, schändlich ausgebeutet und in jeder Weise benachteiligt wurden. Ferner schilderte er anschaulich das jämmerliche, vaterlandsverrätherische Verhalten der Junter während der napoleonischen Zeit. Das Junterthum wäre stets ein Feind des Volks und vor allem der Bauern sowie eine staatsverzehrende Klasse gewesen. Je eher seine Vorherrschaft gebrochen werde, je eher werde es besser werden für das Volk. (Beifall.) Nachdem Genosse **Kalisch** die Ausführungen des Referenten durch einige Beispiele aus der Neuzeit ergänzt und den Anschluß an die politische Organisation bekräftigt hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Im Wahlverein des vierten Wahlkreises hielt am Dienstag Dr. **Wohl** einen Vortrag über „Die bevorstehende Verringerung des Krankenkassen-Gehalts“. Der Vortragende führte die Hauptsache nach ungefähr folgendes aus: Unter der gegenwärtigen Form der Verwaltung tragen die Arbeiter zu einem großen Teil selbst die Schuld, wenn in manchen Ortskassen so viele Uebelstände vorhanden wären; sie brauchen nur von den ihnen gesetzlich zustehenden Rechten Gebrauch zu machen, um manche Verbesserungen durchzusetzen. Aber nun pläne die Regierung eine Aufhebung dieser Selbstverwaltung und wenn auch durch den neuen Entwurf zum Krankenkassen-Gesetz eine Reihe berechtigter Wünsche scheinbar erfüllt würden, so z. B. die Erhöhung der Mindestdauer der Unterstützung auf

26 Wochen, der Wegfall der Kürzung der Leistungen der Kassen bei Geschlechtskranken, so gehe doch das Ganze darauf hinaus, die Macht der Unternehmer zu stärken und die Rechte der Arbeiter zu kürzen und sei somit ein Streich gegen die organisierten Arbeiter. Das zeige auch die geplante Centralisation, von der gerade die Betriebs- und Junter-Krankenkassen, in denen die Arbeiter ihre Rechte gewöhnlich nicht geltend machen können, und die einen Pfahl im Fleische der Ortskassen bildeten, ausgeschlossen sein sollten. Dazu wolle man nun die Arbeitgeber, trotzdem sich die Arbeiter nie über die Höhe der Beiträge beklagt hätten, die Hälfte derselben zahlen lassen, natürlich, um ihnen auch dementsprechend höhere Rechte in der Verwaltung einräumen zu können und, da die Entscheidung in streitigen Fällen in die Hände des Vorsitzenden der Kasse, der Gemeindebeamter sein solle, liege, so wären die Unternehmer meistens die Ausschlaggebenden. Wenn gesagt würde, die Kassen würden zum Zummelpfad demagogischer Hezekereien gemacht, so liege dafür nicht der geringste Beweis vor. Die als socialdemokratische Agitatoren bezeichneten, von den Arbeitern gewählten Beamten hätten sich recht gut bewährt. Das beweise auch die Thatsache, daß in den letzten Jahren kein Fall bekannt geworden sei, wo die Behörde von dem Recht des Eingreifens in die Kassenverwaltung Gebrauch gemacht hätte. Auch die in dem Entwurf geplante gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl sei zu verwerfen. Die Durchführung einer völlig freien Arztwahl stöße auf Schwierigkeiten, die nicht zu überwinden seien. Es könne den Kassenmitgliedern immer nur die Wahl unter den Ärzten zugestanden werden, die sich verpflichten, zu den von der Kasse bestimmten Bedingungen zu behandeln. — Der Entwurf der Regierung sei offenbar darauf gerichtet, die Rechte der Arbeiter zu kürzen; es gelte, möglichst frühzeitig in die Agitation dagegen einzutreten. Redner schließt mit den Worten: „Kriecher mit diesem Attentat gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter!“ — In der kurzen Diskussion wird unter anderem darüber Beschwerde erhoben, daß die Anweisungen der Ärzte auf Wäcker und Massagen erst auf dem Bureau mancher Orts-Krankenkassen unterstempelt werden müßten, wodurch oft eine gefährliche Verzögerung des Heilverfahrens eintrete. Genosse **Wohl** meinte ebenfalls, daß diese Abstempelung gar keinen Zweck habe und oft zum Schaden für die Kranken sowohl wie für die Kasse führe. Das sei ein alter Popf, für den sich kein vernünftiger Grund anführen lasse. Ferner weist der Redner noch darauf hin, daß bei Krankheit, die über 27 Wochen dauert, eine Krankenteile von der Invalidenversicherung bezogen werden könne.

Die **Schlächtergesellen Berlin** hielten am Sonntag, den 10. März, eine öffentliche Versammlung in Cohns Festsaal ab, in welcher Herr Dr. **Friedberg** über „Krankheitsrückstellungen im Schlächtergewerbe“ referierte. Der Redner erläuterte die erforderlichen Maßnahmen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen, hierbei die Forderung erhebend, daß in jedem Betriebe das notwendige Verbandsmaterial in sauberm Zustand und auch stets zur Hand sein müsse, was aber heute leider nur selten der Fall sei. Außerdem erwähnte der Referent noch eine Reihe anderer Krankheiten, die als Folge der Verarbeitung schlechten Fleisches, des Genusses von rohem Fleisch, der unvorsichtigen Verwendung von Gewürzen, ungesunder Arbeits- und Schlafstube und anderer Umstände auftreten. Ferner erwähnte der Vortragende die Fleischergesellen, mehr für die Verbesserung ihrer eigenen Lage einzutreten und sich nicht dem Augenblicksgenuß allzuviel hinzugeben. In der Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß die Gesellen infolge des im Gewerbe noch bestehenden patriarchalischen Arbeitsverhältnisses von der Ehe ausgeschlossen und vielfach den Gefahren der Geschlechtskrankheiten preisgegeben seien. Eine der Hauptforderungen der Fleischergesellen müsse daher die Abschaffung des Kost- und Logisgebens beim Meister sowie auch die Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit sein, denn nur auf diese Weise sei es möglich, diese Arbeiter vor Ueberanstrengung und zeitigem Eintritt in die Krankheit zu schützen. — An diese Ausführungen schloß sich noch eine Debatte über Uebelstände in der Arbeitsvermittlung und ein Bericht über den Ausgang der Aussperrung in Eisenberg. Hierzu wurde bemerkt, daß noch 5 Kollegen zu unterfügen sind, alle andern sind teils anderwärts in Arbeit gebracht worden oder auf die Wanderschaft gegangen.

Die **Riffenmacher** nahmen am Montag in einer öffentlichen Versammlung bei Stegert den Bericht der **Franke-Rommision** entgegen. Die Kommission besätigt die Ergebnisse der Revision und erklärt, daß sie die Bücher in bester Ordnung vorgefunden hat. Es folgt eine lebhafte Diskussion, an deren Schluß mit allen gegen eine Stimme die folgende Resolution angenommen wird: „Die heutige öffentliche Riffenmacher-Versammlung erklärt nach Anhörung der Franke-Kommission, daß die Bücher bis dato ordnungsmäßig geführt worden sind, und verwirft entschieden die nicht stichhaltigen Angriffe. Sie verweist die Kollegen dahin, sich bei auftretenden dunklen Gerüchten an den Vorstand um Auskunft zu wenden.“ — Zum Schluß werden die Anwesenden noch aufgefodert, dafür zu sorgen, daß von allen Werkstuden Sitzungen stattfinden, die sich mit der Stellung der Kollegen zur Kaiserin zu befassen haben, und über deren Resultate dem Vorstand baldigt Bericht zu erstatten ist.

Die **Kartonarbeiter und Arbeiterinnen** hatten am Dienstag wieder eine, besonders von Frauen sehr stark besuchte Versammlung, die als ein glänzendes Ergebnis der sehr regen Agitation in diesem Beruf bezeichnet werden konnte. Frau Dr. **Wohl** hielt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation für die Arbeiterinnen. Ein reichhaltiges statistisches Material diente der Rednerin als Beweisführung für die niedrigen Löhne und die sich daraus ergebende niedrige Lebenshaltung der Arbeiterinnen. Die hierauf folgende Besprechung von Werkstattangelegenheiten veranlaßte eine Anzahl Redner beiderlei Geschlechts zu lebhaften Klagen über schlechte Behandlung und Bezahlung. Bei der Firma **Pohl** wurde ein Arbeiter ansehend deshalb entlassen, weil er eine Werkstattversammlung veranlaßt hatte. Obwohl im allgemeinen eine floue Geschäftszeit herrscht, werden bei der Firma **Frankel** von den Arbeiterinnen und Arbeitern fortwährend Ueberstunden verlangt, entgegen den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung ohne höhere Bezahlung. Ueber die Firma **Gutmann** und **Meyer** und eine Anzahl anderer gedenkt man in einer späteren Versammlung zu sprechen. Viel getabelt wurde auch, daß gerade jüngere Accordarbeiterinnen die regelrechte Arbeitspause nicht innehalten, Frauen aber Arbeit mit nach Hause nehmen, um bei den allerdings niedrigen Löhnen — 6 bis 8 M. pro Woche — mehr verdienen zu können. Von allen Rednern wurde der Anschluß an den „Deutschen Buchbinderverband“ empfohlen.

Die **Charlottenburger** hielten am 7. d. M. die öffentliche Monatsversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission statt. Zunächst berichtete der Vertrauensmann über die eiderstunde, sehr stark besuchte Arbeitslosen-Versammlung. In der Debatte darüber wurde der Wunsch ausgesprochen, der Anschluß möge in ähnlichen Fällen erst die Genehmigung der Kommission einholen. In diesem Fall erklärt sich die Versammlung einverstanden damit, weil mit Rücksicht auf gewisse Umstände gar nicht anders gehandelt werden konnte. Es wurde angesetzt, von Zeit zu Zeit derartige Versammlungen einzuberufen. Dann kam die für Charlottenburg so dringend gewordene Lokalfrage zur Sprache. Die Gewerkschaften von Charlottenburg erklärten sich für Errichtung eines eigenen Heims, wenn es keine großen finanziellen Anstrengungen für sie kosten würde. Zur Beratung mit der Lokalcommission wurden außer dem Vertrauensmann Buchdrucker **Arnold** und **Waler** **Klemming** entsandt.

Auf Anregung des Vertrauensmanns wurden zwei Delegierte aus der Versammlung gewählt, welche im Verein mit einem Ausschußmitglied in jeder Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission anwesend sein sollen, um eine Verbindung mit dieser herzustellen. Der Vertreter der Barbiers gab dann einen Situationsbericht über die Vorarbeiten zur bevorstehenden Lohnbewegung der Barbiers. Die Organisation derselben am Orte läßt leider viel zu wünschen übrig, obgleich betreffs Kost und Logis geradezu wandalöse Zustände vorhanden sind, ähnlich denen, welche durch die

Prozesse gegen gewisse Wäckerbessiger aufgedeckt wurden. Wenn nun die Barbiers trotzdem in eine Lohnbewegung eintreten, so thun sie es, weil sie die Preiserhöhung der Barbierherren nicht vorübergehen lassen können, ohne den Versuch gemacht zu haben, für die Verbesserung ihrer so schlechten Lage etwas zu thun. In der Diskussion wurde den Barbieren zugefagt, daß man sie in dem bevorstehenden Kampfe moralisch wie auch finanziell unterstützen und eventuell die Arbeiterschaft gegen die Barbierherren mobil machen werde. Es gelangte dann noch die Broschüre des Buchdrucker-Verbandsvorstands zur Verteilung.

Die **Wilmersdorfer** Eine Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins tagte am Mittwoch, den 6. März, in Bittes Volksgarten, Berlinerstraße 40. In der Versammlung wurde über die Notwendigkeit eines eignen Krankenhauses diskutiert und ein diesbezüglicher Antrag der Gemeindevertretung überandt. In Wilmersdorf, das voranschließlich am 1. April 1902 Stadt wird, hat sich ein sich liberal nennender Verein gegründet, der es sich zur Aufgabe macht, bei den Stadtverordnetenwahlen nach Möglichkeit alle Mandate an sich zu reißen. Es ist demgegenüber Pflicht eines jeden im Ort wohnenden Genossen, sich dem socialdemokratischen Wahlverein anzuschließen, damit auch wir gerüstet unseren Gegnern entgegenzutreten können.

In **Wannschulenweg** fand am Freitag eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher die Arbeiter der Kunheimischen Fabrik insbesondere geladen und auch in Zahl von etwa 600 Personen erschienen waren. Seit dem Streik im Jahre 1894 war es nicht mehr möglich gewesen, die vielfach wechselnden über 600 Arbeiter obiger Fabrik für eine Organisation zu gewinnen. Die Notwendigkeit derselben wurde den Versammelten vom Referenten **Paul Jahn** in Berlin erläutert, der bei dem damaligen Zustand in fast allen Versammlungen gesprochen hatte. Die Anwesenden verpflichteten sich in einer Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte, dem „Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen“ beizutreten. Nach Schluß der Versammlung ließen sich etwa 200 Personen als Mitglieder des Verbands aufnehmen.

Verband deutscher Barbiers, Friseur etc. (Zweigverein Berlin) Donnerstag, den 14. März, abends 10 Uhr, in Wends Klubhaus, Königsgroben 14a, außerordentliche Generalversammlung.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perrückenmacher. (Zweigverein Charlottenburg) Abends 10 Uhr bei Wernicke, Bismarckstraße 34, Sitzung.

Litterarisches.

Die **Arbeiterverbrüderung 1848/49**. Erinnerungen an die Klassenkämpfe der ersten deutschen Revolution, zur Märzfeier herausgegeben und eingeleitet von **Rag Quard**. Frankfurt am Main. Verlag von Wilhelm Gerschold. XVI und 144 Seiten.
Zur bevorstehenden Märzfeier möchten wir die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf die Sammlung charakteristischer Aufsätze und Berichte lenken, die Genosse **Quard** aus der „Verbrüderung“ von 1848/49 zusammengestellt und mit einer orientierenden Einleitung versehen hat. Die „Verbrüderung“ war das Organ der ersten umfassendsten Arbeiterorganisation, die Deutschland gesehen hat; sie wurde seit dem Oktober 1848 in Leipzig von dem Schriftsteller **Stephan Vorn** herausgegeben und spiegelte getreu die Anschauungen wieder, die unter dem Sturmhauch der Revolution in der deutschen Arbeiterklasse erwacht waren.

Genoss konnte sich die „Verbrüderung“ nicht mit der „Neuen Rheinischen Zeitung“ messen, dem berühmtesten Blatte der Revolutionsjahre. Aber dieses Blatt wurde von einer kleinen Zahl hochgebildeter Männer geschrieben, während in der „Verbrüderung“ die Arbeiterklasse selbst zum Worte kam. In ihren Spalten sprachen die vorgeschrittensten Elemente des damaligen Proletariats ihre Forderungen und Hoffnungen aus, legten sie ihr politisches und sociales Programm nieder, kämpften sie mit dem Schwert und hantuierten sie mit der Feder. Man sieht hier die deutschen Arbeiter der Revolutionszeit an der Kleinarbeit, um einen heutigen Ausdruck zu gebrauchen, und wie diese Blätter gelesen hat, wird sie mit dem Befehltnis aus der Hand legen: es war eine ehrliche, tüchtige und wackere Arbeit.

Wir stehen nicht an, in derjenigen Arbeiterbewegung der Revolutionsjahre, die ihr Banner in der „Verbrüderung“ fand, ein besonderes Ehrenzeugnis der deutschen Arbeiterklasse zu erblicken. Sie war den gleichzeitigen Arbeiterbewegungen in Frankreich und England theoretisch überlegen; das zeigt ein Vergleich der „Verbrüderung“ etwa mit den Debatten des Arbeiterparlaments in Luxemburg oder mit den Chartistorganen unres Erachtens in unwiderleglicher Weise. Die utopistischen, ästhetischen usw. Mängel der modernen Arbeiterklasse reifer. Dabei darf man nicht vergessen, wie sehr die industrielle Entwicklung des nördlichen, östlichen und südlichen Deutschlands, wo die „Verbrüderung“ ihren Rekrutierungsbezirk hatte. Hinter die industrielle Entwicklung Frankreichs und namentlich Englands zurückstand. An dieser Rückständigkeit lag die Schuld, daß mit dem Zusammenbruch der bürgerlichen Revolution auch die deutsche Arbeiterbewegung auf ein Jahrzehnt verschwand, vielmehr als an der inneren Unklarheit der Bewegung selbst; es ist geradezu erstaunlich, wie schnell sich die deutschen Arbeiter damals schon in den entscheidenden Grundbedingungen ihres Emancipationskampfes zurechtgefunden, wie hoch sie an Intelligenz und Thatkraft besonders auch über den Mittelstand standen, die etwa in der „National-Zeitung“ oder der „Westfälischen Zeitung“ den bürgerlichen Emancipationskampf in konsequenter Weise verfolgten.

Aber wenn der Inhalt der „Verbrüderung“ ein Ehrenzeugnis für die deutsche Arbeiterklasse ist, so ist es auch eine Ehrenpflicht der heutigen Arbeiter, diese verschollenen Zeugnisse rühmlicher Kämpfe wieder den gebührenden Platz in dem Schatze ihrer historischen Erbes anzuweisen. Aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ erfährt man von dieser bedeutsamen Erscheinung nur sehr wenig. Es ist nicht ganz verständlich, weshalb **Marg** und **Engels** der um die „Verbrüderung“ gewippten Arbeiterbewegung so geringes Interesse geschenkt haben, und zwar um so weniger, als die Maurer, die an erster Stelle in der „Verbrüderung“ tätig waren, wie der Schriftsteller **Vorn** und der Goldarbeiter **Wiel**, ihre eignen Schüler waren und dem Kommunistenbunde angehörten. Erst als es zu spät und der Sieg der Gegenrevolution nur noch eine Frage der Zeit war, entschlossen sich die Männer der „Neuen Rheinischen Zeitung“, einen von der „Verbrüderung“ ausgeschriebenen Longtrek zu beschicken. Sei es nun, daß **Marg** und **Engels** durch das mancherlei Unfertige abgelehrt wurden, das allerdings in den Veröffentlichungen der „Verbrüderung“ mit unterlief, sei es, daß sie als geborene Rheinländer nie ganz das Mißtrauen gegen das Ueberwinden konnten, was aus Ostfriesland kam, genug, sie hielten sich gegenüber der „Verbrüderung“ in derselben Reserve, wie später gegenüber der Lassalle'schen Arbeiteragitation. Der Schatten ihrer großen Namen hat dann diese wichtige Episode der deutschen Arbeiterbewegung vollends verdunkelt, und um so notwendiger ist es, ihr wieder zu ihrem historischen Rechte zu verhelfen. Mindestens in keiner Arbeitervereins-Bibliothek sollte die oben angezeigte Sammlung fehlen.

Die Art, wie Genosse **Quard** sie gemacht hat, ist nur zu loben. Neben politischen und sozialen Ausführungen und Kampfarbeiteln giebt er die wesentlichen Veröffentlichungen der „Verbrüderung“ über die damaligen Arbeiterorganisationen, dann gewährt er den damaligen gewerkschaftlichen Kämpfen den gebührenden Platz, und eine kleine Ecke ist auch den politischen und sozialen Zuständen gewidmet, die die Welt am letzten Tag.

Schriften-Eingang.

Der **Wahre Jakob** Nr. 6, Märznummer, ist erschienen.
Die **Wahrheit** über 1870. Von **Carl Christen**. München 1901. (Verlag der deutsch-französischen Rundschau.)
Briele eines alten Politikers an einen Freund. Nr. 1. Die Frage der Arbeiterfrage für Bremen und das Deutsche Reich. Von **vox populi**. Berlin und Leipzig 1901. (Ereiter.) Preis 30 Pf.

„Wohnungsnot und städtische Bodenfrage.“ Von Geh. Rat Prof. Dr. A. Wagner. Berlin. (H. W. Langguth.) Preis 50 Pf. Die theologische Woche und ihre Wirkung. Vom Standpunkt der Bernunft betrachtet. Von Dr. Hermann Straß. Leipzig. (Oswald Kluge.) Preis 30 Pf.

„Recht, Gewalt und Zukunft.“ Vortrag vom Stadtpfarrer Ulrich aus Stuttgart. Göttingen. (W. Langguth.) Preis 25 Pf. Die Gesetzgebung der Beamten nach Reichsrecht und dem Recht der deutschen Bundesstaaten unter Berücksichtigung der Gesetzgebung des Staats (Gemeindeverbandes u. s.) dargestellt von Dr. Delius. Berlin. (J. J. Hein.) Preis 2 M.

Vermischtes.

Der mutmaßliche Mörder des Rittmeisters v. Krosigk, Unteroffizier Marten, ist, wie man aus Gumbinnen meldet, diensttagend aus der Unterjuchungshaft im dortigen Militärgefängnis entsprungen. Marten hatte mehrere Gefängniswärter in seine Zelle gerufen unter dem Vorgeben, das Fenster seiner Zelle schließe nicht. Als die Beamten sich dem Fenster zuwandten, stieß er sich zur Seite, eilte zur Thür hinaus und schlug sie hinter sich zu, so daß die Kasser in der Zelle eingeschlossen waren. Obwohl unverzüglich Patrouillen zu Fuß und zu Pferde die Stadt durchstreiften und verschiedene Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, ist Marten bisher noch nicht wieder ergriffen worden. Auf die Wiederergriffung des Marten ist vom Gericht der zweiten Division eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt worden.

Witterungsübersicht vom 13. März 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.	Temp. u. F.
Swinemünde	768	0	1	bedeckt	2	36
Hamburg	768	0	2	Rebel	2	36
Berlin	767	0	2	wolkenl.	3	37
Königsbr.	765	0	2	bedeckt	3	37
Potsdam	762	0	2	bedeckt	3	37
Wien	765	0	1	bedeckt	2	36

Wetterprognose für Donnerstag, den 14. März 1901. Nachts leichter Frost, am Tage mild und vielfach heiter, zeitweise neblig bei schwachen südlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

R. S. Sie meinen vermutlich die Nürnberger Maschinenbau-Aktiengesellschaft; die hat ihren Sitz in Nürnberg, daher der Name. Timm u. N. Sehen Sie uns seiner Zeit vom Stadtfestenden des nächsten Termins in Kenntnis.

Publ. 1895 konnte der Rathsturm unentgeltlich bestiegen werden; dann wurde der Eintrittspreis auf 20 Pf. festgesetzt. Daß die Rathsturm-Uhren durch eine besondere Kraft getrieben werden, ist uns unbekannt. Ihre Regulierung erfolgt durch die Gesellschaft Normalzeit.

F. S. 100. Wenden Sie sich an den Vorsteher der Station, wo der Gesuchte zuletzt amtierte.

Indwanderer. 1a. Ja. 1b. Nein. 2. Keine. 3. Fragen Sie den hiesigen Vertreter. 4. Erfahren Sie durch ein Reise-Bureau. 5. Uns unbekannt.

J. 33. Die Direktion der Charlö wird Ihnen auf Ihre Anfrage am besten Auskunft geben.

P. W. 22. Nach der Polizeiverordnung vom 26. März 1810 muß in Berlin die Räumung der Wohnung seitens des abziehenden Mieters bei kleinen (d. h. aus höchstens zwei Wohnzimmern und zugehörigen Nebenwohnungen) am ersten, bei mittleren (die aus drei bis vier Wohnzimmern und zugehörigen Nebenwohnungen) am zweiten Quartalsstage um 12 Uhr mittags, bei großen (d. h. mehr als vier Wohnzimmern enthaltenden Wohnungen) am dritten Quartalsstage um 12 Uhr mittags geräumt sein. Jedoch muß bei Wohnungen, welche aus drei Wohnzimmern und zugehörigen Nebenwohnungen, ein Wohnzimmer, bei Wohnungen von mehr als drei Wohnzimmern und zugehörigen Nebenwohnungen schon am ersten Quartalsstage völlig geräumt und dem abziehenden Mieter zur Verfügung gestellt sein. Unter zugehörigen Nebenwohnungen sind Küche, Kammer, Bodenräume, Keller u. dgl. zu verstehen. Läden sind keine Wohnzimmern, müssen also am ersten Quartalsstage geräumt sein, falls nicht mit ihnen Wohnzimmern verbunden sind. In dies der Fall, so richtet sich die Räumungsfrist nach der Anzahl der Wohnzimmern.

Wilhelmshaven. Richten Sie ein dahingehendes Gesuch an Ihr Bezirkskommando. — E. G. 100. Sie brauchen den Borgarten nur so wiederzugeben, wie Sie ihn erhalten haben, können also den von Ihnen angebrachten Raum entfernen und, falls der Wirt dem widerspricht, auf Dulden dieser Entfernung klagen. — W. G. 65. 1. Ja. 2. Das gibt das Gesetz nicht des näheren an, ist vielmehr von Fall zu Fall zu entscheiden. 3. Betten wären in Ihrem Fall zweifellos unpfeifbar. 3. Dagegen gibt es keinen anderen Weg als den, daß auch der Fiskus sein Recht dem gegenüber nicht geltend machen kann, der nichts hat. 4. Sie sind zur Zahlung verbunden. — J. St. Bekleidungsrecht. Richten Sie auf die Stadtverhandlungen.

Nach Abschluß derselben wird abgemittelt werden, wie viel Schulden Deutschland zur Zeit hat. — 6901. Kommen Sie in unsere Sprechstunde. — H. C. 1. Der Einwand der Rinderjährigkeit muß im Termin erhoben werden. Zweckmäßig ist es, ihn außerdem vor dem Termin schriftlich zu

erheben. — 12jähriger Abonnent W. W. Rein. — G. S. G. 1. Die Kündigung von Mietverträgen, in denen eine dreimonatliche Kündigungsfrist vereinbart ist, muß, um rechtzeitig zu sein, so erfolgen, daß die Kündigung spätestens am 31. März in den Händen des Vermieters oder Mieters, dem gekündigt werden soll, ist; 2. ist als Kündigungsfrist drei Monate und drei Tage vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 28. März in den Händen des Mieters, dem gekündigt wird. Eine frühere Kündigung ist zulässig und wirksam. 3. Ist keine Kündigungsfrist vereinbart, so muß spätestens am 3. April zum 1. Juli gekündigt sein. — J. 30. Ob Sie zu hoch eingekauft sind, hängt lediglich von der Schätzung ab, welche Einkäufer Sie voranschicklich haben werden. Liegen keine Gründe zu der Annahme vor, daß Sie mehr als in den letzten drei vergangenen Jahren verdienen werden, so ist der Durchschnitt dieser drei Jahre als Maßstab zu erachten. Es ist deshalb für jeden auch im finanziellen Interesse sehr zweckmäßig, über Einkünfte und Ausgaben genau Buch zu führen. Sind Sie länger, als hiernach angebracht, eingeschätzt, so reklamieren Sie. — L. 29. 1. Durch Ihre Heirat mit der Mutter des von Ihnen erzeugten Kindes hat Ihr Kind die Rechte eines ehelichen erlangt. Es ist zweckmäßig, wenn Sie, nach bereits bei der Heirat hätte gekündigt können, nunmehr bei dem Standesbeamten des Bezirks, in dem die Geburt eingetragen ist, Ihre Vaterschaft anerkennen und die Namensumschreibung beantragen. Das Anerkenntnis können Sie auch zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll erklären und dann die Umschreibung bei dem Standesbeamten beantragen. Belehrt der Standesbeamte die Eintragung ab, so müssen Sie sich an das Amtsgericht wenden. 2. Deshalb die Kanalgegner gegen den Kanal gestimmt haben? — Lesen Sie den „Vorwärts“ vom März 1900 gesehe ab durch, so finden Sie die Gründe ausführlich dargelegt. 3. Das ist längst im „Vorwärts“ angeführt. — K. J. Schon erkrankt. — H. K. 100. 1. Die Wohnung unterbroch in Ihrem Fall die Berücksichtigung über für sonstige Schulden des Mannes. Es ist nicht notwendig, aber zweckmäßig, einen notariellen Vertrag zu errichten, in dem das Eigentum der Frau anerkannt wird. — H. K. 1. Niemand. 2. Ja. 3. Wenn keine Gütergemeinschaft vorliegt: nein. 4. Nein, das wäre eine strafbare Scheidung und ein strafbarer Fall. — H. B. Das neue Gesetz hat an dem Verhältnis nichts geändert. Ein Verrecht im Kontrakt steht Ihnen für Geschäftsverbindungen nicht zu. Ob und welche Rechte aus den Trauten folgen, läßt sich ohne Einsicht in dieselben nicht sagen. Sprechen Sie also mit demselben in der Sprechstunde vor. — J. S. W. Rein. — C. D. Ritzdorf. 1. Ja. 2. Nein, nur für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder. 3. Sie richten an den Regierungspräsidenten zu Potsdam ein Schreiben folgenden Inhalts: Ich bin anhaltischer Staatsbürger und habe mich unwiderrüchlich der vorliegenden politischen Anmeldung seit dem ... in Berlin niedergelassen. Ich beantrage, mich in den preussischen Staatsverband aufzunehmen. Die Naturalisation erfordere ich, falls nicht eine Ausnahme gemacht wird, auf die Ehefrau und die noch minderjährigen Kinder. — W. K. P. 12. Sie können bei der Staatsanwaltschaft Beschwerde darüber einreichen, daß in der Anklage Ihnen eine Vorfrage zugebach ist, die Sie nie erlitten haben, und können Verichtigung des Staatsanwalter verlangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 14. März. Opernhaus. Abd. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Oper-Theater (Krohn). Geschlossen. Schiller. Rosmersholm. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Der Sieger. Anfang 7 1/2 Uhr. Keffing. Flachmann als Erzähler. Anfang 7 1/2 Uhr. Werffner. Ueber unsre Kraft. (2. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Terentete. Darauf: Reoninens Gemäner. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Der Ausflug ins Städtche. Anfang 7 1/2 Uhr. Wesen. Der Hochzeitsmund. Anfang 7 1/2 Uhr. Seefestbühne. Buntes Theater: Hebräer. Anf. 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Rabatten-Pater. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. San Toy. Anfang 7 1/2 Uhr. Suisen. Der Kaufmann von Venedig. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weiß. Kahale und Liebe. Anfang 8 Uhr. Belle. Alliance. Der Leibkalt. Anfang 8 Uhr. Metropol. Spezialitätenvorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr. Polak. Spezialitäten-Vorstellung. Die beiden Wenzel. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. D-Vorstellung. Rosenkriegstag. Anfang nachm. 8 Uhr. Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterlokal) Abends 8 Uhr: „Unser Aelm von der Quelle bis zur Mündung.“ Im Hofsaal: Dr. Kass: Wein und Alkohol. Tägl. Sternwarte.

URANIA

Taubenstr. 48/49.

Im Theater Donnerstagabend 8 Uhr: **Unser Rhein** von der Quelle bis zur Mündung. Im Hofsaal: Dr. Kass: Wein und Alkohol. Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

CASTANS PANOPTICUM

Ein Riesen-GORILLA

aus Yaunde, Hinterland von Kamerun — erlegt von einem Deutschen, die größte zoologische Sehenswürdigkeit des neuen Jahrhunderts.

Konzertkapelle la Zarina. Der Germanensaal.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.

Fortsetzung der Damen-Ring-Kämpfe

Auftr. d. Ringkämpferinnen nachm. 6 Uhr, abends 10 Uhr.

Rosendienstag. 17 erstklass. Nummern.

Central-Theater.

Mit glänzender Ausstattung: **San Toy**

Chinesische Operette in zwei Akten. Musik von Sibney Jones.

Morgen und folgende Tage: San Toy. Sonntagnachmittag 3 Uhr, zu halben Preisen: Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr: San Toy.

Cirkus Busch

Donnerstag, 14. März, 7 1/2 Uhr: **Elite-Gala-Abend.**

Berner: Auftreten des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor Norton S. Smith. Besonders hervorzuheben: Die gefährliche Fahrt unter der Teufelsbrücke. Außerdem: Fräulein Martha Mohnke, Schachmeisterin, als „Orientstärker“ usw.

Zum Schluss: Zum 107. Male: **Die eiserne Maske.**

Le masque de fer. Großes historisches Panoptikum-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptbildern. Unter anderem: Die Jagd bis in die Girsstoppel hinaus. Sonntag, 17. März, nachmittags 4 Uhr: Berliner Landparaden, wozu jeder Erwachsene auf allen Spielplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: Die eiserne Maske.

Achtung! 4. Berliner Wahlkreis (Ost). Achtung!

Sonntag, den 17. März 1901, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Gr. Frühjahrs-Vergnügen

arrangiert von den Parteigenossen des 4. Wahlkreises.

Vokal- und Instrumental-Konzert. Auftreten der Gesellschaft Stejelewicz.

Billets 25 Pf. Das Komitee.

Thalia-Theater

Deubenerstr. 72.

Heute und folgende Tage: **Der Kadetten-Pater.**

Poße mit Gef. u. Lang in 5 Bildern. Anfang 7 1/2 Uhr.

Personen: Thomas, Thielcher, Deimerting, Junfermann, Paulmüller. Damen: Rifton, Boje, Wannowitsch. Im 5. Bild: Das Hebräertrifl. Dierrot: Emil Thomas, Colombine; Guido Thielcher, Darleita; Hans Junfermann. Morgen und folgende Tage: Der Kadetten-Pater.

Apollo-Theater.

Gastspiel: **Dyas-Rosé-Laszky**

Secessions-Gesänge **Robert Steidl** mit seinem Ueberbrettel **Miss Deyo • Mörbitz** **Salerno • Wolkovsky.**

Kasseneröffnung 7, Anf. 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.

Kabale und Liebe.

Tranerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 8 Uhr.

Freitag: Opern-Gastspiel: **Undine.** Roman. Handr. Oper in 4 Akten von Vorying. Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Kindervorstellung. II. Preise: **Dornröschen.** Abends: **Die Goldgräber** von Kalifornien. Sonntag 7 1/2 Uhr, Opern-Gastspiel, zum letztenmal: **Der Troubadour.** Montag: Opern-Gastspiel: **Undine.**

Wo amüsiert man sich grossartig?

Hasenstraße 21 und Jahnstr. 8 in Schlegelsberg's Festalalen. Ans. Max Schindler. — Telephon: Amt IV Nr. 8002. — Heute: **Grosser Ball,** als Spezialität: **Cigarren- und Apfelsinen-Regen** verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Der große Saal nebst Nebenräumen ist am 1. Pfingstfesttag an Vereine zu vergeben. (*)

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.

Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Spezialitäten. J. H. Hütt.

Sonntags 5 Uhr Spezialitäten. J. H. Hütt.

Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Riesen-Walfisch.

21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer.

Zu besichtigen Reinickendorfer und Havelstraße-Str. bei Stadtring-Sahnhof Wedding.

Eintrittspreis 20 Pf. Im großen amerikanischen Riesenzelt von morgens 10 bis abends 10 Uhr. — Schluß der Ausstellung am Wedding am 18. d. M.

Passage-Panopticum

Neu! Neu! **Singhalesen-Truppe**

in Ihren wunderb. Nationaltänzen. Der Mann **Riesenbart** 3 m und mit dem **Wiesel** 65 cm. **Riese Dilkins,** 2 m 35 cm. **General Baum,** der kleinste Mensch der Welt. Entree (inkl. Theater sowohl der Raum reicht) 50 Pf.

Metropol-Theater

Bergstr. 65/67.

Man lebt ja nureinmal.

Große Gesangsposse in 5 Bildern. Vorher: **Das neue März-Spezialitäten-Prgr.** Anf. 7 1/2 Uhr, der Poße 7 1/2 Uhr. Rauchen überall gestattet.

W. Noacks Theater.

Frunnenstraße 16.

Dorf und Stadt.

Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.** Freitag: **Dorf und Stadt.**

Reichshallen

Stettiner Sänger.

Neues Programm! **Liede familiäre Tanten.**



Sanssouci

Donnerstag, Sonntag und Montag: **Hoffmanns Nordd. Sänger.** Nach jeder Soliste: **Tanzkränzchen.** Wochentags Tanz frei. Vereinsbillets gültig. Donnerstag: **Wachfiguren.**

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3. Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.** 4 ausländische Kapellen. **Bock-Anstich.** Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.

Möbel

auf Teilzahlung

J. Ostrowski jun.

Gr. Frankfurterstr. 1 am Frankfurter Thor.

Ziehung 23. März und folgende Tage zu Köln a. Rh. 300 000 Loose. Dritte grosse **Geld-Lotterie** zur Erhaltung des Stabingebirges

Loose: 1 Genus 4 M. 1 Halbes 2 M. Porto u. Liste 20 Pf. **15 000 Geldgewinne** zahlbar ohne Abzug Hauptgewinn: Mark

125 000 M.
75 000 M.
50 000 M.
25 000 M.

14 10 000 — 10 000 M.
5 A 5 000 — 25 000 M.
5 A 2 000 — 10 000 M.
15 A 1 000 — 15 000 M.
20 A 500 — 10 000 M.
50 A 200 — 10 000 M.
100 A 100 — 10 000 M.
300 A 50 — 15 000 M.
1500 A 20 — 30 000 M.
18000 A 10 — 130 000 M.

Ferner empf.: Loose à 3 A. Königsberger. Loose à 3 A. **190 000 M. Geldgewinne.**

Marienburger à 1 Mk.

Pferde-Loose 11 Loose 10 M. 7 Equi-87 Pferde a. noch 7 pagen 87 2447 Gwinn. Loos-Versand geg. Postanweisung od. Nachnahme durch General-Post.

Lud. Müller & Co.

Berlin, Breitestr. 5.

Telegr.-Adr.: MüllerMüller.

Hirtes Festsäle.

Empfehle ich meinen Saal jeden Sonntag an Vereine zu vergeben. Auch größere Vereinstimmer für einige Monate frei. Gifßbergr. 14.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendessen à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinstimmer mit Klavier für 20-50 Personen. **H. Stramm, Reg., Ritterstr. 123.**

Kränze und Blumen empfiehlt [1901] **F. Jacobitz, Koppenstr. 46.**

Musikwerke selbstspielend mit auswechselbaren Platten, sowie Klavieren, werden bei geringer Teilzahlung vergeben. [1901] **H. Aurberg, Landsbergerstr. 13, 2. Aurberg, part. Kein Boden.**

Möbel und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen. Eigene Werkstätte im Gause. [1901] **Richard Meißner, Bukow, Invalidenstr. 13.** Vager: Partier u. L. Stage.

Für Anfänger! Wegen Todesfall seit 1863 best. Metallgegenstände billig zu verkaufen. **Vogt, Neue Dorfstr. 5.**

Zähne Pfanden **Fähre, Hammerstr. 1 M. an,** betriebl. Teilzahlung.

Frau Olga Jacobson, Invalidenstrasse 14.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 17. März 1901, abends 7 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstrasse 27 c:
Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein:
Die sozialen Aufgaben der Aerzte.
Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Eintritt 20 Pf. inkl. Garderobe. 4/12

Freitag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen
(Moriaplan):
Gr. öffentliche Versammlung.
Wahre und falsche Heilkunde.
Referent: **R. Gerling** (Oranienburg).
Alle, welche es mit der Erhaltung und Wiedererlangung ihrer
Gesundheit ernst nehmen, sind eingeladen.
Die Herren staatlich approbierten Aerzte und Professoren sind besonders
eingeladen.
Der Einberufer: Kroscha.

Verein der Former.

Sonnabend, den 16. März 1901,
in Louis Kellers Festsaal, Koppen-Strasse Nr. 20:
Zur Feier des 38. Stiftungsfestes
Großer Wiener Maskenball.
Anfang 9 Uhr. Entree 50 Pf.
Die Ballmusik wird von 2 gut besetzten Orchestern ausgeführt.
Hierzu ladet Freunde und Kollegen ganz ergeben ein
Der Vorstand: J. A.: W. Friedrich, Schönleinstr. 22.
NB. Billets sind noch bei sämtlichen Vorstands- und Komitee-Mitgliedern
in Empfang zu nehmen. D. O.

Zunungs-Krankenkasse der Tischler-Anungg.

Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:
General-Versammlung
der Vertreter der Kassenmitglieder und der Zunungsmitglieder.
Tagesordnung: 1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1900.
2. Wahl des Vorstandes nach § 34 des Statuts.
In getrennter Wahl sind zu wählen:
6 Vorstandmitglieder von den Vertretern der Kassenmitglieder.
3 Vorstandmitglieder von den Vertretern der Zunungsmitglieder.
Um pünktliches Erscheinen wird erlucht.
Der Vorstand.

Paul Burows Möbelfabrik,

Neue Schönhauser-
Strasse 2.
In meinem großen Möbelpelzer habe stets eine grobartige Aus-
wahl aller Arten Möbel zum Verkauf. Durch Massen-Einkäufe, Er-
sparung teurer Löhne etc. bin ich im Stande, ganz bedeutende
Vorteile zu gewähren. Ganze Einrichtungen von 150 bis 10 000 M.
Ganz besonders weise ich auf mein großes Lager vorliegender gewisserer
einfacher, sowie hochherzoglicher Möbel hin, welche zu sehr billigen
Preisen abzugeben werden: Kuchentische oder Mahagoni-Kleiderstühle
und Vertikow 30 M., Korridorplatte 22, Tischstühle 30, Bettstellen mit
Matratze und Kissen 22, französische Nachtschreibtische mit
Sprungfeder-Matratze und Kissen 44 M., Kommoden 18,
Spiegel 9, Schränkchen 45, Divan mit Sitzauszug 36, Garnituren,
Bancosofas mit Satteltischen und Plüschsessel 85, Salon-Schrank,
Kleiderschrank mit Spiegeltüren, Herrenschreibtische, Garbrosch-
schänke, Bücherschränke etc. Eventuell Einrichtungen gegen Teilzah-
lungen unter konstanten Bedingungen. Beantragen geringe Anzahlung.
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden sauber
transportiert, auch nach außerhalb. [8742]

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

(Südost.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Parteigenosse, der Redner
Gustav John
am 11. d. M. verstorben ist. Die Be-
erdigung findet am Donnerstag, den
14. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, vom
Trauerhause Waldemarstr. 10 aus
nach dem Thomas-Richtof statt. Um
zahlreiche Beteiligung erlucht.
Der Vorstand.
Donnerstag, 14. d. M., abends 7 1/2 Uhr:

Herren-Vortrag

im „Härsienhof“, Köpenickerstr. 137,
unter Saal.
Thema: „Auffklärung über sogenann-
te geheime Leiden und ihre traurigen
Folgen durch falsche Behandlung.“
Referent: H. Müller, Reinickendorfer.
Kuhlfeldtstr. 17.
Eintritt frei. 185

Genossenschafts- Buchdruckerei

in Zolingen.
(Eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftung.)
General-Versammlung
am Sonntag, den 31. März,
nachmittags 6 Uhr,
im Hofe des Herrn Karl Ern.
Solingen, Kaiserstraße.
Tagesordnung: 1. Erklärung
über die am 28. März 1900 durchgeführte
Revision für 1899 und 1900. 2. Geschäfts-
bericht und Vorlage der Bilanz pro
1900. 3. Beschlussempfehlung über Ver-
wendung des Ueberschusses. [98/19]
Der Ausschichtsrat.

Achtung! Achtung! Görbersdorfer!

Ehemalige Patienten der Dr. Weikert'schen
Heilanstalt werden höflich erlucht,
sich zu einer Morgenbesprechung am
Sonntag, den 17. März cr., vorm.
10 Uhr, bei H. S. G. Grenadier-
straße 33, einzufinden. 285/4

Ein neues großes Warenhaus.

Am Ende der Großen Frankfurter-, Andross- und Blumenstraße hat
die Firma A. Jandorf u. Co. ein **drittes Geschäftshaus** errichtet
lassen, das dem sonst an monumental Gebäuden wenig bedachten Osten
zur Freude gereichen wird. In diesem Bauprojekt sind alle Errungenschaften
der Kunst in technischer und hygienischer Hinsicht zur Anwendung ge-
kommen. Die Fassade ist an allen drei Straßen als Weiterbau mit impos-
santen Schaufenstern bis zur vierten Etage hinauf gebildet. In dem prunk-
voll ausgestatteten Innern ist ein Lichtspiel angelegt, in welchem sich die
Bühnen für das laufende Publikum befinden. Alle nur erdenklichen Ein-
richtungen, welche zur Bequemlichkeit und zur schnelleren Abfertigung des
Publikums dienen, haben in diesem kolossalen Bau Anwendung gefunden.
Ein automatisches heiß und dunkel werdendes Stirnband soll dem Osten
eine neue, eigenartige Abwechslung in den Beleuchtungseffekten bieten. Das
Gebäude selbst ist nach den neuesten Bestimmungen der Baupolizei in jeder
Hinsicht feuerfester hergestellt und mit eigener Kraftanlage für elektrische
Beleuchtung und zentrale Heizung versehen. Elegante Parkettböden führen
das Publikum bis in die vierte Etage, in welcher sich das photographische
Atelier befindet, das bezüglich seiner Einrichtung ein Muster vorliehen soll.
Es ist hierbei auf einen regen Verkehr Bedacht genommen, da die künstlerisch
ausgeführten Bilder der Firma bereits in den weitesten Kreisen rühmlich
bekannt sind.

Eugen Joachims Möbelfabrik

Neue Königstraße 59, nahe Alexanderplatz.
Großer Möbelpelzer. Spezialgeschäft für kleine und mittlere Woh-
nungs-Einrichtungen. Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen
geboten. Beantragen mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu
empfehlen ist der große Vorrat vorliegender gewisserer und gebrauchter
Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute,
welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich,
ohne jeden Kaufzwang mein vollständiges Lager vor Einkauf zu besichtigen.
Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere
Masseneinkäufe und Erspargung der teuren Löhne etc. bin ich im Stande,
hässliche und geschmacklose Wohnungs-Einrichtungen für 150 bis
10 000 M. zu liefern. Kommode 17, Nachtschreibtisch, Divan mit Sitz-
auszug 36, Spiegel 6, Tischstühle 30, Bettstelle mit Matratze 21,
Stühle 3, alle Arten Kuchentische, Kuchentisch und Mahagoni-fournierte
Kleiderstühle, Vertikow 36 M., Tischstühle 30, Sprungfeder-
matratze 38, elegante Schränkchen 45, Bücherschränke, Salon-
garnituren 105, Buffet aller Art, seitliche Garnituren, sehr wenig ge-
braucht, spottbillig. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Gekaufte
Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. [9412]

Berufs-Bekleidung

— aller Arten. —
D. Wurzel & Co.,
5140*) Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

M. Cohns Festsäle, Beuthstrasse 20.

Der 2. Osterfesttag (Montag, der 8. April) ist frei geworden
und unter sehr günstigen Bedingungen an Vereine zu vergeben. 9239*

Möbelstoffe!

alle Qualitäten sehr billig!
auch Reste Gelegenheitsverkauf:
Mocquett-Plüsch 5,35 M.
per Meter (130 Centimeter breit).
Muster bei näher. Angabe franco.
Berlin S.,
Emil Lefevre, Oranienstr. 158.

Album- u. Lederwarenfabrik

Oskar Gundau,
30. Oranienstrasse 30,
Ecke Adalbertstrasse.

Fahrräder- Leihhaus!

Verfallene Räder, neu
und alt in grosser Auswahl
spottbillig. [827L*]
Nur erstklassige deutsche
Marken.

Leihhaus

Neue Schönhauserstr. 11.
Künstliche Zähne. Garantiert
schmerzlos.
Zahn- u. Wurzel-
Operationen,
Pflöcken etc.
Zähne Ia von
3,00 an. Prima
Blumen v. 2,00
an. Ganzj. Garantie.
Bequeme Zahlungsbedingungen.
Bruno Steffens, Reanderstr. 21 (Wittenf.).

Freie Volksbühne.

7. Abteilung: Sonntag, 17. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im
Carl Weiss-Theater:
Meister Oelze.
3. Abteilung im Lessing-Theater, nachm. 2 1/2 Uhr:
La Robe rouge (Die Rächerin).
Drama in vier Akten von Eugène Brieux.
Deutsch von Dr. A. Berthold.
Achtung! **Märzfest** Achtung!
Sonnabend, 16. März, abends 8 Uhr, Brauerei Friedrichshain.
Festrede: Herr Wilhelm Bölsche: „Der moderne
Mensch in der Kunst.“
Gesang: Fr. Brackenhauer und Herr Gustav Waschow
(Theater des Westens); Fr. Bratsky und Herr Koppel von
Wolfgang Buntem Theater.
Konzert: Gebrüder Borisch (Violin- und Cello-Virtuosen),
Herr Pianist Konzertmeister Georg Vollerthun, Theater des
Westens.
Recitation: Herr Eduard von Winterstein vom Deutschen
Theater.
Festmarken a 50 Pf. in allen Zahlstellen.
Da nur eine beschränkte Anzahl zur Ausgabe gelangt,
empfeilt sich rechtzeitige Abnahme.
II. Oper (blaue Marken): **Sonntag, 24. März,** im
Theater des Westens, 2 1/2 Uhr (Anfang der Vorlesung 2 Uhr):
Der Barbier von Sevilla.
III. Oper (gelbe Marken) **28. April.**
Der Vorstand: I. A.: G. Winkler.
229/1

J. Scholz' Festsäle u. Garten,

Gr. Frankfurterstrasse 74. [9029*]
empfeilt seinen großen Saal mit Theaterbühne und Garten zu Sommer-
festlichkeiten an Vereine. Verschiedene Sonnabende noch frei. Ein
großes Vereinszimmer mit Pianino. Jeden Sonntag grosser Ball.
Anf. 4 Uhr. Montag, Dienstag und Donnerstag: Grosser Ball. Anf. 8 Uhr.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,** 9733*
empfeilt Einrichtungen von 250 bis 10 000 M.
Einerkannt geübene Arbeit, billige Preise, constanteste Zahlungsbedingungen.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort voll. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Milchhändler, Achtung! Zur Ein-
richtung von Milchgeschäften empfehle
alle nötigen Gegenstände zu billigen
Preisen. Hermann Jordan, Kleine
Kuhlfeldtstr. 28. [495K*]
Schulhaus, Kleiderplätt,
Wäsche verkauft, Strohm., Holzmarkt-
str. 12. [29999]
Gardinenhaus Große Frankfurter-
str. 9, parterre. [441*]
Vorjährige elegante Herrenanzüge
und Sommerpaletots aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag. Verkaufhaus
Germania, Unter den Linden 21 II.
Gefen, Arbeitsstolen, Sonntag-
stolen, gut gemacht, sehr preiswert in
der Polsterfabrik Zuralfstraße 85.
Kleiderstoffe, reizmollene und
selbsterwärmende billig in Kontur-
massen-Kauf, Ringstraße 7.
Damenhüten mit höchster Hand-
arbeit, wenig angefangen, 1,30.
Donig, Wäsche, Alexander-
str. 30, I. Vorderhaus. [545K*]
Gardinen, auch Reste, sehr billig,
im Special-Geschäft von Bruno
Schäfer, Grüner Weg 80, parterre,
Sein Laden. [508K*]
Betten, Steppdecken, spottbillig,
Veitshaus-Reanderstraße 6. [55/10*]
Nemontubren, Regulatorien,
Sperngläser, spottbillig, Veitshaus-
Reanderstraße 6. [55/10*]
Tepiche, Gardinen, spottbillig,
Veitshaus-Reanderstraße 6. [55/10*]
Möbel auf Teilzahlung Bringen
straße 62. [52/12*]
Lautenbau! Gebrauchte und neue
Lauten, Saiten, Kantholz, Bretter,
Zähnen, Fenster, Dachpappe, Teer,
billig, Köstlicher Damm 22. [99065*]
Tepiche mit Farbenflecken,
Fabrikatverlage Große Frankfurter-
str. 9, parterre. [441*]
Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft,
billig verkauft. Johannisstraße 38 I.
rechts. [5338*]

Ringschiff, Hobbin, Adler, Schnell-
nähler ohne Anzahlung, Woche 1,00,
Lieferung sofort. Postkarte. Louis
Landsberger, Landsbergerstraße 35,
Reis Baden. Verkaufsstelle für Norden
Brennemann, Kaiserstraße 189. [5*]
Margarine- u. Buttergeschäft Um-
stände halber sofort veräußert, billige
Riete. Schlemmerstraße 22. [55]
Destillation verkauft Witwe
Gampig, Ködelerstraße 20. [35]
Kinderwagen, Matrizen, Rissen,
11 Mark, Döllnerstraße 38, Quer-
gebäude III rechts. [765]
Vermischte Anzeigen.
Augustabad, Köpenickerstraße 60,
Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-
stätten. [4718*]
Wer Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge mit Futterläden 15, mit Stoff
30 Mark. Wagner, Schneidermeister,
Frankfurterstraße 59, III. Wirt
Ramen beachten! [3100b]
Damenkleider reinigen, färben,
Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an.
Rottmisch-Färberei, Andross-
straße 78 parterre, Ostendstraße 18.
Kunststofferei von Frau Rosofsky,
Estermeyersstraße 48.
Buchbinder-Arbeit jeder Art
fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülow-
straße 66, 2. Hof parterre. [2387b]
Saal und Besetzungsmittel
Jannasch, Inselstraße 10. [2065*]
Bereinszimmer. Solauer, Man-
tenenstraße 25. [2701b]
Bereinszimmer Simeonsstraße 23
Hof. [444K*]
Bäder, alleinstehender, wird ge-
sucht als Teilhaber einer Brotdielei.
Offerten S. S. Schulz, Blumen-
straße 14. [712]
Die gegen die Ehefrau des Böttcher-
meisters Oskar Ringhoff ausgespro-
chenen Verleumdungen nehme ich als
unwahre zurück und erkläre dieselbe
als ehedare Frau. Ferdinand Ved,
Koppenstraße 95. [196]

Wer leih einen anständigen
Familie 100 Mark, Sicherheit gute
Wirtschaft, auf Zinsen? Offerten
unter W. G. an die Parteipostition,
Falkenstraße 35. [730]
Pumpe, gebraucht, für Feld zu
kaufen gesucht. Wunderlich, Post-
straße 53. [765]
Vermietungen.
Leere Stube nach vorn heraus, in
der Nähe der Androssstraße, für April
geleht. Offerten an Wenzel, Große
Frankfurterstraße 133. [742]
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle für zwei
Herren (resp. sofort) Buchstraße 51,
Hof III, Hof. [58]
Arbeitsmarkt.
Stellungsangebote.
Glaskleber auf Schwarzglas,
ober solcher, der sich darauf einrichten
will, sofort gesucht. Gebrüder Rudolph,
Thierstraße 5. [3115b*]
Tüchtigen Farbmacher verlangt
Wrangestraße 12. [3102b*]
Farbmacher verlangt
Kuhlfeldtstraße 14a, I. [3115b*]
Tapezierer-Verlag verlangt
Roritz-Gläser, Rummelsburg, Weiche-
straße 19. [2847b*]
Tüchtige Facettensteifer sofort
u. Tüchtiger An der Stadtstraße 41.
Reisende, auch Damen, verlangt,
höchste Provision, Gedrängte, Haus-
artikel, Dietrich, Dinstenstraße 142. [56/18*]
Kleidermacher an der Eisenbahn-
Schneiderei bei hohem Lohn sofort
verlangt. Wilhelm Boehme, Reichen-
bergerstraße 158. [156]

Kommunales.

Von den finanziellen Ergebnissen der Berliner Arbeiter-Krankenversicherung.

Die der Aufsicht der städtischen Gewerbe-Deputation bezw. des Magistratskommissars unterliegenden Krankenkassen hatten im Durchschnitt des Jahres 1899 (in Klammern die Zahlen für 1898) zusammen 322 922 (305 493) männliche, 140 860 (132 004) weibliche, überhaupt 463 782 (437 487) Mitglieder, und zwar die 58 (56) Orts-Krankenkassen 244 881 (233 879) männliche, 126 184 (120 631) weibliche, die 38 (32) Betriebs-Krankenkassen 54 938 (50 811) männliche, 7877 (8397) weibliche, die 19 (19) Innungs-Krankenkassen 22 253 (21 285) männliche, 6205 (5750) weibliche, die Gemeinde-Krankenversicherung 852 (8) männliche, 534 (36) weibliche. Die große Steigerung bei der Gemeinde-Krankenversicherung ist darauf zurückzuführen, daß die Krankenversicherung auf die im städtischen Dienst und in städtischen Betrieben beschäftigten Personen ausgedehnt worden ist. Diese Personen sind zunächst bei der Gemeinde-Krankenversicherung angemeldet worden. — Eingekommen wurden von allen Krankenkassen zusammen 11 120 830 M. (10 868 981 M.) Beiträge und 1 955 036 M. (1 911 149 M.) Eintrittsgelder, d. h. pro Mitglied 23,98 M. (23,70 M.) bzw. 0,42 M. (0,44 M.). Die gesamten Einnahmen betragen 14 132 328 M. (13 278 458 M.), doch sind hierzu auch die durchlaufenden Posten enthalten. Ausgegeben wurden für ärztliche Behandlung 1 835 195 M. (1 223 739 M.), für Arznei und sonstige Heilmittel 1 749 575 M. (1 621 794 M.), Krankengelder 5 069 486 M. (4 380 622 M.), Angehörigen-Unterstützung 144 826 M. (129 540 M.), Wöchnerinnen-Unterstützung 150 321 M. (148 965 M.), Sterbegelder 329 720 M. (274 064 M.), für Verpflegung in Krankenhäusern 1 559 768 M. (1 428 090 M.). Die persönlichen Verwaltungskosten betragen 613 713 M. (551 834 M.), die sächlichen 193 076 M. (178 138 M.), die gesamten Ausgaben einschließlich durchlaufender Posten 13 533 027 M. (12 711 782 M.). Die Berechnung der Ausgaben pro Mitglied ergibt fast überall eine Erhöhung, die bedeutendste beim Krankengeld. Pro Mitglied wurden ausgegeben für ärztliche Behandlung 2,88 M. (2,80 M.), für Arznei usw. 3,77 M. (3,48 M.), Krankengeld 10,93 M. (10,01 M.), Angehörigen-Unterstützung 0,31 M. (0,30 M.), Wöchnerinnen-Unterstützung 0,32 M. (0,34 M.), Sterbegeld 0,71 M. (0,63 M.), für Krankenhaus-Verpflegung 3,36 M. (3,27 M.), an persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten 1,32 M. (1,28 M.) und 0,42 M. (0,41 M.). Das Vermögen der Kassen betrug Ende 1899 (bzw. 1898) 9 563 181 M. (9 443 505 M.). Die Vermögenssteigerung belief sich 1899 nur auf 119 678 M., während das Vorjahr eine Steigerung um 1 023 492 M. gebracht hatte. Die Reservefonds betragen 8 602 323 M. (8 666 945 M.). Hier ist ein Rückgang um 4617 M. eingetreten, der teils durch den Kurserfolg der von den Kassen zur Kapitalanlage benutzten Staats- und sonstigen mündelsichernden Papiere herbeigeführt worden ist, zum Teil aber auch dadurch, daß, wie oben ersichtlich, die Ausgaben der Kassen erheblich gestiegen sind. Infolge dieser Mehrausgaben haben nicht nur die Mittel der Reservefonds im allgemeinen nicht in dem wünschenswerten Umfange gemacht werden können, sondern viele Kassen sind sogar gezwungen gewesen, zur Deckung der laufenden Ausgaben ihre Reservebestände anzugreifen. Die Erhöhung der Ausgaben ist in erster Linie zu erklären aus der im Jahre 1899 eingetretenen beträchtlichen Zunahme der Erkrankungen und Sterbefälle, wovon wir bereits in Nr. 247 vom 23. Oktober v. J. berichtet haben.

Der Staatsauschuss der Stadtverordneten-Versammlung erledigte in seiner gestern abgehaltenen Sitzung ohne wesentliche Debatte und ohne Änderungen die Etat für Waisspflege, Unterbringung verwahrloster Kinder, Arbeitshaus, Obdach, Gefälle der Magistratsmitglieder und Verwaltung der Bureaugebäude. Im Etat der Park- und Gartenverwaltung wurden die als erste Rate zur Regulierung der Strafe unter den Linden verlangten 35 000 M. gestrichen, weil die Erhebung der Angelegenheit in diesem Jahre nicht mehr zu erwarten sei. In längerer Debatte gab die vom Genossen Dr. Freudenberg aus neue angeregte Frage der **Unentgeltlichkeit der Desinfektion** Anlaß, die im öffentlichen Interesse dringend notwendig sei. Der Magistrat und auch die Majorität des Staatsauschusses erklärten sich aus den bekannten Gründen gegen die angeregte Reform. Dr. Freudenberg verlangte auch eine regelmäßige Desinfizierung der Kranken-Transportwagen, die jetzt aus Mangel an genügender Kontrolle in sehr vielen Fällen unterbleibt. Der Redner bemängelte dann noch die Gehaltsfrage der Desinfektoren und die nicht angemessene Behandlung der Angestellten durch den Anstaltsleiter. Wenn Etat der **Heimstätten** wies Dr. Freudenberg nach, daß die vorhandenen Anstalten dem Bedürfnis in keiner Weise genügen und daher die Wartezeit der Patienten viel zu lange wäre. Für die Kosten der **öffentlichen Impfung** werden 28 000 M. gefordert. Dr. Freudenberg regt an, ob nicht die Zahl derjenigen Kinder, die zu einem bestimmten Termin zur Impfung bestellt werden, verringert werden könnte. Bei der auch heute noch großen Zahl der Impfgegner habe die Verwaltung die Verpflichtung, für möglichst vollständige Impfung zu sorgen. Auch hier war sowohl der Magistrat wie auch die Mehrheit des Ausschusses der Meinung, daß schon jetzt alles auf beste eingerichtet und eine Verbesserung überhaupt nicht mehr möglich sei. Im **Spezialetat für Geschäftsbekanntmachung** ist die Mitteilung enthalten, daß eine Umgestaltung des städtischen **Bibliothekswesens** angebahnt werde. Auf Anfrage des Genossen Dr. v. Arnim erwiderte der Magistrat, daß eine entsprechende Vorlage in aller kürzester Zeit an die Stadtverordneten-Versammlung gelangen werde. Für die kommunale Unfallversicherung werden 1000 M. verlangt. Dr. v. Arnim erbat bei dieser Position den Magistrat, die im Dienste der Stadt verunglückten Arbeiter nicht nur mit der Rente abzufinden, sondern sie, soweit sie noch erwerbsfähig seien, auch weiter zu beschäftigen, wie dies jeder anständige Unternehmer tue. Auf eine Anfrage teilte der Magistrat mit, daß über die Säuglingssterblichkeit das statistische Material zusammengestellt werde, damit es der Stadtverordneten-Versammlung unterbreitet werden können.

Lokales.

Die Vorschulfrage

ist durch die von unserem Genossen Dr. v. Arnim im Staatsauschuss der Stadtverordneten-Versammlung gegebene Anregung von neuem Gegenstand der öffentlichen Erörterung geworden. Ueber den Wert der Vorschulen gehen die Ansichten der Pädagogen auseinander. Die Vertreter der höheren Lehranstalten erklären sie vielfach immer noch für unentbehrlich, aber eigentlich nur mit der Begründung, daß die Vorschulen die Kinder namentlich für den fremdsprachlichen Unterricht zweckentsprechender vorbereiten als die Volksschule. Die Volksschullehrer hassen die Vorschulen, weil sie in ihnen ein starkes Hindernis jeglicher Verbesserung der Volksschule erblicken. Es kann in der That keinem Zweifel unterliegen, daß die Volksschule sehr bald ein Gegenstand lebhafter Fürsorge der bürgerlichen Klasse werden müßte, wenn sie die gemeinsame Elementarschule für alle Schichten der Bevölkerung würde. Darüber sind sich alle Volksschullehrer einig. Die bürgerlichen Kreise

würden eine Verbesserung nicht nur der äußeren Einrichtungen der Volksschule, sondern auch ihrer inneren Gestaltung z. B. des Lehrplans fordern, wenn auch sie ihre Kinder in ungefinden und dabei überfüllten Räumen unterrichten lassen müßten, auch sie ihren Kindern das Gedächtnis mit einem Uebermaß von Religion belasten lassen müßten, wie das heute in den Volksschulen geschieht. Der heutige Zustand der Volksschulwesen läßt es selbst manchem von denen, die im Prinzip die Volksschule als gemeinsame Vorstufe aller Bildungsinstitutionen wünschen, recht wenig rathsam erscheinen, für ihre Kinder die Volksschule in diesem Sinne zu benutzen. Und auch durch den Umstand, daß die in der Volksschule vorgebildeten Kinder nicht einfach wie die Vorkünder in die höheren Lehranstalten verlegt werden können, sondern sich zuvor noch einer Prüfung unterziehen müssen, wird die Volksschule manchem ihrer Freunde verleidet.

Die Veseitigung der Vorschulen wäre ein Schritt zur Erreichung der gemeinsamen Elementarschule für die Volksschulen, aber sie wäre — das dürfen wir uns nicht verhehlen — eben doch nur ein Schritt. Der zweite Schritt, der dazu notwendig ist, ist der, daß die Volksschule dann auch wirklich von allen Kindern als Elementarschule benutzt werden müßte. Denn ein Teil der bürgerlichen Kreise, und vielleicht kein kleiner, würde nach Aufhebung der Vorschulen zunächst noch den Versuch machen, ihre Kinder vor dem entsetzlichen Los der Vererbung mit den Kindern des Proletariats dadurch zu bewahren, daß sie sie in Privat-Elementarschulen vordrücken lassen.

Die Lösung der Vorschulfrage ist natürlich Sache der Staatsregierung, aber auch die Gemeinden können dazu beitragen. Sie können darauf hindrängen, indem sie an den städtischen Anstalten die Vorschulen schon jetzt beseitigen. In Berlin liegen die Dinge gegenwärtig so, daß auf die 25 hier bestehenden höheren Lehranstalten (4 staatliche und 11 städtische Gymnasien, 1 staatliches und 7 städtische Realgymnasien, 2 städtische Ober-Realgymnasien, wobei jedoch das Joachimsthalsche Gymnasium auf Wilhelmsdorfer Gebiet nicht mitgezählt sind) 22 Vorschulen kommen (4 königliche, 18 städtische). Ohne Vorschule sind 2 städtische Anstalten, das Gymnasium zum grauen Kloster und die Friedrich-Werderische Ober-Realgymnastie; das staatliche Realgymnasium und das staatliche Friedrich-Wilhelms-Gymnasium haben eine gemeinsame Vorschule. Wenn die Stadt mit der Veseitigung der Vorschulen vorantreite, würden die staatlichen Anstalten bald nachfolgen müssen, da sie sich anders des Aufstufens, der dann auf die paar staatlichen Vorschulen erfolgen würde, nicht erwehren könnten. Damit würde wenigstens Berlin gänzlich frei von öffentlichen Vorschulen. Das wäre, wie gesagt, nur ein erster Schritt, aber selbst dieser bescheidene Anfang würde, so weit Berlin in Frage kommt, bereits von einigem Nutzen sein. Die Wirkungen würden sehr bald darin zu spüren sein, daß das freisinnige Bürgerthum und die freisinnige Berliner Kommunalverwaltung dem Gemeindefiskus wegen der Reichshauptstadt mehr Beachtung schenken und größere Fürsorge zu teil werden ließen, als das bisher geschehen ist.

Ein sehr schlechtes Verständnis für die Stellung der Arbeiterschaft zur Kirche scheint man in der Landes-Versicherungsanstalt Berlin zu haben. Von magistratsmäßiger Seite liegt uns folgender Bericht vor: Im Ausschuss der Landes-Versicherungsanstalt fanden am Mittwoch Verhandlungen statt, die für beide Kreise von großem Interesse sind. Der Heilstättenbau, den die Landes-Versicherungsanstalt in Westlich ausführt, geht seiner Vollendung entgegen. Der Vorstand hatte deshalb dem Ausschuss eine Vorlage unterbreitet, die die Veseitigung des gottesdienstlichen Bedürfnisses der Genesenden usw. zum Gegenstand hatte. Für den evangelischen und katholischen Gottesdienst sollte ein gemeinschaftliches Gotteshaus errichtet werden, während für die nur geringe Zahl der jüdischen Pfinglinge ein besonderer Raum im Verwaltungsgebäude bereit gestellt werden sollte. Die Errichtung eines besonderen Gotteshauses fand bei den Vertretern der Arbeiterschaft lebhafteste Opposition. Der Vorsitzende des Vorstandes Direktor Dr. Freund begründete eingehend die Vorlage; er wies darauf hin, wie er selbst auf einem religiös durchaus liberalen Standpunkt stünde, wie aber gerade diese liberale Gesinnung ihn zu jener eckten und wahren Toleranz führe, die jeden nach seiner Religion teilig werden lasse. Die Bedürfnisfrage, auf die es allein hier ankomme, sei unbedingt zu bejahen. Es handle sich um zum meist schwerkranken Pfinglinge, die in religiösen Fragen vielfach anders dächten, als in den gesunden Tagen. Auch kommen in Betracht die weiblichen Pfinglinge und das mehr als hundertköpfige Personal. Wenn andere Anstalten sich zumeist mit der Abhaltung des Gottesdienstes im Speisesaal begnügten, so sei dies aus Mangel an Platz und aus Sparamkeitsgründen zurückzuführen. Wenn aber die Landesversicherungsanstalt Berlin diese Millionen für eine Heilstätte ausgeben, so müsse sie auch 50 000 M. für ein Gotteshaus übrig haben. Dr. Freund warnte schließlich die Vertreter der Arbeiterschaft eindringlich davor, Parteipolitik zu treiben. Der Vorsitzende des Ausschusses, Generaldirektor Kommerzienrat Richard Ködike schloß sich durchaus diesen Ausführungen an und trat auch seinerseits aufs Wärmste für die Vorlage ein, während die Arbeiter auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharrten und schließlich auf eine Proklamation des Dr. Freund erklärten: „Wir wollen eben keine Kirchen bauen.“ Bei der Abstimmung waren die Arbeitgeber geschlossen dafür, die Arbeiter geschlossen dagegen. Damit war die Vorlage mit Stimmgleichheit durch die ausschlaggebende Stimme des Vorsitzenden A. Ködike angenommen. Seit Bestehen der Anstalt ist dies der erste Fall, daß sich bei der Abstimmung Arbeitgeber und Arbeiter geschlossen gegenüberstanden.

Den höchsten Ansichten über die Notwendigkeit socieierter Kirchenbauerei mag das Abstimmungsresultat Rechnung tragen; keineswegs harmonisiert es aber mit dem Fühlen und Denken der erdrückenden Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft. Denn diese meint es mit dem Grundsatz, daß Religion Privatfache sein soll, ethisch und verwirrt daher konsequent die Verwendung öffentlicher Mittel zur Befriedigung der — in diesem Fall offenbar kaum vorhandenen — religiösen Bedürfnisse. Das Vertrauen zu den öffentlichen sozialen Einrichtungen ist durch den unter solchen Umständen herbeigeführten Kirchenbau-Ergebnis unter der Arbeiterschaft wohl kaum gefördert worden.

Vom Rückgang der Sterblichkeit in Berlin. Die Berliner Sterbeziffern sind, in gleicher Weise wie die Geburtenziffern, in dem neuesten Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin“ für die 100 Jahre von 1799 bis 1898 zusammengestellt. Eine Sterbeziffer von geradezu entsetzlicher Höhe hatten die Jahre 1800—1809. In diesen vier Jahren starben 45,5, 45,0, 51,1, 46,4 pro 1000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung. Später blieb die Sterbeziffer fast stets unter 40 pro 1000 und oft unter 30 pro 1000. Ueber 40 ging sie nur noch in den Epidemiejahren 1866 und 1871 hinaus (41,92 und 40,44). Aber 30 zum letztenmal im Jahre 1883 (30,27). Im Jahre 1898 wies das Verhältnis der Gestorbenen zur Gesamtbevölkerung mit nur 18,25 pro 1000 den niedrigsten Stand auf, der bis dahin beobachtet worden ist. Daß die Sterbeziffer besonders in den letzten Jahrzehnten sehr bedeutend gesunken, zeigen recht anschaulich die folgenden Zahlen. In den drei 10jährigen Perioden 1869—78, 1879—88, 1889—98 war die durchschnittliche

Sterbeziffer 32,08, 27,21, 21,00 pro 1000. Es muß indes immer wieder betont werden, daß es sich hierbei doch nur zu einem Teil um eine wirkliche Verminderung der Sterblichkeit handelt. Der Rückgang, der in obigen Zahlen hervortritt, ist zum andren Teil zu erklären aus der allmählichen Aenderung der Zusammensetzung der Berliner Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in Verbindung mit der seit langem beobachteten Abnahme der Geburten in Berlin. Die in der üblichen Weise durch bloße Vergleichung der Sterbefälle mit der Gesamtbevölkerung gewonnene Sterbeziffer giebt ja überhaupt nur ein mangelhaftes Bild der wirklichen Sterblichkeitsverhältnisse, namentlich für Großstädte.

Ueber den Schurfenreich eines Berliner Mannes bringt die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Verichterstattung: Bei der Baudeputation des Berliner Magistrats besteht die Geflogenheit, daß die sogenannten Magistratsmänner mit Pensionsberechtigung und einem Monatsgehalt von anfänglich 140 M., das auch während der beschäftigungslosen Zeit weitergezahlt wird, angestellt werden, sobald sie zehn Jahre lang im Wochendienst zur Zufriedenheit gearbeitet haben. Diese günstige Aussicht stand auch dem Mann E. zum nächsten 1. April bevor, doch ist es kurz vor der Erreichung des jahrelang erstrebten Ziels durch die niedrige Gesinnung eines Arbeitskollegen, eines echten „Genossen“, anders gekommen. E. hatte diesem auf seine Bitten bei der städtischen Bauverwaltung Arbeit verschafft, wurde aber nun fortwährend bestimmt, mit ihm socialdemokratische Versammlungen zu besuchen. Er lehnte wiederholt ab, ging schließlich doch auf den Reim und wurde zu seiner größten Ueberzeugung schon am folgenden Morgen amtlich verwarnt. Ein paar Monate blieb E. standhaft, dann ging er eines Abends auf Zureden des Kollegen wieder zur socialdemokratischen Versammlung und war am Wochenende entlassen. Der würdige Genosse und Verführer hatte den E., um sich in dessen Stellung zu drängen, bei der Verwaltung „verpiffen“! Er selbst war natürlich den Versammlungen ferngeblieben.

Wenn die Nachricht stimmt, so läge allerdings ein Schurfenreich vor, dem in seiner Gemeinheit etwa nur der im Agrarierblatt geübte Versuch, den Glenden der Socialdemokratie anzuhängen, gleich käme. Aber vorab glauben wir, daß die ganze Geschichte nichts als eine Ente ist, da der Magistrat von Berlin wenigstens seinen eignen Versicherungen nach dem Grundsatz handeln will, daß die politische Gesinnung oder die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft niemals einen Anlaß bieten soll, in städtischen Diensten stehende Arbeiter zu maßregeln. Müßten doch die kommunalen Betriebe stillstehen, wenn die Stadt auf den verrückten Gedanken käme, seine Socialdemokraten zu beschäftigen!

Es geht abwärts! Die Geschäftsstodung, die im vorigen Jahre für zahlreiche Industriezweige eingetreten ist, hat auch für die Handelsangestellten den Arbeitsmarkt sehr ungünstig beeinflusst, da die in vielen Geschäften notwendig gewordenen Betriebs-einschränkungen natürlich eine Personalverringering zur Folge gehabt haben. Die Stellennachweise der kaufmännischen Vereine haben bereits jetzt über eine beträchtliche Zunahme der Zahl der Bewerber und eine gleichzeitige Abnahme der Zahl der offenen Stellen zu berichten. So wurden bei dem Verbund deutscher Handlungsgehilfen im Jahre 1900 nur 13 818 offene Stellen gemeldet, gegenüber 14 344 Meldungen im Jahre 1899. Dagegen wandten sich im Jahre 1900 14 215 Stellungsuchende an den Nachweis, 1899 nur 13 223. Vermittlungen kamen 1900 nur 4192 mal zu stande, während 1899 noch 4373 Vermittlungen ausgeführt worden waren.

Gewerkschaftskartell und Volkzeit. Daß nach der Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts das Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgebung als ein Verein nicht anzusehen ist, daher Statuten nicht einzureichen braucht usw., haben wir in unserm Bericht über eine Verhandlung des Ober-Verwaltungsgerichts in der Nummer 38 vom 14. Februar d. J. erwähnt. Der Zimmerer Th. Fischer erhielt eine polizeiliche Verfügung, durch welche ihm aufgeben wurde, gemäß § 2 des Vereinsgesetzes die Statuten des Kartells sowie ein Mitgliedsverzeichnis einzureichen. Fischer sagte sich dieser Aufforderung nicht, betrat vielmehr durch seinen Rechtsbeistand, den Rechtsanwalt Dr. Heimeann, den Rechtsweg. Das Ober-Verwaltungsgericht hat zu Gunsten Fischers entschieden. Die Gründe des Urteils, welche jetzt vorliegen, sind von großer principieller Bedeutung, weshalb wir einiges daraus mitteilen. Das Ober-Verwaltungsgericht sagt:

Zu einem Verein im Sinne des Vereinsgesetzes gehört eine Anzahl physischer Personen als Vereinsmitglieder. Das Vereinsgesetz bezweckt die Verhütung eines Mißbrauchs des allen Preußen, also physischen Personen gewöhnlichsten Versammlungs- und Vereinigungsbegriffs. Somit bleibt zu prüfen, ob das Gewerkschaftskartell eine Vereinigung physischer Personen angeben werden kann. In einem früheren ähnlichen Fall hat das Ober-Verwaltungsgericht bereits ausgesprochen, daß die Delegierten der einzelnen Gewerkschaften zusammen keinen Verein bilden, wenn zwischen den Abgeordneten kein rechtliches Band begründet worden ist, wenn sie vielmehr nur in rechtlichen Beziehungen zu den Gewerkschaften stehen, von denen sie abgeordnet sind, nicht unter sich. Hieran ist festzuhalten. Ohne irgend eine wechselseitige persönliche Rechtsverbindung der Delegierten unter einander läßt sich ein Verein nicht annehmen. Eine solche Verbindung also ist vorliegend nicht gegeben. Die von den einzelnen Gewerkschaften gewählten Delegierten können vielmehr in Bezug auf das Gewerkschaftskartell nur als Vertreter der Gewerkschaften angesehen werden. Daß die Delegierten in eine persönliche rechtliche Verbindung zu einander treten, erhellt in keiner Weise.

Wenn auch die Delegierten in den Kartellversammlungen erklärt haben, sie verpflichten sich, in ihren Gewerkschaften für Unterföhrung der Zähler, der ausgesparten Formblätter, der Solinger Gewerkschaften zu sorgen und ähnliches, so ist doch auf Grund dieser Vereinbarung der Delegierten über ihr Verhalten in einzelnen Beziehungen nicht schon anzunehmen, daß die Delegierten durch Uebergabe gegenseitiger Verpflichtungen einen Verein unter sich gebildet hätten. Noch weniger wie die Delegierten der einzelnen Gewerkschaften, kann man endlich die Mitglieder des Ausschusses von 5 Personen, der in einer Kartellversammlung auf ein Jahr gewählt wird und die Geschäfte des Kartells leitet, als Mitglieder des Gewerkschaftskartells betrachten, denn der Ausschuss ist ein Organ des Gewerkschaftskartells, nicht das Kartell selbst. Die Mitglieder des Ausschusses treten nur kraft des ihnen erteilten Auftrags zusammen und bilden darum auch unter sich keinen Verein. Das Gewerkschaftskartell ist daher in Uebereinstimmung mit einer Entscheidung des Kammergerichts für einen Verein nicht anzusehen und es muß deshalb das Verlangen einer Einreichung des Statuts und des Mitglieds-Verzeichnisses für ungerichtlich erklärt werden. Die Befugnis der Ortspolizei-Behörde betreffend die einzelnen Gewerkschaften werden natürlich dadurch nicht berührt. Auch bleibt der Ortspolizei-Behörde gegenüber dem Organ des Gewerkschaftskartells das allgemeine Recht der Ausnahmestellung, wenn sie eine Auskunft zur Erteilung ihrer Obliegenheiten bedarf.

Die städtischen Realschulen, gegenwärtig 12, wurden zu Beginn des laufenden Winterhalbjahrs 1900/01 von 5332 Schülern besucht. In den letzten Jahren war auch hier eine Abnahme der Schülerzahl beobachtet worden. Die Realschulen waren zu Beginn der Winterhalbjahre 1897/98, 1898/99, 1899/00 von 5293, 5250, 5188 Schülern besucht worden. Im Winter 1900/01 ist nun wieder eine Zunahme des Besuchs eingetreten, um 144 Schüler, wovon alle 49 und 43 auf die 4 bzw. 10 Realschulen (Diefelmeier bezw. August-Strabe) kommen. Die Zunahme der Gesamtzahl ist um so bemerkenswerter, da die Zahl der auswärtigen Schüler der Berliner Realschulen, die

sich zu Beginn der Winterhalbjahre 1897/98, 1898/99, 1899/00 auf 594, 400, 420 gestellt hatte, auch bis zum Winter 1900/01 weiter heruntergegangen ist, auf 394. Die auswärtigen Schüler bildeten 1897/98 über 10 Proz. aller Realschüler, gegenwärtig bilden sie nur noch knapp 7 1/2 Proz. Die meisten Auswärtigen hat übrigens immer noch die 3. Realschule (Steglitzerstraße), 92 unter überhaupt 461 Schülern dieser Anstalt; die wenigsten hat, wie bisher, die 8. Realschule (Nehringstraße), 6 unter 415 Schülern.

In der Baugewerkschule wurden im Schuljahr 1899—1900 in 16 Klassen 300 Schüler unterrichtet; von diesen besuchten die Schule im Sommer 123, im Winter 267. Dem Verufe nach waren 318 der Schüler Maurer (200 Gefellen, 118 Lehrlinge), 69 Zimmerer (52 Gefellen, 17 Lehrlinge) und 3 Steinmetze. 54 Schüler erhielten eine halbe und 11 eine ganze Preisnote. Von den Schülern hatten ihre Schulbildung erworben: an höheren Lehranstalten 137, an Realschulen und Gemeindeschulen 239, an Volksschulen 14. Der Unterricht an der Baugewerkschule wurde von dem Direktor, 37 Lehrern und einem Arzte erteilt. Von den Lehrern waren 19 Techniker, 14 Lehrer, 3 Maler und 1 Bildhauer von Beruf. Der Arzt erteilte Unterricht im Samariterdienst.

Der Sommer-Fahrplan der Eisenbahndirektion Berlin ist soeben im ersten Entwurf erschienen. Er bringt, wie wir bereits angekündigt haben, für den Stadt- und Ringbahn-Verkehr keine wesentlichen Änderungen. Lediglich die Anfangs- und Endzüge sind etwas vermehrt. Als „Südring“ wird jetzt der gesamte Verkehr Potsdamer Bahnhof—Nixdorf—Stadt—Bahnhof—Potsdamer Bahnhof in beiden Richtungen aufgeführt. Neu aufgenommen ist die Station Papestrasse. Die Nord-Südringzüge (Potsdamer—Nixdorf—Stadt—Bahnhof—Potsdamer Bahnhof) sind in den Fahrplänen des Südtrings mit aufgenommen. Nur Sonntags gefahrene Nord-Südringzüge werden besonders aufgeführt. Im Vorortverkehr ist wieder in umfassendem Maße für den Sonntags-Verkehr gesorgt. Für den Verkehr zwischen der Stadt und Potsdam ist ein besonderer Sonntagsfahrplan diesmal nicht mehr vorgesehen. Die Zahl der Züge ist von 13 auf 14 täglich vermehrt. Im übrigen sind die Tagverchiebungen im Vorortverkehr nur unbedeutende. Wesentliche Änderungen bringt nur der Fernverkehr. Der Zugszug 13 nach Budapest wird 35 Minuten später gelegt. Er verkehrt jetzt: Charlottenburg ab 7¹⁵, Friedrichstraße 8⁰⁰, Schleißer Bahnhof 8¹⁰. Fünf Minuten später als bisher verkehrt der Zugzug 11 nach Barichau, der nur einmal in der Woche, am Freitag, abgeht. Er geht von der Friedrichstraße 8¹⁵, vom Schleißer Bahnhof 9⁰⁰. Nahezu 2 Stunden später gelegt wird der Schnellzug 53 nach Posen, der bisher von Charlottenburg 1³⁰ abging. Er verkehrt jetzt: ab Charlottenburg 2¹⁵, ab Zoologischer Garten 3⁰⁰, ab Friedrichstraße 3¹⁵, ab Alexanderplatz 3³⁰, ab Schleißer Bahnhof 3⁴⁵. Auch der Personenzug 225 wird 5 Minuten später, ab Charlottenburg 2¹⁵ usw., abgefahren. Der Schnellzug 5 nach Breslau wird 19 Minuten später gelegt, damit ihn der beschleunigte Morgen Schnellzug von Hamburg noch rechtzeitig erreicht. Er geht von Charlottenburg 4¹⁵, vom Zoologischen Garten 4³⁰, von der Friedrichstraße 4⁴⁵, vom Alexanderplatz 4⁵⁵, vom Schleißer Bahnhof 5¹⁰. In der Ankunft der Fernzüge in Berlin ändert sich nichts.

Das Verhältnis zwischen der Kriminalpolizei und den Pfandleihern wird sich künftig ganz anders gestalten, als es bisher war. Die Pfandleihern können, wenn sie wollen, der Kriminalpolizei in der Bekämpfung der Verbrechen gegen das Eigentum wesentliche Dienste leisten. Seit Jahren besteht daher die Einrichtung, daß sie regelmäßig Verzeichnisse der gestohlenen Sachen erhalten, sobald die Angaben bei der Kriminalpolizei eingehen. Sie selbst sollten dadurch auch vor dem Anlauf unrechtmäßig erworbenen Gütern gewarnt werden. Viele Pfandleihern lassen aber die Verzeichnisse ganz unbeachtet und nehmen, was man ihnen anbietet, ohne die Herkunft zu prüfen, wenn nur der Pfänder ein ausreichendes Legitimationspapier vorweisen kann. Stellt sich dann später heraus, daß die Sachen gestohlen sind, so entschuldigen sie sich damit, sie hätten sie im Verzeichnis übersehen. Schäden konnten sie sich dabei bisher nicht zugehen, da der Bestohlene die Pfänder auflösen mußte, wenn er sein Eigentum wiederhaben wollte. Anders wird das nun durch das neue Bürgerliche Gesetzbuch, § 1007 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmt, das den Pfandleihern derartige Pfänder, die aus Diebstählen u. dergleichen, von der Kriminalpolizei weggenommen und ohne Entschädigung den Eigentümern zurückgegeben werden können. Ausgenommen sind die öffentlichen Verkaufsalten, in Berlin also nur das Igl. Leihamt. Diese Bestimmung soll der Hehlerei vorbeugen.

Die deutschen Boyer. „Winter“-Postkarten mit Abbildungen der Nordsee in einem Keller werden jetzt in Massen in Berlin anlässlich des Jahrestags der Nordflut vertreiben. Die ziemlich roh hergestellten Karten tragen die Aufschrift: „Gedenket des 11. März 1900. An diesem Tage fiel der Gymnasiast Winter in Nottig dem Schächtmesser zum Opfer. Wäret also auf Eure Schwister, die da ledig sind; Schühet Eure Kinder!“

Die Bahnhofsarbeiten der Untergrundbahn am Potsdamer Platz bieten, des Grundwassers wegen, erhebliche Schwierigkeiten. Da das Einrammen von Spundwänden wegen der Lage des Bahnhofs zwischen den Häusern der Köthenerstraße und der Potsdamer Bahn unmöglich ist, erfolgt die Befestigung des Grundwassers durch Auspumpen. Zwei Reihen von 30 Meter weiten Rohbrünnen sind in Abständen von etwa 10 Metern in die Tiefe gesenkt und stehen durch Abzweigungen mit Pumpen in Verbindung, welche durch Lokomobile getrieben werden. Sind die Abwässer durch die Rohre abgeleitet, geht man daran, die Einschnitte für die Tunnelwände auf beiden Seiten herzustellen. Sodann wird die Tunnelwand zunächst als einzelner Pfeiler zwischen den sogenannten Verteilungssäulen ausgeführt und später selbst zur Verstärkung der Baugrube mitverwendet. Erst nach Fertigstellung der Tunnelwände wird der Boden zwischen den beiden Wänden ausgehoben und die Tunnelsohle abgeglitten. Zum Schutz des Tunnels gegen das Eindringen des Grundwassers dienen mehrere Lagen von Asphaltholz.

Im Grunewald erschossen hat sich am Dienstagmorgen der 32 Jahre alte Bauereheherr Hermann Colberg aus der Gräfstraße, 99/70. Colberg betrieb sein Geschäft seit 18 Jahren und galt als gut gestellt. Er baute besonders in Treptow, Friedenau, Steglitz und Charlottenburg und besaß mit seinem Bruder, dem Zimmermeister Friedrich Colberg, gemeinsam das bezeichnete Haus in der Gräfstraße. Geldverluste und daraus entstandene Schwierigkeiten haben ihn in den Tod getrieben.

Auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain war gestern der 14. Grabstein, der die Aufschrift: „Ein unbekannter Mann“ trägt, mit einem großen Kranz aus Tannen- und bläulichen Tulpen in Töpfen geschmückt worden. Wer diese Aufschmückung bewirkt hat, konnte nicht ermittelt werden.

Vom Eisenbahnzuge zermalmt wurde gestern nachmittags in der Nähe der über den Steintiner Bahnhof führenden Humboldt-Hain-Bahn der 30-jährige Streckenbeamte Sens, der auf dem Steintiner Bahnhof stationiert war. Sens schritt beim Kontrolldienst die Strecke ab, als hinter ihm der um 3 Uhr 8 Min. fahrende Danziger Schnellzug von dem Steintiner Bahnhof herangebraut kam. Der Streckenbeamte trat auf das Nebengeleise, um den Zug vorbeizulassen. Da sich in unmittelbarer Nähe die Ueberführung des Stadtbahnkörpers befand, wodurch der Ausblick auf der Strecke gehemmt ist, so bemerkte Sens nicht, daß auf dem Nebengeleise der von Schwedt kommende Fernzug herannahe. Erst als die Maschine desselben wenige Meter von ihm entfernt war, erkannte der Beamte die Gefahr und suchte noch rasch die Nordbahngeleise zu erreichen. Leider zu spät. Die Lokomotive des Schwedter Personenzuges erfasste den Unglücklichen, dem durch die Räder der Kopf vom Kinn abgetrennt wurde. Die Leiche des Verstorbenen, der eine Witwe und fünf Kinder hinterläßt, mußte bis gegen 6 Uhr an der Unfallstelle liegen bleiben, bis durch die Staatsanwaltschaft der Tatbestand aufgenommen worden war.

Selbstmord verübt hat der Ratenerwirt des 2. Bataillons des Eisenbahn-Regiments Nr. 2, der 42 Jahre alte Gastwirt Viertel. Er hatte sich am 5. d. Mts. nachmittags aus der Kaserne in der General-Papestrasse entfernt. Beim Fortgehen äußerte er zu einem Bekannten, daß er beabsichtige, rüchthändige Steiner zu zahlen und sich dann erhängen wolle. Seit dieser Zeit war der Ratenerwirt verschwunden. Gestern abends bemerkte ein auf dem Terrain der Hofenwache patrouillierender Gendarm an einem Baum hängend die Leiche eines Mannes, in welchem der verschwundene Viertel erkannt wurde. Er hat den Selbstmord vermutlich in einem Anfall von Geistesgestörtheit verübt.

Ausbrüche des „Patriotismus“. Hiesige Blätter berichten: Zu Aergernis erregenden Aufsitzen kommt es, so berichtet man uns, fast täglich um die Mittagszeit in Lustgärten, wenn die Kapelle des Regiments, welches Wachen bezieht, vor dem Denkmal Friedrich Wilhelms III. konzertiert. Die neben der ausziehenden Schloßwache hermarschierende Menschenmenge, die zum großen Teil aus den bekannten zweifelhaften Elementen besteht, bildet auch das Hauptkontingent der Zuhörer bei diesen Konzerten. Anstatt nun ruhig der Militärkapelle zu lauschen, treiben jene Knudies allerlei Unsitte und stören dadurch das andre Publikum, welches den Konzerten beizuwohnt. Infolge dieses Treibens muß die Polizei fast täglich Verstärkungen vornehmen, was z. B. gestern mittag in fünf Fällen geschah. Die Aufseher wurden durch Kriminalbeamte festgenommen, die sich unter die Zuhörer gemischt hatten.

Im Polizeipräsidentium „angesagt“ wurde heute vormittag ein etwa drei Monate alter Knabe. Ein Kriminalbeamter hörte um 11 Uhr vor der Thür eines Zimmers der Abteilung V im Erdgeschoss (Eingang Portal III) ein Kindergeschrei und fand beim Nachsehen den Knaben, der in ein rotes Umhängeluch eingehüllt war, vor der Thür liegen. Der Kleine war mit einem Widelband, Bartentwinkeln und einem Bartentäschchen bekleidet. Er wurde durch einen Kriminalbeamten nach dem Waisenhaus in der Alten Jakobstraße gebracht.

Straßenverengung. Die Kleine Auguststraße wird zur Ausführung von Sanifikationsarbeiten bei dem Grundstück Nr. 5 vom 14. bis zum 16. d. Mts. für den Wagenverkehr gesperrt.

Feuerbericht. Gestern abend brach Wilowstr. 88 in einer Weinbude ein kleines Schadenfeuer aus, das die Wehr kurze Zeit beschäftigte. Ein Kellerbrand mußte Alte Jakobstr. 47 abgelöscht werden. Verächte mit Inzest, Ästen und Verbindungsmaterial hatten hier Feuer gefangen. Kurzschluß in der elektrischen Lichtleitung lag einer Alarmierung nach Weusthr. 8 zu Grunde. Kom. öffentlicher Melder Koloniestr. 42 lief eine undeutliche Meldung ein, weshalb die 1. Compagnie sämtliche öffentlichen Melder der betreffenden Linie absuhr, um den vorhandenen Fehler aufzufinden.

Die Neue freie Volkshöhle bringt am Sonntag, den 17. und 24. März im Thalia-Theater (Wologens) Tragödie „Das Pumpen-geländ“ mit dem Emanuel Reicher-Ensemble zur Aufführung.

Das Preisgericht der Deutschen Gesellschaft für Volkshäuser über den besten populären Vortrag hat sich dieser Tage unter dem Vorsitz des Herrn Geheimrat Dr. Viktor Konstantin und wird voraussichtlich seine Arbeiten im Laufe des Monats Mai beenden.

Aus den Nachbarorten.

Groß-Lichterfelde. Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, findet im Saale des Herrn Pagel, Chausseestr. 104, eine öffentliche Protest-Versammlung gegen den von seiten der hiesigen Grundbesitzer-Vereine bei der Gemeindevertretung gestellten Antrag auf Verkleinerung des Kommunal-Wahlrechts statt. Der Protest gilt dem Bestreben der Hausgärtner, Bodenbesitzer und deren Hintermänner, die wenigen Rechte der Arbeiterklasse auf kommunalem Gebiete mit Hilfe der Gemeindevertretung, die man als Vorposten benutzen zu können glaubt, noch mehr zu beschneiden.

Steglitz. Samstag findet im Lokal von Schellhase, Hornstraße 15, ein Familienabend des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Eintritt 30 Pf. Billets sind im Lokal von Schellhase und beim Genossen Südwow zu haben.

Friedrichshagen. Die nächste Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Samstagabend 9 Uhr statt. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Chinesische Weisheit.“

Erhöhung der Teltower Kreissteuer. Eine unangenehme Ueberrolung ist den Steuerzahler des Kreises Teltow bereitet worden: Laut Bekanntmachung des Vorsitzenden des Kreislandtags Landrat v. Stubenrauch wird die Kreissteuer nach dem Voranschlage für das Rechnungsjahr 1901/1902 von bisher 38 Proz. auf 40 Proz. erhöht; es werden je 40 Proz. Zuschläge zur Staatseinkommen- und füngierten Einkommensteuer sowie zur Grund- und Gebäudesteuer und zur Gewerbesteuer der Klassen I und II erhoben. Diese steuerliche Maßnahme trifft besonders diejenigen Vorortgemeinden recht empfindlich, in deren Gemeindefeuerzuschlägen die Kreissteuer schon mit enthalten ist, und die ihren Gemeindehaushalt sowie den Steuerfuß für das neue Steuerjahr bereits definitiv unter Zugrundelegung einer 35-prozentigen Kreissteuer festgesetzt haben, also nunmehr auf Deduktion des beträchtlichen Mehrs an Kreissteuer sinnen müssen. Für die Gemeinde Groß-Lichterfelde handelt es sich beispielsweise dabei um die nachträgliche Aufbringung von ca. 18000 M. Wie es heißt, ist die nachliegende Vermutung, daß die Erhöhung der Kreissteuer um ein Reunzel des bisherigen Satzes durch die Aufwendungen für den Teltow-Kanalbau notwendig geworden sein möchte, nicht zutreffend, denn diese Kosten werden aus der Anleihe bestritten; vielmehr soll man es hier mit den finanziellen Nachwirkungen des Aufschneidens der beiden großen steuerkräftigen Gemeinwesen Schöneberg und Nixdorf zu thun haben.

Lichtenberg. Der Gemeindevorstand beschloß im Einverständnis mit der Baukommission den Bau eines Armenhauses. Die Mittel hierzu will man nächstens von der Gemeindevertretung fordern. Anzuerkennen ist das Bestreben, neben etwa 20 Familienzimmern ebenso viele für Einzelpersonen zu schaffen. Neben einer Centralhalle sollen ausreichende Badegelegenheiten, sowie Desinfektionsräume errichtet werden; ebenso sind besondere Räume für Erkrankte vorgesehen. In derselben Sitzung wurde das Projekt des Schulbaus in der Kronprinzenstraße gutgeheißen und auch hier zum erstenmal auf Antrag unserer Genossen die Einrichtung von Schulbädern vorgelesen. Beide Bauten werden so gefördert, daß sie noch in diesem Jahre in Benutzung genommen werden können.

Auch mit dem Bau des Amtsgerichts-Gebäudes wird nunmehr begonnen, so daß, da auch noch einige größere Fabrik-Etablissements zum Teil im Bau, zum Teil fertig gestellt sind, von einer lebhaften Bautonpunkt an Ort zu reden ist. Leider befinden sich unter den Bauten nur sieben Mietshäuser, so daß auf eine Verringerung der Wohnungsnot kaum zu hoffen ist.

Die seit Sonntag wieder eröffnete Schifffahrt zwischen Berlin und Hamburg hat noch immer wegen des vielfach noch 12 Zoll starken Eises auf den Havelseen mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Fast vieler Mühe haben die Dampfer das Eis durchbrochen und eine schnelle Fahrtrinne hergestellt, die von den meist mit je sechs Rädhern besetzten Schlepddampfern sehr vorsichtig durchfahren werden muß, weil die glasklaren Ranten des Eises leicht Unheil anrichten können.

Von der sozialen Fürsorge im Polizeiamt. Hiesige Blätter melden: Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in Spandau sind schon verschiedentlich male bei der Stadtverwaltung um die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises eingekommen, indes jedesmal ohne Erfolg. Auch auf die letzte Petition hat der Magistrat jetzt beschlossen, von der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises Abstand zu nehmen, weil im königlichen Feuerwerkslaboratorium für alle Spandauer Militärversitäten ein staatliches Arbeitsnachweisdienst bestehe, dessen Benutzung jedermann, also auch

privaten Arbeitgebern und Arbeitern freistehe. Hierzu ist zu bemerken, daß der Arbeitsnachweis des Feuerwerkslaboratoriums für einen Teil der Arbeiter nicht in Betracht kommen kann, weil in dessen Zellen solche Personen nicht eingetragen werden, die der sozialdemokratischen Partei angehören, hierzu werden auch diejenigen Arbeiter gezählt, welche Mitglieder von Fabrikvereinen sind. Ueber die Zugehörigkeit der Arbeiter zu denartigen Vereinen giebt die Polizei auf Erfragen der Fabrikdirektionen Auskunft (3). Zu dem ablebenden Standpunkt des Magistrats werden die Stadtverordneten in ihrer nächsten Sitzung Stellung nehmen.

Schöneberg. Zum befohlenen Stadtrat wurde von der Stadtverordneten-Versammlung der bisherige Magistratsassessor Dr. Böll gewählt. — Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbevereins wurde der Stadtr. J. Fröhlich, zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden Stadtr. Ebeling gewählt.

Gerichts-Zeitung.

Schwindler, Simulant oder Geisteskranker — das war die Frage, mit der sich die erste Strafkammer des Landgerichts I gestern in einer Anklage gegen den Agenten Kuska zu beschäftigen hatte. Der Angeklagte ist angeblich von der Grogmannsstraße befallen. Er war nach etwas abenteuerlichem Leben in der Versicherungsbranche thätig gewesen und gründete plötzlich, obgleich er gänzlich mittellos war, selbständig die „Ostdeutsche Versicherungs-Bank“. Obgleich er hier nur in Schlafstube lag, hatte er die Dreifachheit, um Genehmigung zum Betriebe der Versicherungskasse bei dem Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten einzukommen. Er scheint dies aber nur gemacht zu haben, um der ganzen Sache einen gewissen behördlichen Anstrich zu geben. Er hat sich dann Prospekt drucken lassen, ebenso Briefbogen mit der Ueberschrift „Ostdeutsche Versicherungsbank“, einem großen Wappen und dem Juhls „unter Staatsausficht“. Gleichzeitig erklärt er in der „Ostdeutschen Presse“, der „Danziger Zeitung“, dem „Braunschweiger Stadtanzeiger“ u. a. Annoncen, in denen er Personen zur Uebernahme von Generalagenturen suchte. Darauf meldete sich ein Herr zur Uebernahme einer Generalagentur für die Provinz Posen und dieser erhielt von dem Angeklagten eine Zukräft mit den näheren Bedingungen und dem Hinweis auf eine zu stellende Kautions. Das Schriftstück enthielt die größten orthographischen Fehler und die Bedingungen waren so eigenartig, daß der Schwindler ohne Weiteres zu Tage trat und zu einer Anzeige bei dem Berliner Polizeipräsidenten Veranlassung gab. Der Angeklagte wurde festgenommen und es wurde festgestellt, daß in einer Provinzstadt ein Versicherungsagent, der die ganze Sache ernsthaft aufnahm, sich schon in emsiger Thätigkeit befand, um Versicherungslustige zu werben. In einem früheren Termin hatte der Angeklagte beauptet, daß er nicht recht bei Sinnen sei, er machte aber den Eindruck eines dreifachen Simulanten und der Gerichtsarzt, Privatdocent Dr. Puppe wurde beauftragt, den Angeklagten zu beobachten. Dabei ergab sich dem folgendes: Der Angeklagte ist 1898 zum Militär ausgehoben worden und in ein Trainbataillon eingetreten. Schon nach wenigen Wochen desertierte er und schrieb dann an seinen Feldwebel, „damit dieser ihm seine Sachen schicke“. Er erklärte in dem Briefe, daß er ausgerückt sei, „weil ihm die Herde zu hoch seien und er zu oft herabfalle“. Er wurde natürlich sehr bald wieder festgenommen, wegen Desertion verurteilt und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt. Bei der Abkündigung der Strafe zeigte er dann plötzlich ein sonderbares Verhalten: er setzte den Strohsack an die Thür, hielt demselben längere Reden, sprach von seiner verkauften Lunge, wollte Gelpensier sehen zc. Man hielt ihn aber zur Unzeit für einen dreifachen Simulanten und er wurde wegen Schmutzens zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der Abkündigung dieser Strafe stellte sich doch Bedenken bezüglich des Geisteszustandes heraus, der Angeklagte wurde der psychiatrischen Klinik der Universität Halle überwiesen und hier wurde festgestellt, daß er zwar stark simuliert, aber doch entschieden geisteskrank sei. Herr Dr. Puppe stellte sich auf Grund seiner eigenen Beobachtungen auf denselben Standpunkt und erklärte den § 51 des Strafgesetzbuchs auf den Angeklagten für anwendbar. Dies hatte die Folge, daß der letztere freigesprochen werden mußte.

Wegen Verleumdung der katholischen Geistlichkeit wurde der ehemalige Prediger Volkendorf vom Landgericht Naumburg zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte soll die Verleumdung nach der Angabe eines Gendarmen in einer im Juli v. J. in Leipzig bei Zeit einberufenen Versammlung begangen haben. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate beantragt.

Marktpreise von Berlin am 12. März 1901
nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidenten.

Getreide		Rindfleisch, neue D-Ggr.		Schafschmalz, höchste Qualität	
Art	Preis	Art	Preis	Art	Preis
*) Weizen, gut D-Ggr.	15.65	Rindfleisch, alte 1 kg	1.60	do. Band	1.50
" mittel	15.63	" do.	1.70	"	1.20
" gering	15.61	"	1.80	"	1.10
*) Roggen, gut	14.30	"	1.90	"	1.00
" mittel	14.20	"	2.00	"	0.90
" gering	14.10	"	2.10	"	0.80
† Weizen, gut	15.60	"	2.20	"	0.70
" mittel	14.70	"	2.30	"	0.60
" gering	13.80	"	2.40	"	0.50
† Roggen, gut	15.90	"	2.50	"	0.40
" mittel	15.30	"	2.60	"	0.30
" gering	14.70	"	2.70	"	0.20
Rübsaat	6.82	"	2.80	"	0.10
Gerste	7.70	"	2.90	"	0.05
Hirse	4.00	"	3.00	"	0.05
Speisebohnen	45.00	"	3.10	"	0.05
Linolen	70.00	"	3.20	"	0.05

*) ab Bahn. †) frei Bogen und ab Bahn. **Produktenmarkt vom 13. März.** Getreide. Die Tendenz des Getreide marktes neigte infolge der Schifffahrt zur Abminderung, wenn auch die Preise für Weizen und Roggen noch geringem Anstiege heute ziemlich unverändert blieben. Die auswärtigen europäischen und transatlantischen Börsen kamen etwas matter. Das effektive Angebot in Roggen vom Ausland sehr stark, von Russland weniger bedeutend. Weizen aber vorläufig noch reichlich zu haben. Wehl lag schwächer. Das Geschäft des Getreide marktes blieb sehr still, da Käufer sich abwartend verhielten, während der weitere Untergang immer vorläufig nicht zu weiteren Entgegenkommen vorläufig nicht zu bewegen waren. Am Futtermarkt war nur Mais auf die zu erwartenden größeren Zufuhren harter gebrüht und 3 M. billiger angeboten. Hafer still, aber behauptet. Mühlmal war gut behauptet. Spiritus unverändert. 70er loco 44,30 M.

Städtischer Schlachtmarkt. Berlin, 13. März 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 601 Rinder, 2506 Schafe, 1231 Schweine, 11 783 Säugetiere. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (bezugnehmungsweise für 1 Pfund in Pf.): Ochsen: a) vollfleischig, ausgewachsene, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 00-00, b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte eben Alters 00-00. — Bullen: a) vollfleischig, höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 45-50. — Ferkeln und Lämme: a) vollfleischig, ausgewachsene Ferkeln höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) vollfleischig, ausgewachsene Lämme höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewachsene Lämme und wenig gut entwickelte jüngere Lämme und Ferkeln 00-00; d) mäßig genährte Lämme und Ferkeln 44-45; e) gering genährte Lämme und Ferkeln 38-42. — Kälber: a) fleischig Fleischiger (Schlammfleisch) und beste Saugkälber 70-72, b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 58-62, c) geringe Saugkälber 50-54, d) ältere, gering genährte (Ferkeln) 35-43. — Schafe: a) Mastschafmer und jüngere Mastschafmer 58-62, b) ältere Mastschafmer 48-55, c) mäßig genährte Mastschafmer und Schafe (Witzschaf) 45-48, d) fleischiger Niederungs- (Schaf) (Lebendgewicht) 00-00. — Schweine: a) vollfleischig, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-280 Pfund (schwer 56-57; b) schwer, 250 Pfund und darüber (leicht) 00-00; c) fleischig 53-55; d) gering entwickelte 50-52; e) Sauen 51-53. Für 100 Pfund mit 20 Pct. Tara. **Verkauf und Tendenz.** Vom Rindermarkt blieben ungefähr 100 Stück unverkauft. Der Ferkelmarkt gestillte sich ruhig. Bei den Schafen fanden etwa 800 Stück Abzug. Der Schweinemarkt verlor ruhig und wird voraussichtlich gedrückt.